Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (3.3.2009)

Sand im Getriebe 72

Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter **www.attac.de/rundbriefe** html-Version unter **http://sandimgetriebe.attac.at**, mail an die Redaktion: **sig@attac.de**

Weltsozialforum in Belém

Geballte Ladung Kapitalismuskritik

Wir, die sozialen Bewegungen aus aller Welt

sind anlässlich des 9.Weltsozialforums in Belém im Bundesstaat Amazonien zusammen gekommen… Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann. Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielen lediglich auf die Vergesellschaftung der Verluste ab, um das Überleben eines Systems zu sichern, das auf der Privatisierung strategischer Wirtschaftssektoren, öffentlicher Dienstleistungen, natürlicher Ressourcen und Energieressourcen beruht. Es handelt sich um ein System, das alles Leben in eine Ware verwandelt und das auf der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur beruht und dafür sorgt, dass die Ressourcen von der Peripherie ins Zentrum und von den Arbeitern zur kapitalistischen Klasse übertragen werden... Wir, die sozialen Bewegungen der Welt, stehen zurzeit vor einer historischen Herausforderung…

fórum social mundial

world social forum 2009

um outro mundo é possível

Vorwort

Der Widerstand gegen die kapitalistische Krise nimmt an Fahrt auf. Während auf dem Weltwirtschaftsforum in **Davos** die Eliten des Weltsystems sich in apokalyptischer Stimmung üben, versammelten sich im brasilianischen **Belém** über 130000 Menschen aus mehr als 150 Ländern zu einem kämpferischen Gegentreffen, um dem krisengeschüttelten kapitalistischen System Widerstand entgegen zu setzen und Alternativen vorzuschlagen.

Als Ursache der Krise wird nicht nur das Fehlen von Regulierungen der Finanzmärkte angesehen, sondern das fundamentale Konstruktionsprinzip des Weltsystems: *„Das gegenwärtige System beruht auf Ausbeutung, auf erbittertem Wettbewerb, auf der Förderung privater Einzelinteressen zum Schaden des Gemeinwohls und auf der fieberhaften Anhäufung von Reichtümern durch eine Handvoll reicher Menschen“*. Das neoliberale und imperiale Paradigma von Davos ist zwar angeschlagen, wirkt aber in der Krisenpolitik der westlichen Regierungen fort.
„Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann. Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielen lediglich auf die Vergesellschaftung der Verluste ab, um das Überleben eines Systems zu sichern“.

Das Treffen in Belém war durch eine breite strategische Debatte (SiG 68, 69 und SiG-Sondernummer) vorbereitet worden. Diesmal spielten offensichtlich die sozialen Bewegungen – zusammen mit den Vertretern der indigenen Völker **(Aguiton)** – eine größere Rolle als NGOs und Kirchen. **Sie** waren es auch, die progressive Präsidenten Lateinamerikas zu einer Debatte einluden, über die wir hier berichten (**ALAI, Cassen**). Mit diesem Treffen wird das unfruchtbare „entweder-oder“ zwischen Bewegung und Politik bisheriger WSF-Treffen überwunden und ein dialektisches Verhältnis zwischen sozialer Bewegung und fortschrittlichen Regierungen definiert: Die gewachsene Rolle der sozialen Bewegungen wie z.B. der MST **(Stedile)** kommt auch in der Schaffung eines Rates der sozialen Bewegungen der ALBA zu Ausdruck (**Ventura**). *„In den letzten Jahren haben äußerst radikale soziale Auseinandersetzungen in Lateinamerika zum Sturz neoliberaler Regierungen und zur Bildung von Regierungen geführt, die viele positive Reformen durchgeführt haben, beispielsweise die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und demokratische Verfassungsreformen. In diesem Zusammenhang haben die sozialen Bewegungen in Lateinamerika in angemessener Weise reagiert und beschlossen, die von diesen Regierungen verabschiedeten positiven Maßnahmen zu unterstützen und gleichzeitig eine kritische Distanz zu wahren*.“ Lateinamerika scheint momentan wieder das Zentrum der sozialen und sozialrevolutionären Veränderungen der Welt zu sein. Eine **Beilage der AG Lateinamerika** beschreibt, wie diese Veränderungen – sehr unterschiedlich von Land zu Land – aussehen.

Die sozialen Bewegungen entwerfen langfristige und mittelfristige Strategien gegen die Krise:
„Um die Krise zu überwinden, müssen wir das Problem an der Wurzel anpacken und schnellstmöglich Fortschritte im Hinblick auf den Aufbau einer radikalen Alternative erzielen.“ Gleichzeitig fordern sie: *„Wir müssen einen Beitrag zu einer möglichst großen Massenmobilisierung leisten, um mehrere dringende Maßnahmen durchzusetzen, beispielsweise*

- *entschädigungslose Verstaatlichung des Bankensektors unter voller gesellschaftlicher Kontrolle;*
- *Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen;*
- *Einleitung von Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel- und Energiesouveränität;*
- *Beendigung der Kriege, Rückzug der Besatzungstruppen und Abbau der ausländischen Militärstützpunkte.“*

In der Tradition des Aufrufs zu weltweiten Demonstrationen gegen den Irakkrieg im März 2003 wird eine **globale Aktionswoche** gegen Kapitalismus und Krieg vom **28. März bis 4. April** vorbereitet.
Die Ursachen der Krisen, wie **Friedrich Engels** sie analysiert, sind damit noch nicht beseitigt, aber Alternativen zu einer Krisenbewältigung, die die Täter statt die Opfer „rettet“, gibt es zuhauf.
Die Triade „Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn und Grundeinkommen“ der **AG Arbeitfairteilen** gehören ebenso dazu wie die Vorschläge für ein alternatives Konjunkturprogramm von fortschrittlichen Wissenschaftlern.
Allerdings, Hugo Chavez hat in Belém darauf hingewiesen: „**Das Imperium bleibt intakt**“. In der **NATO** zeigt sich das am deutlichsten. Tobias Pflüger, gerade erneut für die Wahlen zum Europaparlament nominiert, hat das in seiner Rede in München bekräftigt und zur **Anti-Nato-Demo am 4.4**. aufgerufen unter der Parole: „Kein Frieden mit der Nato“

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Wir zahlen nicht für die Krise
– die Reichen müssen zahlen

Erklärung der sozialen Bewegungen aus aller Welt
anlässlich des 9.Weltsozialforums in Belém, Brasilien



Um der Krise entgegenzutreten, sind antikapitalistische, antirassistische, antiimperialistische, feministische, ökologische und sozialistische Alternativen notwendig

Wir, die sozialen Bewegungen aus aller Welt, sind anlässlich des 9.Weltsozialforums in Belém im Bundesstaat Amazonien, in dem die Völker sich dem Versuch der Usurpation der Natur, ihrer Lebensräume und ihrer Kulturen widersetzen, zusammen gekommen. Wir befinden uns in Lateinamerika, wo sich die sozialen und indigenen Bewegungen im Laufe des vergangenen Jahrzehnts zusammengeschlossen haben und das kapitalistische System mit ihrer Weltanschauung radikal in Frage stellen.

In den letzten Jahren haben äußerst radikale soziale Auseinandersetzungen in Lateinamerika zum Sturz neoliberaler Regierungen und zur Bildung von Regierungen geführt, die viele positive Reformen durchgeführt haben, beispielsweise die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftssektoren und demokratische Verfassungsreformen. In diesem Zusammenhang haben die sozialen Bewegungen in Lateinamerika in angemessener Weise reagiert und beschlossen, die von diesen Regierungen verabschiedeten positiven Maßnahmen zu unterstützen und gleichzeitig eine kritische Distanz zu wahren. Diese Erfahrungen werden dazu beitragen, den entschlossenen Widerstand der Völker gegen die Politik der Regierungen, Unternehmen und Banken, die die Last der Krise den Unterdrückten aufbürden, zu stärken.

Wir, die sozialen Bewegungen der Welt, stehen zurzeit vor einer Herausforderung vom historischen Ausmaß.

Die internationale Krise des Kapitalismus schadet der Menschheit auf verschiedene Weise: Sie wirkt sich auf die Bereiche Ernährung, Finanzen, Wirtschaft, Klima, Energie, Migration und die Zivilisation an sich aus, da auch die internationale Ordnung und die politischen Strukturen eine Krise durchlaufen.
Wir sehen uns einer globalen Krise gegenüber, die unmittelbare Folge des kapitalistischen Systems ist und deshalb nicht aus dem System selbst heraus gelöst werden kann. Alle bisher zur Bewältigung der Krise getroffenen Maßnahmen zielen lediglich auf die Vergesellschaftung der Verluste ab, um das Überleben eines Systems zu sichern, das auf der Privatisierung strategischer Wirtschaftssektoren, öffentlicher Dienstleistungen, natürlicher Ressourcen und Energieressourcen beruht. Es handelt sich um ein System, das alles Leben in eine Ware verwandelt (Kommodifizierung) und das darauf auf der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Natur beruht und dafür sorgt, dass die Ressourcen von der Peripherie ins Zentrum und von den Arbeitern zur kapitalistischen Klasse übertragen werden.

Das gegenwärtige System beruht auf Ausbeutung, auf erbittertem Wettbewerb, auf der Förderung privater Einzelinteressen zum Schaden des Gemeinwohls und auf der fieberhaften Anhäufung von Reichtümern durch eine Handvoll reicher Menschen. Es führt zu blutigen Kriegen, heizt Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und religiösen Fundamentalismus an und verschärft die Ausbeutung von Frauen und die Kriminalisierung von sozialen Bewegungen.

Im Zusammenhang mit der derzeitigen Krise werden die Rechte der Völker systematisch negiert. Die wilde Aggression der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und läuft auf ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinaus und es symbolisiert die Vorenthaltung von Rechten gegenüber einem Volk, was auch in anderen Teilen der Welt zu beobachten ist. Die schändliche Straflosigkeit muss gestoppt werden.

Die sozialen Bewegungen bekräftigen ihre aktive Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes sowie für alle Maßnahmen, die sich gegen die Unterdrückung von Völkern weltweit richten.

Um die Krise zu überwinden, müssen wir das Problem an der Wurzel anpacken und schnellstmöglich Fortschritte im Hinblick auf den Aufbau einer radikalen Alternative erzielen, die das kapitalistische System und die patriarchalische Herrschaft beseitigen kann. Wir müssen auf eine Gesellschaft hinarbeiten, die auf der Befriedigung sozialer Bedürfnisse beruht, ebenso wie auf dem Respekt der Natur sowie auf der demokratischen Teilhabe im Zusammenhang mit voller politischer Freiheit. Wir müssen dafür sorgen, dass alle internationalen Verträge über unsere unteilbaren bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen individuellen und kollektiven Rechte umgesetzt werden.
In dieser Hinsicht müssen wir einen Beitrag zu einer möglichst großen Massenmobilisierung leisten, um mehrere dringende Maßnahmen durchzusetzen, beispielsweise

- entschädigungslose Verstaatlichung des Bankensektors unter voller gesellschaftlicher Kontrolle;
- Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohneinbußen;
- Einleitung von Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel- und Energiesouveränität;
- Beendigung der Kriege, Rückzug der Besatzungstruppen und Abbau der ausländischen Militärstützpunkte;
- Anerkennung der Souveränität und Autonomie der Völker, unter Gewährleistung ihres Selbstbestimmungsrechts
- Garantie des Rechts auf Land, Lebensräume, Arbeit, Bildung und Gesundheit für alle;
- Demokratisierung des Zugangs zu Kommunikationsmitteln und Wissen.

Der von den feministischen, ökologischen und sozialistischen Bewegungen im 21. Jahrhundert getragene soziale Emanzipationsprozess zielt auf die Befreiung der Gesellschaft von der kapitalistischen Herrschaft über die bedeutenden Produktions- und Kommunikationsmittel wie auch Dienstleistungen ab. Das wird erreicht durch die Unterstützung bestimmte Eigentumsformen, die dem gesellschaftlichen Interesse dienen: kleiner Familienbesitz, öffentliches, kooperatives, kommunales und kollektives Eigentum.

Eine solche Alternative wird zwangsläufig feministisch sein, da es nicht möglich ist, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung beruht, wenn die Hälfte der Menschheit unterdrückt und ausgebeutet wird.

Schließlich verpflichten wir uns, den Aufbau einer Gesellschaft zu bereichern mit dem Konzept eines Lebens in Harmonie mit sich selbst, mit anderen und mit der Umwelt ("el buen vivir"), indem wir die aktive Teilnahme und die Beiträge der indigenen Völker anerkennen.

Wir, die sozialen Bewegungen, haben die einmalige Chance in der Geschichte, emanzipatorische Initiativen auf globaler Ebene zu entwickeln. Nur der soziale Kampf der Massen kann die Völker aus der Krise befreien. Dafür ist es notwendig, bei der Bewusstseinsbildung und Mobilisierung auf Basisarbeit zu setzen. Die Herausforderung für die sozialen Bewegungen besteht darin, die globalen Mobilisierungen auf internationaler Ebene aufeinander abzustimmen und unsere Handlunsfähigkeit zu stärken, indem wir die Bündelung aller Bewegungen unterstützen, die bestrebt sind, jeglichen Formen der Unterdrückung und Ausbeutung zu widerstehen.

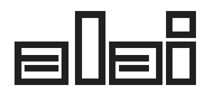
Folglich verpflichten wir uns
- zur Durchführung einer **globalen Aktionswoche** gegen Kapitalismus und Krieg vom **28. März bis 4. April 2009** mit folgenden Schwerpunkten:
  - Anti-G20-Mobilisierung am 28. März,
  - Mobilisierung gegen Krieg und Krise am 30. März
  - Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk am 30. März, zur Unterstützung des Boykotts und des Rückzugs von Investitionen sowie von Sanktionen gegen Israel
  - Mobilisierung anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung der NATO am 4. April, usw.

- zur Verstärkung der **alljährlichen Mobilisierungen**
  - Internationaler Frauentag (8. März),
  - Internationaler Tag der Nahrungsmittelsouveränität (17. April),
  - Internationaler Tag der Arbeit (1.Mai),
  - Globale Mobilisierung des Kampfes für Mutter Erde gegen die Kolonialisierung und Vermarktung des Lebens (12. Oktober), usw.

- zur Planung einer Agenda des **Widerstands gegen den G8-Gipfel** in Sardinien, **den Klimagipfel** in Kopenhagen, den **Amerika-Gipfel** in Trinidad und Tobago usw.

Durch diese Forderungen und Initiativen reagieren wir auf die Krise mit radikalen und emanzipatorischen Lösungen.

http://www.cadtm.org/spip.php?article4079, Übersetzung des französischen Textes: SiG-Redaktion
(Spanischer Text: http://www.movimientos.org/fsm2009/show_text.php3?key=13671)



Die Sozialen Bewegungen laden die Präsidenten ein





Im Rahmen des Weltsozialforums in Belém (Brasilien) fand ein Dialog statt zwischen den lateinamerikanischen Sozialen Bewegungen und den Chefs von vier progressiven südamerikanischen Regierungen, der die regionale Integration aus der Sicht der Völker zum Thema hatte. Dabei trafen die Präsidenten Hugo Chavez (Venezuela), Fernando Lugo (Paraguay), Evo Morales (Bolivia) und Rafael Correa (Ecuador) mit 1500 Repräsentanten verschiedener Sozialbewegungen zusammen. Man wollte sich über die bisherige und zukünftige Zusammenarbeit austauschen und darüber zu sprechen, ob Integrationsinitiativen wie die Bolivarianische Alternative für Amerika (Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América, ALBA) eine Lösung für die Probleme der globalen Wirtschaftskrise sein können.

Magdalena Leon und Camille Chalmers, die Sprecher der versammelten Sozialbewegungen, stellten die Fortschritte dar, die bisher auf dem Wege zur Integration der Völker Lateinamerikas vollzogen worden sind. Sie betonten aber auch die Notwendigkeit, neue Mechanismen zu finden, mit denen die „soziale Energie“ zur Veränderung weiter wachsen kann, um die Zusammenführung der Kräfte der Völker und der progressiven Regierungen zu stärken. Dabei wiesen sie auf eine Reihe von Herausforderungen hin, die durch die globale Krise des bestehenden Systems entstanden sind.

Leon, Mitglied des lateinamerikanischen Frauennetzwerks zur Transformation der Wirtschaft (Red Latinoamericana Mujeres Transformando la Economia), führte aus, dass eine Extremsituation wie die aktuelle ökonomische Krise eines in erkennbarem Zerfall befindlichen Systems nach radikalen Lösungen verlangt. Andernfalls, sagte sie, laufen wir Gefahr, die Lebenszeit dieses Systems zu verlängern und es zu legitimieren, indem wir überholte Institutionen retten und Machtstrukturen neokolonialer Art restaurieren.

Camille Chalmers, ein Mitglied der internationalen Koordination von Jubilee South, erinnerte an den in Lateinamerika stattfindenden Veränderungsprozess. Dies sei gegenwärtig die einzige Region in der Welt, die angesichts der Dominanz des neoliberalen, transnationalisierten Kapitalismus vom Widerstand zum Aufbau konkreter Alternativen übergegangen ist. „Wir haben wichtige Lehren daraus gezogen, dass neue Formen der Koordination zwischen Regierungen und Sozialbewegungen entstehen, und wir haben neue Formen der Verknüpfung zwischen dem politischen Kampf und der Kultur der Volksmassen hergestellt“, sagte er. Dabei unterstrich er „die weise Entscheidung, dem Kampf der Massen die Priorität zu geben, den Trend zur Bürokratisierung zu überwinden und neue, authentische Formen für volksnahe Praktiken der partizipativen Demokratie zu entwickeln.”

Danach wandten sich nacheinander die vier Präsidenten an die Versammelten und sprachen über ihre jeweiligen Projekte und was sie zur Veränderung und Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit erreicht hatten. In unterschiedlichen Worten erkannten sie den wichtigen Beitrag an, den die Sozialen Bewegungen zur Bezwingung des Neoliberalismus in der Region leisten. Evo Morales erhielt als Angehöriger der ebenfalls auf der Veranstaltung vertretenen Indigenen- und Campesino-Bewegungen den herzlichsten Beifall. Er bezog sich auf seine Kollegen auf dem Podium, als er zum Publikum sagte: „Wenn wir jetzt Präsidenten sind, schulden wir dies euch. Die Leute hier sind meine Lehrer im sozialen Kampf.“

Correa prangerte den so genannten „Washington-Konsens“ an, der den Lateinamerikanern seit den 1980er Jahren ohne deren Beteiligung oder Einverständnis aufgezwungen wurde. Er zählte die Besonderheiten des neuen sozialistischen Ansatzes auf.
Dazu gehören:

- kollektives Handeln anstelle von Individualismus, Eigennutz und ungehindertem Wettbewerb;
- die Rolle der Planung im Sinne von gemeinsamen Projekten und Visionen, die Synergien innerhalb und zwischen den Ländern herstellen;
- der Vorrang der menschlichen Arbeit gegenüber dem Kapital;

- die Betonung des Nutzens für die Menschen an gegenüber dem Handel sowie
- die soziale Gerechtigkeit, ausgedrückt durch Generations-, Gender- und ethnische Gerechtigkeit.

Dabei verwies er auf die Notwendigkeit eines neuen Entwicklungskonzeptes in Harmonie mit der Natur, auf das Konzept des „Guten Lebens" und auf die kulturelle Vielfalt.



Lugo, der Präsident mit der kürzesten Amtszeit, insistierte: „Wir in Paraguay glauben an ein anderes Lateinamerika, und streben in unserem Land danach, unsere Würde zurück zu erlangen. Wir wollen als Gleiche behandelt werden." Er gab zu bedenken, dass eine wirkliche Integration von unten kommen müsse. Daraus folge die dringende Notwendigkeit, die Gesellschaften zu demokratisieren und damit mehr Raum für die Beteiligung der Menschen zu schaffen. Lugo rief die am WSF teilnehmenden Aktivisten auf, Ungeduld zu zeigen und „die vielen Mauern und Barrieren einzureißen, um schneller eine bessere Welt zu erschaffen, die wir verdienen und die bereits dabei ist, zur Realität zu werden."



Morales verwies auf die neue bolivianische Verfassung, die im vergangenen Monat durch ein Referendum ratifiziert worden war. Sie erklärt grundlegende Dienstleistungen wie Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung zu Menschenrechten, die niemals privatisiert werden dürfen. Außerdem erwähnte er das Verfassungsprinzip, das die Existenz ausländischer Militärbasen in Bolivien verbietet. Er wies auch auf die Niederlage der nationalen Oligarchie hin, die für Ablehnung der Verfassung gestimmt hatte, und erwähnte, dass bei dieser Auseinandersetzung zusätzlich zur rechtsgerichteten Presse neue Feinde auftraten, darunter insbesondere gegen die Bevölkerung gewandte Kreise der katholischen Kirchenhierarchie in Bolivien. Angesichts einer solchen Einstellung unterstrich er seinen Glauben daran, dass „eine andere Kirche möglich" ist, was ihm enthusiastischen Beifall des Publikums einbrachte.

Chavez erinnerte daran, dass seine Regierungszeit bereits im Jahr 1999 begann, also vor dem ersten WSF. Bereits auf dem dritten Forum 2003 habe er erstmals verkündet, dass die Bolivarische Revolution in Venezuela den Weg zum Sozialismus einschlagen würde. An die US-Regierung gerichtet forderte er eine Neuorientierung der internationalen Beziehungen und die Respektierung der in Venezuela stattfindenden Revolution. Große Hoffnung auf Veränderungen ließ der allerdings nicht erkennen, denn „das Imperium bleibt intakt".



Nach den Reden der Präsidenten wandte sich zum Abschluss **João Pedro Stedile,** Leiter der Bewegung landloser Landarbeiter (MST) an die Versammlung. Er wies auf die Übereinstimmung hin zwischen den Anwesenden, die konkrete Maßnahmen als Antwort auf die Wirtschaftskrise sowie gemeinsame Aktionen der Volksbewegungen mit den progressiven Regierungen fordern. Er betonte, dass dies nicht nur eine bloße Auforderung ist, sondern ein Aufruf zur Fortführung des bereits in Gang gebrachten Prozesses sei. Er erinnerte daran, dass die Präsidenten und die anwesenden Bewegungen sich zuvor in Havanna mit Fidel Castro getroffen hatten, um Aktionen gegen die amerikanische Freihandelszone (FTAA – später 2005 zu Fall gebracht) zu koordinieren. Weitere Treffen gab es in Wien, Quito, Caracas und Porto Alegre.

Obwohl in Lateinamerika volksnahe Regierungen errichtet worden sind, haben Stedile zufolge die Menschen noch nicht alle Errungenschaften erreicht, die sie anstreben. Ursache dafür sei ein ungenügender Aufbau der Macht des Volkes.

„Diese Errungenschaften sind nicht nur eine Frage des Wollens. Der Klassenkampf ist von der Bündelung der Kräfte der Menschen abhängig, nicht von Ansprachen. Wir haben zehn Jahre damit verbracht, den Neoliberalismus zu bekämpfen, und haben institutionelle Fortschritte gemacht, deren Ergebnisse man an diesem Tisch und in anderen Ländern erkennen kann, darunter Lula, Kirchner und die anderen Regierungen. Aber wir haben es noch nicht geschafft, wieder eine Massenbewegung aufzubauen, die in der Lage wäre, die Machtverhältnisse in der Hemisphäre zu verändern".

Er forderte die Präsidenten auf, die Sozialen Bewegungen ihrer Länder zu einem neuen Gipfeltreffen einzuladen, um mit ihnen die wirklichen Lösungen für die Krise zu diskutieren. Zum Abschluss wies Stedile auf die Notwendigkeit hin, die Massenkommunikation zu demokratisieren. Nur auf diese Weise könnten die Medien als ein Mechanismus zum Aufbau der Kräfte der Völker genutzt werden. Außerdem forderte er, die Konsolidierung der regionalen Integration durch ALBA weiter fortzusetzen.

http://alainet.org/active/28724&lang=en (Englisch)
http://www.movimientos.org/fsm2009/show_text.php3?key=13670 (Spanisch)

Fotos:
http://www.movimientos.org/fsm2009/fotos.php



Bernard Cassen
P4 und P5 - Der Tag der Präsidenten

Der 29.Januar war in Belém der Tag des Treffens der Präsidenten Lateinamerikas: am Nachmittag gab es zuerst ein "P4" mit Hugo Chavez, Rafael Correa, Fernando Lugo et Evo Morales; am Abend fand dann ein "P5" mit den selben Teilnehmern plus Lula statt. Alle fünf hatten schon an Weltsozialforen in Porto Alegre und / oder in Caracas teilgenommen: Lula, bevor er Präsident wurde, Chavez als Präsident Venezuelas, Correa, Lugo und Morales als einfache, für die Medien damals noch unbekannte Aktivisten.

Die Anwesenheit dieser fünf Staatsmänner hat den ziemlich komplizierten Charakter des Regelwerks für Sozialforen bestätigt, wie es in der Charta von Porto Alegre festgelegt worden war. Diese Charta schließt in der Tat Parteien und Regierungen als solche von der Teilnahme an den Arbeiten aus, aber nicht deren Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen. Es reicht also, dass eine oder mehrere Organisationen, die am Forum teilnehmen - es gibt da nur die Qual der Wahl - einen Politiker "einladen", damit dieser in einem Seminar sprechen kann. Was nun einen Staatschef angeht, dessen Beitrag nicht im offiziellen Programm und auch nicht im Zeitplan der Seminare vorgesehen ist, so kann er einen für 50 Personen vorgesehenen Raum füllen, aber auch eine Sporthalle mit 20.000 Plätzen.

Diese rein formalen Regeln wurden am 29. Januar beachtet. Die "P4" waren von rund 20 sozialen Netzwerken und Bewegungen "eingeladen" worden, die in Lateinamerika stark verankert sind, an erster Stelle die Bewegung der landlosen Landarbeiter Brasiliens MST (= Movimento dos Trabalhadore Rurais Sem Terra) und die Via Campesina (= „der bäuerliche Weg“, eine internationale Bewegung von Kleinbauern und Landarbeitern). Was Lula betrifft, so war er "Gast" der zentralen Arbeitergewerkschaft Brasiliens CUT (= Central Única dos trabalhadores), die traditionell der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) nahe steht, und von zwei brasilianischen Nicht- Regierungsorganisationen, des brasilianischen Instituts zur Wirtschafts- und Sozialanalyse IBASE (= Instituto Brasileiro de Análises Sociais e Econômicas) und des brasilianischen Verbands der Nichtregierungsorganisationen ABONG (= Associação Brasileira de Organizações não Governamentais); und Lula seinerseits lud die vier anderen Präsidenten ein, sich ihm anzuschließen…

„P4“

Die Frage ist nun, warum gab es zwei unterschiedliche Treffen, im Abstand von nur einigen Stunden, deren einziger offensichtlicher Unterschied die Gegenwart bzw. Abwesenheit von Lula war? Jenseits von in derartigen Situationen unvermeidbaren taktischen Erwägungen muss man feststellen, dass die Geschäftsordnung dieser beiden Treffen keineswegs identisch war.
Aufgefordert von sozialen Bewegungen sollten die Präsidenten beim "P4"-Treffen klarstellen, dass die Zielsetzungen der sozialen Bewegungen gleichbedeutend sind mit der Politik des Bruchs mit den neoliberalen Dogmen, die in Bolivien, Ekuador, Paraguay und Venezuela durchgeführt (oder geplant) wird. Aber nicht in Brasilien… Mit anderen Worten, sie sollten zeigen, dass es eine Kontinuität und eine Solidarität gibt zwischen den sozialen Kämpfen der einen und den Regierungsaktionen der anderen. Aber ohne dass letztere einen Blankoscheck bekommen, worauf Joao Pedro Stedile, Sprecher des MST, in seiner Schlusserklärung erinnerte. Das Ganze sollte sich einfügen in die Perspektive einer lateinamerikanischen Integration, die sich von jeglicher Konzession an den Neoliberalismus freigemacht hat, und die durch die Bolivarische Alternative(ALBA) [1] symbolisiert wird.
Das "P4"- Treffen, das mit einer absichtlich beschränkten Teilnehmerzahl (1000) in einem geschlossenem Raum durchgeführt wurde - um nicht dafür kritisiert werden zu können, dem Treffen den Stempel des Weltsozialforums gegeben zu haben sowie um jeglichen Medienkrieg über Teilnehmerzahlen mit dem "P 5"-Treffen zu vermeiden - hatte einen militanten und kämpferischen Charakter. Davon zeugten die vier Präsidenten und der ganze Saal, in dem immer wieder „Hasta siempre comandante“ gesungen wurde -das Lied zu Ehren Che Guevaras und der Kubanischen Revolution. Mehr Informationen über dieses Ereignis gibt der Bericht von Ignacio Ramonet (2).

Bereits in Wien im Jahr 2006 anlässlich des Gipfeltreffens zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika gab es eine Zusammenkunft, die das Treffen in Belém andeutete. Auf dem Podium dort konnte man die Gründer von ALBA sehen: Hugo Chavez, Evo Morales und für Kuba, Carlos Lage, Vizepräsident der Republik. Unter den Vertretern der lateinamerikanischen sozialen Bewegungen war bereits Joao Pedro Stedile für das MST. In etwas mehr als zwei Jahren hat sich die "Familie" ALBA und ihr Einflussbereich deutlich ausgeweitet.

„P5“

Das Treffen der "P 5" , das möglichen Antworten auf die Krise des Kapitalismus gewidmet war, war auch eine Demonstration der Solidarität der "P4" mit Lula, der - gestärkt mit dieser Rückendeckung von links - eine im wesentlichen für den internen Gebrauch bestimmte Rede hielt. Im Übrigen bestand das Publikum im Gegensatz zum "P 4"-Treffen in seiner großen Mehrheit nicht aus Forum-Teilnehmern und es gab kaum Nicht-Brasilianer darunter. Lula kündigte den Bau von einer Million Sozialwohnungen innerhalb zweier Jahre an sowie steigende öffentliche Investitionen, vor allem durch Petrobras (= Petróleo Brasileiro S.A., brasilianisches Mineralölunternehmen). Er nutzte seinen Besuch in Belém ebenfalls, um Dilma Roussef national und international als Kandidatin bekannt zu machen, die seiner Meinung nach 2011 seine Nachfolge als Präsidentin der Republik antreten soll. Er selbst kann nach zwei aufeinander folgenden Präsidentschaftsmandaten von 4 Jahren nicht mehr wieder gewählt werden.

Dieser Tag der Präsidenten zeigt, dass es keinen Gegensatz zwischen den Anhängerschaften der "P4" und "P5" gibt, auch wenn es offensichtlich das Verständnis derjenigen übersteigt, die mit aller Macht zwei einander entgegengesetzte lateinamerikanische Linke sehen wollen, wobei die eine "vernünftig", die andere angeblich "populistisch" sei. Es gibt anerkanntermaßen eine unterschiedliche Herangehensweise bezüglich der Radikalität der zu verwirklichenden ökonomischen und sozialen Politik, bezüglich der Beziehungen zwischen Regierungen und sozialen Bewegungen, die dieselben Ziele verfolgen sowie bezüglich der Beziehungen mit den internationalen Finanzinstitutionen. Brasilien ist Mitglied der G 20, deren Legitimität aber Venezuela nicht anerkennt. Die ALBA - Staaten, denen sich Ekuador angeschlossen hat, planen eine SUCRE (= Système Unitaire de Compen-

sation REgionale) genannte Verrechnungseinheit zu schaffen (3), deren Ziel es ist, sich vom Internationalen Währungsfonds zu verabschieden, während Brasilia ihn reformieren will.

Obama und Lateinamerika

Diese Meinungsverschiedenheiten werden nicht streitig geführt, vielmehr wird versucht, verschiedene Ansätze zusammenzuführen. Wenn man von den beiden Marionetten Washingtons absieht, Alan Garcia in Peru und Alvaro Uribe in Kolumbien, so gibt es nicht zwei Lager in Südamerika, sondern nur eines, das die strategische Linie der Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten verfolgt. In dieser Hinsicht enttäuschte das "P5"-Treffen Barack Obama, der vor kurzem eine halbe Stunde lang mit Lula telefonierte aber es für richtig erachtete, in einer Erklärung vom 13. Januar verlauten zu lassen, dass Hugo Chavez den "Fortschritt in der Region unterbrochen hat" und dass Venezuela "terroristische Aktivitäten exportiert".

Was nun James Steinberg angeht, den designierten stellvertretenden Außenminister, also die Nummer 2 der amerikanischen Diplomatie, so hat er am 22. Januar erklärt, dass "Venezuela und Bolivien eine Politik verfolgen, die nicht den Interessen ihrer Völker und der Region dienen". Diese für den Beginn einer Präsidentschaft äußerst beunruhigende Aggressivität setzt nahtlos die Politik Georg Bushs fort. Für die Illusionen der "Obamaniacs" dürfte sie eine kalte Dusche bedeuten, wo diese doch eine Wende im Verhalten der Vereinigten Staaten in Lateinamerika erhofften. Offensichtlich wird sich die amerikanische Regierung bemühen, eine Einheit zu zerbrechen, die sich im Mai 2008 in der Gründung der Vereinten Nationen Südamerikas (UNASUR = Unión de Naciones Suramericanas) manifestiert hat. In Belém und mit Lula ist dieses Bemühen erst einmal zurückgewiesen worden.

UNASUR [4] ist in erster Linie ein Instrument der politischen Integration. Darin eingebettet, und sogar über dessen Grenzen hinausgehend, erscheint ALBA - um den Wortgebrauch der Europäischen Union zu benutzen - als eine Form "verstärkter Zusammenarbeit" zwischen Regierungen und sozialen Bewegungen, die auch offen mit dem Neoliberalismus brechen wollen. ALBA ist offen für alle lateinamerikanischen und karibischen Länder. Je weiter sich diese Organisation ausdehnt, umso mehr wird sie die Einheit des Subkontinents stärken.

Diese einmalige Konfiguration findet ihre Entsprechung in der künftigen Gestaltung der Sozialforen, über die in den Seminaren in Belém und informellen Gruppen breit diskutiert wurde. Für die einen müssen diese Foren das bleiben, was sie seit bald zehn Jahren sind: eine Gelegenheit, in der sich die altermondialistische Bewegung im strengen Sinn nach außen präsentiert, also als "neutral" gegenüber Parteien und Regierungen, ob sie nun fortschrittlich sind oder nicht.
Für andere - neben diesem "beibehaltenem" Altermondialismus (aber nicht gegen ihn) - geht es darum, neue Formen zu entwickeln, die Parteien, Regierungen und Bewegungen in gleichgerichtete und auf das gleiche Ziel hinlaufende Aktionen einbeziehen. Es ist das, was "Mémoire des luttes" als Post-Altermondialismus zu bezeichnen vorschlägt (5), und was Joao Pedro Stedile mit einer Fußballmannschaft vergleicht, in der jeder Spieler seinen speziellen Platz auf dem Spielfeld hat, aber gleichzeitig zusammen mit den anderen Spielern dazu beiträgt, gegen den gemeinsamen Gegner zu punkten.

----

[1] Die Bolivarische Alternative für die Völker unseres Amerikas (ALBA) umfasst bis heute sechs Staaten: Bolivien, Venezuela in Südamerika ; Honduras und Nicaragua in Zentralamerika ; Kuba und die Dominikanische Republik in der Karibik. Ekuador (soll demnächst Vollmitglied werden), Haiti und Uruguay sind Beobachter. Eine der Besonderheiten von ALBA besteht darin, dass es in seinen Strukturen einen Rat der sozialen Bewegungen vorsieht, der den gleichen formellen Status im Organisationsplan hat wie der Ministerrat. Die Arbeiten des "P4" - Treffens haben zu einem Dokument mit Analysen und Vorschlägen geführt, das im Hinblick auf die nächste Zusammenkunft des Rates der sozialen Bewegungen breit verteilt werden wird.

(2) http://www.medelu.org/spip.php ?article172)

(3) http://www.medelu.org/spip.php ?article144

[4] Auf der Grundlage der UNASUR wurde ein südamerikanischer Verteidigungsrat gegründet. Es ist die erste Sicherheitsstruktur des Kontinents, in dem die Vereinigten Staaten nicht Mitglied sind.

(5) http://www.medelu.org/spip.php?rubrique17

http://www.medelu.org/spip.php?article173
Übersetzung: Jürgen Janz, coorditrad

Christophe Aguiton

No queremos Vivir Mejor, queremos vivir Bien!

Ein Aufruf der indigenen Völker zum „Guten Leben“

Die Krise, oder genauer gesagt, die Krisen, standen im Mittelpunkt der Diskussionen beim Weltsozialforum in Belém. Dutzende von Konferenzen und Seminaren behandelten verschiedene Aspekte der Wirtschafts- und Finanzkrise, der Klimakrise sowie der Ernährungskrise, und zahlreiche Aufrufe und Erklärungen wurden verabschiedet. Unter diesen verdient es ein „Aufruf der indigenen Völker an das Weltsozialforum von Belém angesichts der Krise der Zivilisation“, vorgestellt und hervorgehoben zu werden.

Dieser Aufruf wurde auf Vorschlag der Organisationen aus den Anden von vielen Dutzenden, hauptsächlich amerikanischen indigenen Organisationen unterzeichnet. Dieser Aufruf will mit jenen Antworten brechen, welche die Rolle des Staates hervorheben und verstärken wollen und sich auf die Pläne zur Wiederbelebung der Wirtschaft stützen. Sein Ziel ist es - als Antworten auf die Krise der Zivilisation - gegen die Vermarktung des Lebens zu kämpfen, für die Verteidigung der „Mutter Erde“ und für kollektive Rechte, für das „Gute Leben“ und für die Entkolonialisierung zu streiten.
Der Aufruf beschreibt die Krise der Zivilisation als ein Zusammentreffen aus den Krisen der Wirtschaft, der Umwelt und der demokratischen Legitimation. „No queremos Vivir Mejor, queremos vivir Bien!“ (1) Die Antworten auf diese Krisen sind das Konzept eines „Guten Lebens“, das dem „Besser Leben“ gegenübersteht, welches lediglich an den Anstieg der materiellen Reichtümer und den Verbrauch von Gütern gebunden sei; die Verteidigung der Güter, die der Gemein-

schaft gehören; ein demokratischer Prozess, welcher die Verantwortlichen der direkten Kontrolle derjenigen unterwirft, die sie in ihre Ämter gebracht haben und schließlich der Bruch mit der Konzeption des Staates, die aus der Kolonialmacht entstanden ist. Dieser Staat soll ersetzt werden durch einen dezentralisierten und multinationalen Staat, in dem alle Gemeinschaften ihre Beziehungen untereinander auf gleicher Ebene gestalten.

Die indigenen Völker der Anden spielen eine zentrale Rolle in diesem Aufruf, was sich durch eine Besonderheit erklärt. Im Gegensatz zu den Völkern am Amazonas oder auch denen Zentralamerikas besitzen die Andenvölker nur zwei gemeinsame Sprachen, Quechua und Aymara, was den Austausch in den sechs Ländern der Andenkordilliere erleichtert. In den drei zentralen Staaten - Ecuador, Peru und Bolivien – stellt die indigene Bevölkerung die Mehrheit, während die weißen Eliten immer schon, - und bis in die jüngste Vergangenheit - die Macht hatten, so sehr, dass die Weißen oft als „Pizarros" bezeichnet werden, Nachfahren von Francisco Pizarro, dem spanischen Eroberer, der, den Spuren Cortes' folgend, das Inkareich besiegt hat und so die spanische Vorherrschaft in der Region sicherte.

Dies hat eine Situation geschaffen, in der der demokratische Kampf um eine Machtübernahme der indigenen Mehrheit mit der Verteidigung der besonderen Rechte dieser Gemeinschaften und der Suche nach einer neuen Form der Beziehungen zwischen den verschiedenen Bestandteilen in jedem Staat der Region verschmolzen ist. Eine Lage, die sehr verschieden ist von der in **Mexiko**, wo die revolutionären Prozesse vom Ende des 19. und dem Beginn des 20. Jahrhunderts und der Machtantritt von indigenen bzw. Mestizen-Führern ein Nationalgefühl entstehen ließen, welches sich nicht mit den Forderungen der indigenen Gemeinschaften deckt.

Wenn die indigene Identität ihre Wurzeln aus dem Amerika vor Kolumbus bezieht, so nährt sie sich auch von militanten und intellektuellen Beiträgen und Erfahrungen noch aus jüngster Zeit.
In **Bolivien** hat die Bergarbeitergewerkschaft, das Rückgrat des bolivianischen Gewerkschaftsdachverbands COB (Central Obrera Bolivana), eine entscheidende Rolle in der Revolution von 1953 und im Widerstand gegen die Militärdiktaturen der 60er und 70er Jahre gespielt und viele Gewerkschafter aus dem Bergbau, die jedoch durch Minenschließungen oder Entlassungen gezwungen waren, auf das Land zurückzukehren, wurden zu Kadern der Bauernbewegung, die Evo Morales an die Macht brachte.
In **Peru** wurde das Ergebnis des Krieges, den der Leuchtende Pfad geführt hat, von den indigenen Bewegungen einbezogen, indem es ihr Misstrauen sowohl gegenüber einer Staatsmacht, die einen Krieg gegen die Aufständischen geführt hat und dabei die Morde vervielfacht hat und die Kämpfe des Volkes unterdrückt hat, als auch gegenüber einer gewalttätigen und sektiererischen politischen Tradition geschärft hat. Auf intellektuellem Gebiet haben sich die indigenen Bewegungen von den Ideen des portugiesischen Soziologen **Boaventuro do Santos** und insbesondere von den Arbeiten **Anibal Quijanos** anregen lassen, eines peruanischen Soziologen, der den untrennbaren Charakter des Kolonialismus und des Rassismus im „patrón de poder" (2) erklärte, der sich in Lateinamerika seit dem 16. Jahrhundert ausbreitete und dem europäischen Universalismus eine besondere Färbung verliehen hat (3).

Das Interessante an diesem Aufruf ist, eine Alternative aufzuzeigen, die sich wesentlich von den neo-keynesianischen und neo-fordistischen Antworten unterscheidet, welche in den sozialen Bewegungen und in den linken Parteien die Oberhand haben. Der Aufruf umgeht gleichfalls die Klippe der „negativen Wachstums", indem die Fragestellung gewechselt wird: Es geht nicht darum, unseren Konsum generell und in abstrakter Art zu vermindern, welches ganz offensichtlich für hunderte von Millionen, ja Milliarden von Bewohnern dieses Planeten nicht hinnehmbar ist, die an Hunger leiden, an Wohnungsnot, am Fehlen öffentlicher Dienste und erreichbarer medizinischer Versorgung, sondern darum, gegen die Konsumideologie zu kämpfen, indem von der Lebensqualität ausgegangen wird und nicht von der Menge der verbrauchten Güter.

Vom Konzept des „Guten Lebens" auszugehen erlaubt gleichzeitig eine Gesamtperspektive der Veränderung für alle jene, die nicht mehr an die Modelle sozialer Transformation glauben, welche durch die Linke in den vergangenen Jahrzehnten verbreitet wurden, und die sich daher den Philosophien des „Guten Lebens" zugewandt haben oder auch sich auf ihre persönliche Entwicklung konzentriert haben. Der Paradigmenwechsel, den dieser Appell mit sich bringt, benötigt Debatten und erfordert Klärungen und Verbesserungen. Afrikanische Teilnehmer des WSF haben bereits mitgeteilt, dass sie Schwierigkeiten haben, die Vision eines multinationalen Staats zu akzeptieren, der auf Identitäten aufgebaut ist, die ihnen zu sehr mit Stammesgruppen verbunden erscheinen. Die Verbindung zwischen der Verteidigung der Gemeinschaften und ihrer demokratischen Traditionen einerseits und der Dezentralisation von Regierungseinrichtungen auf der Basis von geographischen Gegebenheiten andererseits muss überzeugend dargestellt werden, aber das Interessante an diesem Aufruf ist, eine universelle Perspektive zu geben, die auf der Verteidigung der gemeinsamen Güter beruht, also Güter, die die natürlichen Ressourcen, materielle Güter als auch die Kenntnisse und Traditionen einschließen, welche auf gegenseitigem Beistand und Solidarität beruhen.

Der Aufruf schlägt schließlich einen Aktionsplan vor. Das erste Treffen ist den indigenen Gemeinschaften vorbehalten, doch wird es entscheidend sein. Vom 27. bis zum 31. Mai 2009 werden in Puno (Peru) etwa 5000 Teilnehmer zum IV. kontinentalen Gipfeltreffen der indigenen Völker und Nationalitäten erwartet, das unter dem Titel „Für Staaten mit mehreren Nationalitäten und das Gute Leben" steht, diese Versammlung wird über die Formen der Mobilisierung entscheiden. Für den 12. Oktober, Jahrestag der Ankunft der Spanier in Amerika, schlägt der Aufruf einen weltweiten Aktionstag vor und schließlich für Anfang 2010 die Organisation eines thematischen Weltforums zur „Krise der Zivilisation".

---

(1) *vgl. das Gespräch mit Miguel Palacin Quispe, Chefkoordinator der CAOI (Coordinadora Andina de Organizaciones Indigena)*
(2) *auf Englisch „Pattern of Power", Rahmen oder Struktur der Macht*
(3) *Ähnliche Ideen wurden von Immanuel Wallerstein in seinem letzten Werk „Die Barbarei der Anderen – Europäischer Universalismus" entwickelt, der von dem Streitgespräch von Valladolid ausgeht, wo Juan Ginés de Sepúlveda und Bartholomäus de las Casas sich darüber stritten, ob die Indianer eine Seele hätten.*

Originalartikel auf www.cetri.be; Übersetzung:
Hans-Hermann Bohrer, coorditrad

Mehr über das Weltsozialforum in der nächsten SiG-Nummer

und schon jetzt:
www.movimientos.org/fsm2009
www.cadtm.org
***www.medelu.org**/spip.php?rubrique33*
***www.forumdesalternatives.org**/FR/ban2_articles.php?cat_id=39&banner_id=2*
***Frühere WSF:** SiG 64, 65, 68, 69*

Christophe Ventura

Schaffung eines Rates der sozialen Bewegungen der ALBA

Treffen der Sozialen Bewegungen für eine bolivarianische Alternative für die Völker unseres Amerika (ALBA) – Belém, 30. Januar

Nach dem Treffen mit den progressiven Präsidenten Lateinamerikas Hugo Chavez / Venezuela, Rafael Correa / Ecuador, Fernando Lugo/Paraguay und Evo Morales / Bolivien (1), das für Donnerstag, den 29. Januar unter anderem von der Bewegung der landlosen Landarbeiter (MST), der Via Campesina und dem Weltweiten Marsch der Frauen initiiert worden war, hatten die vorgenannten Organisationen und das Martin-Luther King-Gedenk-Zentrum (Kuba) für den 30. Januar eine Versammlung der sozialen Bewegungen zur Schaffung eines Rates der sozialen Bewegungen der ALBA einberufen.

ALBA ist die erste regionale Gemeinschaft für Kooperation, wirtschaftliche und politische Integration, die sozial und ökologisch ausgerichtet ist und jenseits der Dogmen des Neoliberalismus agiert.
Ihr gehören derzeit sechs Länder an: **Bolivien, Kuba, Domenica, Honduras, Nicaragua und Venezuela.** Einen Beobachterstatus haben **Ecuador** (voraussichtlich in wenigen Wochen Vollmitglied), **Haiti** und **Uruguay**.

Ihre nächste Vollversammlung, zu der auch **Paraguay** und **Guatemala** eingeladen sind, wird am 2. Februar in Caracas stattfinden. Es wird darum gehen, bei der Umsetzung der am 26. November beschlossenen Vorhaben voranzukommen, die da sind: Schaffung eines Stabilisierungs- und Währungsfonds sowie eines einheitlichen regionalen Verrechnungssystems (Sucre) - einer neuen gemeinsamen Währung für die gesamte Region. Diese beiden Einrichtungen werden aus der ALBA den wichtigsten Währungsraum jenseits des IWF machen (2).

Nachdem die ALBA auf Initiative von Venezuela und Kuba im Jahr 2004 ins Leben gerufen worden war, ist sie konstant gewachsen und hat im Jahr 2006 entschieden, einen Rat für die sozialen Bewegungen zu schaffen, mit dem gleichen formalen Statut wie der Ministerrat.

Die Zusammenkunft vom 30. Januar reiht sich also in diesen Kontext ein.
Wichtigstes Ziel war die Annahme einer „Charta der sozialen Bewegungen Amerikas“ (3), die dann in den darauf folgenden Wochen auch über den aktuellen Kreis der an dem Prozess beteiligten Organisationen und Netzwerke hinaus Verbreitung finden sollte.

Dieses Ziel wurde erreicht. Mit diesem Instrumentarium und Orientierungspapier stecken die sozialen Bewegungen den politischen Rahmen und die politischen Prinzipien ihres Engagements innerhalb des ALBA-Prozesses wie folgt ab:

- *«kontinuierliche Solidarität der Völker mittels konkretem Handeln“,*
- *„Achtung des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker, der Souveränität der Nationen und Völker“,*
- *„Schutz der Rechte der indigenen Völker“,*
- *„soziale Einbeziehung“,*
- *„volle Autonomie der Volksbewegungen“.*

Diese Kernaussagen gehören zu den grundlegenden Voraussetzungen für ihr Engagement.

Das Dokument zeigt gleichermaßen die Ziele und Schwerpunkte der sozialen Bewegungen auf. Nach ihrer Auffassung *„führt der Integrationsprozess der sozialen Bewegungen und Organisationen zu einer Dynamisierung der Prinzipien der ALBA und (…) des aus ihm selbst erwachsenden Potentials für die Stärkung der Integration in Lateinamerika“.*
Ziel ist unter anderem

- *„die Rücknahme von politischen Entscheidungen, Projekten und Gesetzen im Bereich des Bergbaus, der fossilen Energieträger sowie der Energieträger aus der Landwirtschaft etc. zu erreichen, denn durch solche Entscheidungen werden die Gemeinschaften zerstört, die Achtung der Grundrechte aufs Spiel gesetzt, (…) Ökosysteme sowie die Umwelt zerstört“;*
- *„keine Tilgung von illegitimen Schulden“,*
- *«Aufkündigung der Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union“,*
- *„Schutz der Rechte der Werktätigen“,*
- *«Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter“,*
- *„Kritik der Rolle der internationalen Finanzinstitutionen als Werkzeuge des Kapitals“* u.s.w.

Schlussendlich - und hier handelt es sich um einen beachtlichen Qualitätssprung - wird ein Verfahren mit einigen Kernpunkten vorgeschlagen

- Schaffung einheitlicher nationaler Zusammenschlüsse zur Unterstützung und Konsolidierung der ALBA.
- Organisation eines überregionalen Treffens aller beteiligten Sozialbewegungen im zweiten Halbjahr 2009 zur Frage der Beziehung zur ALBA.
- Gemeinsame Organisation der in Belém beschlossenen internationalen Kampagnen gegen Kriege und systemische Krisen.
- Kampagnen zur praktischer Solidarität mit den Völkern von Bolivien, Kolumbien, Kuba, Haiti und Venezuela in ihrem Kampf gegen den Imperialismus.
- Dynamisierung der im Rahmen der ALBA entwickelten Projekte:

Schaffung einer lateinamerikanischen medizinischen Ausbildungsstätte, Alphabetisierungsprogramme, Projekte im Rahmen des staatlichen Gesundheitswesens etc.

Joao Pedro Stedile, Mitglied des Koordinierungsstabes der MST, sieht die große Herausforderung der zielgerichteten Schaffung eines Rates für die sozialen Bewegungen darin, dass im Mittelpunkt der Entwicklung der ALBA die Volksbewegungen stehen müssen, damit deren ursprüngliche Perspektive eine Erweiterung erfährt.
Nach seiner Auffassung darf ALBA nicht von Wahlergebnissen abhängig sein, sondern dies muss ein dauerhafter Raum der Völker Lateinamerikas werden.
Diese Sichtweise fand die breite Unterstützung der Teilnehmer, für die die „Einheit und Integration Lateinamerikas der Horizont und der Weg dorthin gleichermaßen sind“.

----
1) S. Cassen in diesem Heft
und Ramonet, „Die ’wahre Linke’ und die Sozialbewegungen“,
http://www.medelu.org/spip.php?article172
http://www.cadtm.org/spip.php?article4102
2) Sucre als Gegenstück zum IWF,
http://www.medelu.org/spip.php?article144
3)Carta de los Movimientos Sociales de las Américas
http://www.medelu.org/spip.php?article176

Quelle:
http://www.medelu.org/spip.php?article177

(Übersetzung aus dem Französischen von Annegret Seiffert, coorditrad)

Viele Artikel auf Spanisch über Lateinamerika und insbesondere über ALBA:
http://www.alternativabolivariana.org

João Pedro Stedile

Bewegung der Landlosen (MST): 25 Jahre des beharrlichen Kampfes

Aus Anlass des 25. Jahrestages der Bewegung der brasilianischen Bauern ohne Land veröffentlichen wir eine Übersicht eines bekannten Führers dieser Bewegung.

Im Januar 1984 erhielt die Massenbewegung in Brasilien regen Zulauf. Die Arbeiterklasse war zu der Zeit gerade dabei sich zu reorganisieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Die verbotenen Parteien, wie die Kommunistische Brasilianische Partei (PCB), die Kommunistische Partei Brasiliens (PCdoB) und andere führten bereits öffentlich Kämpfe. Wir hatten eine Teilamnestie erreicht; die meisten Ausgewiesenen waren zurückgekehrt.

Die Arbeiterpartei (PT) hatte sich bereits gebildet, so wie der Verband der Arbeiter (Central Unitaria de Trabajadores CUT) und der Nationalkongress der Arbeiterklassen (CONCLAT) unter dem Einfluss der Kommunisten in den Gewerkschaftsdachverband fusionierten.
Weite Teile der christlichen Kirchen waren von der Befreiungstheologie inspiriert. Sie weiteten ihre emsigen Tätigkeiten aus, um Bewusstsein zu schaffen und Kerngruppen zur Verteidigung der Armen aufzubauen. Die Begeisterung war überall groß, weil der Sieg über die Diktatur bevorstand und die brasilianische Arbeiterklasse in die Offensive ging – durch Kämpfe und Organisierung.

Bei den Bauern auf dem Land herrschte dieselbe Stimmung und sie führten dieselbe Offensive. Zwischen 1979 und 1984 wurden in ganz Brasilien Dutzende Landbesetzungen vorgenommen. Die Landlosen („posseiros“) und die Landarbeiter hatten keine Angst mehr und zogen in den Kampf. Sie wollten nicht länger in die Städte ziehen wie Vieh zum Schlachthof (so der Ausdruck des berühmten uruguayischen Dichters Zitarroza).

In Folge dieser Entwicklung versammelten wir uns, die Anführer des Kampfes um das Land von 16 brasilianischen Staaten, im Januar 1984 in Cascabel, motiviert durch die seelsorgerliche Arbeit der Commission Pastorale de la Terre (CPT). Und dort gründeten wir nach fünf Tagen intensiver Debatten, Diskussionen und gemeinsamer Überlegungen die Bewegung der Landarbeiter ohne Land (MST).

Unsere Ziele waren klar. Wir wollten eine Massenbewegung auf nationaler Ebene organisieren, um bei den Bauern Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sie für Landbesitz, für die Agrarreform (inklusive weitgehender Änderungen in der Landwirtschaft) und für eine gerechtere und fairere Gesellschaft kämpfen sollten. Im Grunde wollten wir Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen. Denn der Hauptgrund für diese Situation auf dem Land war die Konzentration von Eigentum an Grund und Boden, auch Latifundien (Großgrundbesitz) genannt.

Wir hatten nicht die geringste Ahnung, ob das möglich war oder wie lange es dauern würde, bis wir unsere Ziele erreichen würden.
25 Jahre sind vorüber. Eine lange Zeit. Es waren Jahre mit vielen Kämpfen und ausdauerndem Einsatz gegen den Großgrundbesitz.

Diese Beharrlichkeit haben wir teuer bezahlt. Unter der Regierung Collor wurden wir hart verfolgt, und bei der Bundespolizei wurde sogar die Spezialeinheit „ohne Land“ eingerichtet. Später mit dem Sieg des Neoliberalismus gab die Regierung von Fernando Enrique Cardoso den Großgrundbesitzern und ihrer Provinzpolizei grünes Licht, gegen die Bewegung vorzugehen. Und bald kam es zu den Massakern in Corumbiara und Carajás: Während dieser Jahre bezahlten Hunderte von Landarbeitern für den Traum vom eigenen Stück Land mit ihrem Leben.

Aber wir haben den Kampf nicht aufgegeben.

Wir haben den Neoliberalismus ausgebremst, indem wir die Regierung Lula gewählt haben. Wir hatten die Hoffnung, dass der Wahlsieg der Massenbewegung neuen Zulauf bringen könnte und dass dadurch die Agrarreform gestärkt werden und (endlich) umgesetzt werden würde.
Es hat in der Regierungszeit Lulas keine Agrarreform gegeben. Im Gegenteil, die Kräfte des internationalen Finanzkapitals haben mittels transnationaler Unternehmen ihre Kontrolle über die brasilianische Landwirtschaft noch ausgeweitet.
Heute sind der größte Teil unserer Güter, die Produktion und der Vertrieb unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse, unter der Kontrolle dieser Unternehmen. Sie haben sich mit den kapitalistischen Grundbesitzern zusammengetan und das Modell der Agrobusiness-Bewirtschaftung geschaffen. Viele ihrer Sprecher haben in den großen bürgerlichen Zeitungen eilends verkündet, der MST sei am Ende. Ein Täuschungsmanöver.

Die Vorherrschaft des Finanzkapitals und der transnationalen Unternehmen über die Landwirtschaft hat den MST zum Glück nicht in die Knie gezwungen. Aus dem einfachen Grund, weil das Agrobusiness überhaupt keine Lösung für die Probleme der Millionen von Armen im Landwirtschaftssektor sein kann. Und der MST ist der Ausdruck des Willens dieser Armen, sich zu befreien.

Der Kampf für die Agrarreform, der sich anfangs nur auf die Landbesetzung von Großgrundbesitz stützte, ist heute viel komplexer geworden. Wir müssen das Kapital bekämpfen und die Beherrschung durch die transnationalen Unternehmen. Die Agrarreform bedeutet nicht mehr nur, die Großgrundbesitzer zu enteignen und den Grund und Boden in Parzellen einzuteilen und den armen Bauern zu geben. Jetzt hängen die Veränderungen in der Landwirtschaft zur Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und übermäßigem Reichtum von Veränderungen nicht nur vom Grundbesitz, sondern auch vom Entwicklungsmodell ab. Heute sind die Feinde auch die internationalen Unternehmen, die die Weltmärkte beherrschen. Das heißt auch, dass die Bauern immer mehr von den Bündnissen mit den Arbeitern der Städte abhängen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollen.

Zum Glück hat der MST in diesen 25 Jahren Erfahrungen gesammelt. Wissen, das notwendig ist, um sich neue Methoden, neue Formen des Massenkampfes für die Lösung der Probleme des Volkes anzueignen.

Quelle: Beitrag auf Portugiesisch, veröffentlicht im Januar 2009 von der Zeitschrift Caros Amigos in São Paulo, auf Spanisch von ALAI im Januar 2009.
http://risal.collectifs.net/spip.php ?article2463
http://www.medelu.org/spip.php?article161
(Französische Version, Übersetzung: coorditrad)

Video seiner Rede: http://www.zmag.org/zvideo/3021

SiG Beilage der AG Lateinamerika von Attac-D

Vom Süden lernen in der Krise – Post-Neoliberalismus in Lateinamerika
Lateinamerika und die Finanzkrise: Abgedämpfte Schockwellen
“Sumak Kawsay” (“gutes Leben”) und die Zäsuren der Entwicklung
Ecuador erhebt als erster Staat der Erde die Rechte der Natur in den Verfassungsrang
Solidarität für Gerechtigkeit! Unterstützung für Veränderungen in Lateinamerika
Die AG Lateinamerika von Attac

Vom Süden lernen in der Krise: Post-Neoliberalismus in Lateinamerika

Seit einigen Jahren ist Lateinamerika gründlich in Bewegung geraten. Beginnend mit dem zapatistischen Aufstand gegen das Freihandelsabkommen NAFTA 1994 haben zahlreiche neue soziale AkteurInnen die politische Bühne betreten und den Weg in ein post-neoliberales Zeitalter geebnet.
Diese Neue Linke in Form erstarkter sozialer Bewegungen und progressiver Regierungen ermöglicht es nicht nur, einzelne neoliberale Maßnahmen zu verhindern oder Elemente sozialen Ausgleichs durchzusetzen. Vielmehr ist sie in der Lage, eine grundlegende politische und gesellschaftliche Wende einzuleiten.
Einige Elemente dieses Prozesses sollen in dieser Beilage der Attac-AG Lateinamerika dargestellt werden. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Umgang mit der aktuellen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Gerade hierbei lässt sich eindrucksvoll festmachen, wie unterschiedlich politische Interventionen gestaltet sein können, die auf den ersten Blick die gleichen Ziele verfolgen.
In Europa beziehen sich die Maßnahmen insbesondere auf spektakuläre Rettungsaktionen im Bankensektor und verschieden geartete Konjunkturprogramme. Für beides werden in großem Stil öffentliche Gelder in die Hand genommen, ohne dass damit nennenswerte demokratische Kontroll- bzw. Steuerungsmechanismen einhergehen.
Die progressiven Ansätze Lateinamerikas folgen einer grundlegend anderen Logik. Es liegt das VerursacherInnenprinzip zugrunde, was im konkreten Fall bedeutet, dass nicht in erster Linie Banken und Aktionäre geschützt werden, die die Krise verursacht haben. Staatliche Interventionen setzen stattdessen in erster Linie dort an, wo es um die Realwirtschaft und die Menschen geht. Dies geschieht u.a. in Form eines intrakontinentalen Sozialfonds und einer expansiven Sozialausgabenpolitik. Im Umgang mit den krisengebeutelten Banken steht eine systematische Verstaatlichung im Vordergrund. Mit der Rettung dieses Sektors geht – im Gegensatz zu Commerzbank, Hypo Real Estate & Co. – eine umfassende Demokratisierung einher. Diese findet bspw. in der Schließung von Offshore-Filialen ihren Ausdruck.
Eine weitere neue Entwicklung, die als Reaktion auf die Krise gewertet werden kann, ist die Tendenz zur Schaffung gemeinsamer Währungsräume. Den Anfang machten Brasilien und Argentinien, als sie beschlossen, den gemeinsamen Handel künftig in den einheimischen Währungen anstatt in US-Dollar abzuwickeln. Die beiden bedeutendsten Ökonomien des Kontinents schlagen damit einen Weg höherer fiskalischer Unabhängigkeit ein. Noch konkretere Ansätze gab es Ende 2008 sowohl in den ALBA-Staaten, die sich auf eine möglichst rasche Einführung einer fiktiven Handelswährung einigten, als auch in den zentralamerikanischen Staaten, die die Schaffung einer gemeinsamen Währung anstreben. Von diesem Vorgehen versprechen sie sich weniger krisenanfällige Währungen, eine größere Unabhängigkeit vom US-Dollar und eine stärkere Integration der beteiligten Volkswirtschaften.
Entsprechend diesem Schwerpunkt beginnt diese Beilage mit einer Einschätzung zu den Auswirkungen der Krise auf Lateinamerika. Dabei stellt sich die Frage, ob jene Volkswirtschaften, in denen die post-neoliberale Ära am weitesten fortgeschritten ist, auch jene sind, die von der Krise am wenigsten betroffen sind. Es gibt Indizien dafür, dass hier gerade die ersten Früchte progressiver Wirtschafts- und Sozialpolitik geerntet werden. In weiteren Beiträgen werden insbesondere die demokratische und die ökologische Dimension der neueren Entwicklungen Lateinamerikas angesprochen. Abgeschlossen wird die Beilage mit einem Text zur Solidaritätsarbeit in Bezug auf Lateinamerika und einem zur Arbeit der Attac-AG Lateinamerika.
Auf den folgenden Seiten kommen verschiedene Stimmen aus Nord und Süd zur Sprache, und nicht alle Inhalte geben notwendig die Meinung der AG Lateinamerika wieder.
AG Lateinamerika von Attac-D
Kontakt zur AG Lateinamerika von Attac: lateinamerika@attac.de, Website: www.attac-netzwerk.de/ag-lateinamerika

Lateinamerika und die globale Finanzkrise: Abgedämpfte Schockwellen

Bekanntlich waren viele lateinamerikanische Länder in den letzten Jahren von Währungs- und Finanzkrisen besonders hart betroffen. Die mexikanische Krise von 1994/95, die brasilianische von 1998/99 und die argentinische von 2001/02 waren die wichtigsten. Dieses Mal stehen die Ökonomien Lateinamerikas nicht im Vordergrund des Krisengeschehens. Dennoch zeigte sich bald, dass von einer weltweiten Rezession natürlich auch ein Subkontinent wie Lateinamerika nicht unberührt bleiben konnte. Eine Übersicht.
Schon jetzt sind die Aktienkurse an vielen lateinamerikanischen Börsen um 30-50% eingebrochen, der Außenwert einiger wichtiger Währungen hat (seit August) bis Anfang November 2008 erhebliche Rückgänge zu verzeichnen, etwa der brasilianische Real um 25%, der chilenische Peso um 36% oder der mexikanische Peso um 22%.

Stärkster Boom seit 25 Jahren

Die Frage ist, wie tief die lateinamerikanischen Ökonomien dieses Mal betroffen sein werden und ob die Korrekturen an der ultra-neoliberalen Ausrichtung der

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wie sie in den vergangenen Jahren von einigen Mitte-Links-Regierungen vorgenommen wurden, eventuell schon erste Früchte tragen werden.
Der mittlerweile vier bis fünf Jahre währende wirtschaftliche Aufschwung zwischen 2003 und 2007 hat ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5-6% pro Jahr mit sich gebracht und war daher auch mit einer beträchtlichen Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens verbunden. Diese verdankt sich auch den generell verringerten Bevölkerungszuwachsraten und insbesondere einer verringerten „demographischen Abhängigkeit", d.h. einer besonders günstigen Relation von arbeitsfähiger und nicht arbeitsfähiger Bevölkerung.

Die Steigerung der Beschäftigung, eine aktivere Politik staatlicher Sozialtransfers sowie der markante Anstieg der Gastarbeiterüberweisungen („remesas") waren die wesentlichen Determinanten der Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens. Die allgemeine Armutsquote konnte in der Expansionsphase von etwa 39 auf rund 31% verringert werden, während die makroökonomischen Ungleichheitsverhältnisse in den meisten Ländern nur geringfügig rückläufig waren.

Die stärkste und längste Boomphase seit über 25 Jahren beruhte vor allem auf günstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen, insbesondere auf der sehr vorteilhaften Preisentwicklung auf dem Weltmarkt und der ebenso günstigen externen Finanzierung (über Kredite, Staatsanleihen und Direktinvestitionen). Den größten Einfluss auf die Boomentwicklung hatten die Preise vor allem von Erdgas, Erdöl und mineralischen Rohstoffen, aber auch von Soja, Weizen, in wesentlich geringerem Maße der tropischen Agrargüter. Die Verbesserung der Terms of Trade zwischen 2000 und 2006 entsprach größenmäßig 3,4% des BIP Lateinamerikas. Ohne diesen Terms-of-Trade-Effekt wäre die Leistungsbilanz ab 2005 negativ gewesen.

Zum zweiten war die externe Finanzierungssituation in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts günstig für die meisten Staaten Lateinamerikas. Die Zinsen sanken bis vor kurzem, und die Risikoaufschläge für Staatsanleihen („spreads") fielen enorm. Trotz dieser Bedingungen war der Finanzzustrom außer für Brasilien und Kolumbien für einen längeren Zeitraum relativ gering. Die hohen Devisenerlöse und Schuldenrückzahlungen führten zu einem deutlich niedrigeren Schuldenstand als vor 8-10 Jahren. Dieser bewegt sich inzwischen im Durchschnitt bei ca. 20% des BIP – gegenüber etwas über 40 % noch vor etwa 10 Jahren. Die Nettoverbindlichkeiten der größten Ökonomien Lateinamerikas gegenüber dem Ausland lagen 2008 allesamt unter 10% des BIP. Die Involvierung lateinamerikanischer Banken in das moderne, „innovative" Derivategeschäft, in den Handel mit Zertifikaten und Kreditausfallpapieren (CDS) war offenbar relativ unbedeutend.

Resistenter gegen externe Schocks

Angesichts dieser Situation dürften die Qualität und das Ausmaß der Betroffenheit der meisten lateinamerikanischen Länder eher geringer und vermittelter als bei früheren Währungs- und Finanzkrisen sein. Auch wenn der gesunkene Außenwert vieler Währungen sich nicht schnell erholen sollte und die Aktienkurse sich weiter auf niedrigem Niveau bewegen sollten, wird dies keine katastrophale Wirkungen haben. Exporte würden durch den niedrigen Außenwert der Währung eher begünstigt. Die generelle Abschwächung hat eher inflationsmindernde Effekte, was in den letzten Monaten als wachsendes Problem in nicht wenigen Ökonomien Lateinamerikas, z.B. im ansonsten als musterhaft geltenden Chile, angesehen wurde.

Zweifellos wird es in der unmittelbaren Zukunft zumindest für eine gewisse Zeit zu einem Rückgang der Kapitalzuflüsse infolge hoher Zinsen und größerer Risikoaufschläge kommen; auch die Zuflüsse an Direktinvestitionen werden sich wahrscheinlich in Grenzen halten. In Brasilien sind bereits rückläufige internationale Kreditbeziehungen zu verzeichnen, aber dies wird das inländische Bankensystem kaum negativ berühren. Das Land ist selbst Nettogläubiger gegenüber dem Ausland, so dass auch eine (zeitweise) Abwertung des Real nicht mehr zu einer Chaotisierung der Staatsfinanzen führen muss. Die Tatsache, dass die innere Verschuldung nicht auf US-Dollar lautet bzw. vom US-Dollar entkoppelt ist, macht das Land von Währungsschwankungen relativ unabhängig. Es war vor allem dieser Übertragungsweg, der das Land mehrfach an den Rand der Krise getrieben hatte.

Auch infolge der Einrichtung von Stabilisierungsfonds und aufgrund verschiedener Gesetze über „verantwortliche" Fiskalpolitik haben die meisten Regierungen, wenn auch nicht explizit eine antizyklische, so doch eine sehr vorsichtige Haushaltspolitik betrieben.

Rückläufige „remesas"

Natürlich wird es zu einem Rückgang der „remesas" (der Gastarbeiterüberweisungen) aus den USA und Europa kommen. Für manche Länder Zentralamerikas oder für Mexiko und Ecuador stellt dieser Posten in der Gesamtbilanz eine erst- bzw. zweitrangige Deviseneinnahmequelle dar. Gerade die in den USA besonders betroffene Baubranche, wo viele Latinos in unqualifizierten Jobs tätig sind, wird diese Einnahmen schrumpfen lassen. Aber auch hier wird es aller Voraussicht nach nicht zu extremen Verwerfungen kommen. Erst im Verein mit anderen Elementen (z. B. Senkung des Erdölpreises, Rückgang der sonstigen Exporte aus dem Maquiladora-Bereich) wird es im Falle von Mexiko zu einem deutlich rezessiven Moment kommen.
So wenig die kurz- und mittelfristigen Folgen der Finanzkrise für die lateinamerikanischen Ökonomien absehbar sind, so sehr ist zu betonen, dass heute aufgrund der veränderten internen und externen Situation die negativen Wirkungen nicht mehr so gravierend wie noch vor 10 oder 15 Jahren sein werden. Auch verschiedene reaktive Maßnahmen der lateinamerikanischen Regierungen, wie z.B. die starke Erweiterung der Interventionsmöglichkeiten der Zentralbank in Brasilien oder die Auflage eines relativ umfangreichen Konjunkturprogramms in Mexiko deuten auf den Willen hin, sich in der Krise nicht vollständig den Unwägbarkeiten der Märkte auszusetzen.
Allerdings sind die Unterschiede in den Ausgangsbedingungen wichtig, z. B. die Tatsache, dass 80% der Exporte Mexikos in die USA gehen, während dies bei Brasilien nur etwa 20% sind. Möglicherweise werden diejenigen Länder, die die deutlichste Abkehr von neoliberalen Maximen vollzogen haben und/oder solche, die mit der US-Ökonomie am wenigsten verflochten sind, mit den geringsten negativen Konsequenzen aus dem Krisenprozess hervorgehen.

Von Dieter Boris

Hinweise:
**) Der Beitrag erschien im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E), Nr. 12/2008. Der Nachdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der W&E-Redaktion. Eine Langfassung des Artikels einschließlich weiterführender Literaturhinweise ist unter www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org abrufbar. Die Langfassung ist auch Bestandteil des W&E-Dossiers „Die Dritte Welt und die Finanzkrise" (URL: http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/cms/wearchiv/042ae69b560844101.php).*

"Sumak Kawsay" ("Gutes Leben") und die Zäsuren der Entwicklung

Der Begriff des Wirtschaftswachstums als Grundlage für soziale Entwicklung ist von all den Konzepten, die aus der Positivität der neoliberalen Wirtschaft hervorgegangen sind, derjenige, der am intensivsten mit symbolischen und politischen Konnotationen verknüpft ist. Es ist ein Begriff, der die Illusionen und Utopien des Neoliberalismus und des Spätkapitalismus widerspiegelt. [...] Der Begriff des Wirtschaftswachstums verweist auf die politischen Notwendigkeiten des Neoliberalismus und bezieht sich zu seiner Legitimation auf den im 19. Jahrhundert und in der Aufklärung verwendeten Begriff des "Fortschritts". Freilich, unter diesem Blickwinkel wäre Wirtschaftswachstum ein weiteres Symbol für Fortschritt, und Fortschritt lässt per Definition keinerlei Diskussion zu. [...] Gegen Wirtschaftswachstum zu sein ist Symptom und Anzeichen für Widerstand gegen den Wandel. [...]

Mit dem Begriff Wirtschaftswachstum und -entwicklung erschafft sich der neoliberale Diskurs einen Fetisch, dem er Tribut, Gebet und Opfer darbringt, löst doch der neoliberalen Doktrin zufolge das Wirtschaftswachstum aus sich selbst heraus die Probleme Armut, Ungerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, fehlende Chancen, Investitionen, Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt usw. [...]

In Wirklichkeit ist Wachstum als Begriffskonzept der neoliberalen Entwicklung ein sinnleeres Argument. Denn tatsächlich existiert Wirtschaftswachstum im eigentlichen Sinne gar nicht. Was existiert, ist die Anhäufung von Kapital, und Kapital ist weder ein Objekt noch eine Ansammlung von Objekten, es ist ein soziales/gesellschaftliches Verhältnis von Ausbeutung und Reifikation [Verdinglichung]. Kapitalanhäufung bedeutet per Definition die Erweiterung der Grenzen der Ausbeutung und Entfremdung des Menschen. Je mehr Wachstum, desto mehr Kapitalanhäufung und somit mehr Ausbeutung, mehr Zerstörung, mehr Entfremdung.

Entwicklung auf der Grundlage des neoliberalen Begriffs vom Wirtschaftswachstum ist ein verlogener und die Machtverhältnisse verschleiernder Diskurs, der Kapitalanhäufung durch Spekulation generiert. Wirtschaftswachstum als soziale Teleologie (oder Ziel) und als Fetischismus der Geschichte ist ein symbolisches und epistemisches [erkenntnistheoretisches] Instrument mit politischer Funktion: nämlich, für den jeweils notwendigen Konsens zu sorgen, um mit Spekulation Kapitalanhäufung zu ermöglichen. Er hat auch eine historische Funktion: Räume für Menschliches in den Koordinaten der Wirtschaft und des Marktes zu versperren. Neoliberalismus ist das Ende der modernen Geschichte. Jenseits davon existiert nichts mehr: Utopien schwinden dahin und die Metaerzählungen der Moderne lösen sich auf. In der neoliberalen Welt sind die emanzipatorischen Versprechen von Freiheit und Fortschritt zwar erfüllt worden. Aber diese Freiheit und dieser Fortschritt sind in die Perspektive von Markt und freiem Unternehmertum gestellt worden, und der Mensch, der sich in seiner menschlichen Natur an der Reifikation von Dingen misst, ist bereits von den Marxisten der Frankfurter Schule in Frage gestellt worden, und zudem ist der Diskurs über Wirtschaftswachstum längst durch Ivan Illich, Arne Naess, Herbert Marcuse bis hin zu Arturo Escobar und Serge Latouche und vielen anderen infrage gestellt worden.
Angesichts dieser Kritik am neoliberalen Diskurs über Wirtschaftswachstum – und um eine rhetorische Figur, die für Bruch, Unterbrechung und Riss steht, ins Spiel zu bringen – soll an jene Zäsuren erinnert werden, die dieser Begriff hervorgebracht hat und dessen historische und soziale Konnotationen unumgänglich sind, wenn man sich die Entwicklung und deren Alternativen, insbesondere in Augenblicken am Ende der neoliberalen Geschichte und Postmoderne, vergegenwärtigt.

Die erste in der Reihe der Zäsuren ergibt sich, wenn der Diskurs über Wirtschaftswachstum die Beziehung von Mensch und Natur aufbricht und zerstört. Weder im Descartes'schen Entwurf des Menschen als "Herr und Meister der Natur" noch in dem Bericht der Brundtland-Kommission von 1986 oder beim Gipfel von Rio oder angesichts der neuen Sorgen über die globale Erwärmung waren das Wirtschaftswachstum und der Diskurs über Fortschritt in der Lage, diese Zäsur aufzuheben. Ganz im Gegenteil, heute werden Probleme generiert, die früher unvorstellbar schienen. Die Betrachtung der Märkte als historische Alternative zum Mensch-Natur-Verhältnis vertieft diese Zäsur nur noch und konfrontiert uns mit Szenarien, die uns zuvor undenkbar erschienen wären. Allein aus der Sicht eines extremen Egoismus auf die Gegenwart und einer absoluten Entfremdung von der Zukunft kann der Gedanke aufkommen, dass Lebensmittelproduktion heute für Autos da sei und nicht für Menschen. Biokraftstoffe verlagern den Diskurs über Wirtschaftswachstum an das äußerste Ende der Naturnutzung. [...] Wir begreifen dank dieses Vorschlags zur Privatisierung der Natur, dass der Begriff „nachhaltige Entwicklung" der Brundtland-Kommission niemals mehr als ein Trugbild gewesen ist, ein Bußgang des Spätkapitalismus neoliberaler Prägung. Ein Alibi für die Privatisierungsprojekte der Weltbank. Die globale Erwärmung ist jedoch eine reale Bedrohung. Der Kapitalismus und sein Fortschrittsdiskurs [...] provozieren eine der schlimmsten und tiefsten Krisen, welche die Existenz der ganzen Menschheit auf der Erde gefährdet. [...] Der Tag wird kommen, an dem die Menschheit zwischen den kapitalistischen Märkten und ihrem eigenen Fortbestand wählen muss. Der Tag wird kommen, an dem das uralte Wissen und die Weisheit der indigenen Völker die einzige Möglichkeit sind, um den Planeten vor der Verwüstung des freien Marktes zu retten.

Eine zweite Zäsur des Diskurses über Wirtschaftswachstum und -entwicklung steht in Zusammenhang mit der Ethik. Weder Wirtschaftsentwicklung noch Wirtschaftswachstum sind ethisch und können es auch nicht sein, denn wenn ethische Variablen in das Wirtschaftswachstum eingeführt werden, läuft dieses die Gefahr, sich in schwere logische Widersprüche zu verwickeln, welche die erkenntnistheoretische Gültigkeit der Wirtschaft insgesamt in Frage stellen würden. Das auf Maximierung ausgelegte Verhalten des homo oeconomicus liegt im Widerstreit mit der Ethik und verhindert rationales Wählen in Wettbewerbsmärkten. Ein Konsument denkt angesichts einer Ware nie an die anderen, sondern nur an sich selbst. In dem Augenblick, da er sich bei seiner individuellen Wahl in irgendeiner Form ethische Gedanken an andere leistet, werden seine ökonomischen Entscheidungen automatisch entwertet. Für die geltende Konsumententheorie, die dem ganzen Gedankengebäude der modernen Wirtschaft zugrunde liegt, wären dies keine rationalen Entscheidungen. [...] Ist es überhaupt möglich, Ethik in das menschliche Zusammenleben zurückzuführen? Die Antwort scheint von der Existenz der Märkte als soziale und historische Regulatoren abzuhängen. Märkte bieten keinen Raum für Ethik. Sie sind Räume für individuellen Profit und strategische Aktion. Die Ethik zu retten, heißt den Markt zu überwinden. Wenn Ethik durch Märkte instrumentalisiert wird, geraten der Frieden in der Welt und die Bedingungen für ein fried-

liches Zusammenleben der Völker in Gefahr.

Eine dritte Zäsur im Diskurs um Wirtschaftsentwicklung und -wachstum betrifft die Geschichte und Kultur der Völker. Wirtschaftsentwicklung und -wachstum berauben Geschichte und Kultur ihrer Inhalte und ersetzen sie durch Werte, die aus Sicht der Logik der Rentabilität, der Kurzlebigkeit, des Egoismus und des strategischen Kalküls Gültigkeit haben. Wenn Wirtschaftswachstum mit Gesellschaften oder Völkern in Berührung kommt, die von der Moderne und dem Wirtschaftswachstum noch nicht infiziert sind, stecken sie sie durch das Bedürfnis nach Kapitalanhäufung an und kolonisieren das, was Habermas die "Lebenswelt" nennt. Für das Wirtschaftswachstum sind die traditionellen Sitten und Gebräuche der Völker und ihre Kulturen ein Hindernis, das es durch Modernisierungsstrategien zu überwinden und abzuschaffen gilt. Innerhalb der Marktkoordinaten können kulturelle Unterschiede nicht bestehen bleiben, es sei denn, sie entwickeln sich zu herausragenden Marktmechanismen. Wirtschaftswachstum und -entwicklung haben keine Vorstellung davon, was Respekt vor Kulturen und Zusammenleben im Kontext sozialer und kultureller Verschiedenheit bedeutet. Märkte vertragen menschliche Vielfalt nicht. [...]

Eine vierte Zäsur bezieht sich paradoxerweise auf die Wirtschaft selbst. Auch wenn es unglaubhaft erscheint ist, sorgt wirtschaftliche Entwicklung in viel höherem Maße für politische Mangelverwaltung als für Wirtschaftswachstum in der ganzen Gesellschaft. Der neoliberale Diskurs über Wirtschaftswachstum ist ein Diskurs über den Mangel. Der Preismechanismus als Wundertäter der Realität ist Ausdruck der politischen Kontrolle über den Mangel. In Wirklichkeit gründet sich der ganze Diskurs über neoliberale Wirtschaft auf den Begriffen von Mangel. Die Konzepte des Neoliberalismus [...] sind Konzepte, die sich auf die Analyse des Mangels beziehen. Es geht nicht um die Existenz oder Konstatierung einer Mangelsituation, sondern um deren politische Rationalisierung und Operationalisierung durch die Macht, und die Wirtschaft wird auf diese Weise zu einer anderen Form der Machtausübung. Entwicklung erzeugt Mangel. Wirtschaftswachstum und -entwicklung erzeugen Armut. Armut gehört untrennbar zu Wirtschaftswachstum und -entwicklung. Die gesamte Strategie der Strukturanpassung und -reform des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank und ihre Schocktherapie sorgten künstlich für Mangel und erzeugten und verschärften die Armut als zwingende Voraussetzung dafür, dass die Gesetze des kapitalistischen Marktes wirksam werden können. Zu glauben, Wirtschaftswachstum könne die Probleme der Armut lösen, ist naiv, zum einen, weil man dazu neigt, bei Armut in Wirtschaftsbegriffen zu denken (der eine Dollar pro Tag der Weltbank), während sie in Wahrheit ein politisches Phänomen ist, und zum anderen, weil man davon ausgeht, dass Armut durch eben diese Wirtschaft überwunden werden könnte [...], während sie doch politisch überwunden werden müsste. [...]

Die fünfte und vielleicht schwerste Zäsur ist die epistemische [erkenntnistheoretische] Kolonisierung. Wenn man sich auf den Diskurs über Wirtschaftswachstum und -entwicklung einlässt, ist es unmöglich, die Welt anders zu sehen. [...] Die epistemologische Kolonisierung, erzeugt durch den Diskurs des Wirtschaftswachstums, hat die Fähigkeit der Menschheit, nach Alternativen zum Kapitalismus zu suchen, zunichte gemacht. Noch schwerer als etwas zu lernen ist vielleicht, etwas wieder zu verlernen. Um dieser Kolonisierung zu entkommen, ist wahrscheinlich eine lange Arbeit des Vergessens all dessen, was wir über Entwicklung und Wachstum gelernt haben, notwendig. Diese epistemische Zäsur zu überwinden, ist eine der schwierigsten Aufgaben der Gegenwart, weil der Grund immer ein selbstbezogener ist, und die Analyse des Wirtschaftswachstums hat ihre Wurzeln in der modernen Erkenntnistheorie einschließlich ihrer emanzipatorischen Vorschläge.[...]

Diese Zäsuren müssen aufgehoben werden. Auf dem Spiel steht das Weiterleben des Menschen auf der Erde. Der neoliberale Diskurs über Entwicklung auf der Grundlage von Wirtschaftswachstum darf keine zweite Chance bekommen. Wenn wir sie ihm geben, ist es vielleicht für unsere Zukunft zu spät. Er hinterlässt uns Umweltzerstörung, menschlichen Niedergang, soziale Gewalt, Kolonisierung der Überzeugungen, Staatsterrorismus, Genozide, Vertreibung ganzer Völker, Ghettoisierung, und vieles andere, und zwingt uns [...], nach Alternativen zur Entwicklung zu suchen.

Der bolivianische Präsident Evo Morales, ein Aymara-Indigener, hat gesagt, dass daran gedacht werden müsse, den Kapitalismus als soziales und historisches System zu überwinden. Die Ureinwohner von Ecuador haben zu Beginn der 90er Jahre auf der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus als System ein Konzept geschaffen, das zu den komplexesten politischen Konzepten der Gegenwart zählt: den plurinationalen Staat, der dazu verpflichtet, die Inhalte des Gesellschaftsvertrags und der Gesellschaft als Ganzes zu überdenken. [...]

Dieselben indigenen Völker in Bolivien, Ecuador und Peru präsentieren jetzt ein neues Konzept zur Verständigung des Verhältnisses vom Menschen zur Natur, zur Geschichte, zur Gesellschaft und zur Demokratie. Ein Konzept, mit dem die durch das neoliberale Konzept und das Wirtschaftswachstums entstandenen Zäsuren aufgehoben werden können. Ihr Vorschlag lautet: "sumak kawsay", "gutes Leben".

Es ist wahrscheinlich, dass die Wissenschaftler besonders im Norden herablassend lächeln werden, falls es gelingt, auf das Konzept des guten Lebens aufmerksam zu machen, und dass sie es als Anekdote der lateinamerikanischen Politik abtun werden. Trotzdem ist es im Augenblick die einzige Alternative zum neoliberalen Diskurs von Wirtschaftsentwicklung und -wachstum, weil der Begriff sumak kawsay die Möglichkeit bietet, den Menschen mit der Natur zu verbinden unter der Prämisse des Respekts, weil es die Chance ist, Ethik in das menschliche Zusammenleben zurückzubringen, weil ein neuer Gesellschaftsvertrag notwendig ist, in dem Einheit in der Vielfalt möglich ist, weil es die Chance bietet, sich der Gewalt des Systems zu widersetzen.
Sumak kawsay ist der Ausdruck einer uralten Form, in der Welt zu sein und zu leben. Das "gute Leben" bezieht sich auf die Forderungen nach "décroissance" von Latouche, nach "Konvivialität" von Ivan Illich und nach "Tiefenökologie" von Arne Naess. Das "gute Leben" greift auch die Vorschläge zur Entkolonisierung von Aníbal Quijano, von Boaventura de Souza Santos, von Edgardo Lander und anderen auf. Das "gute Leben" ist ein weiterer Beitrag der indigenen Völker des Abya Yala für die Völker der Welt, und es ist Teil ihres langen Weges im Kampf für die Entkolonisierung des Lebens, der Geschichte und der Zukunft.
Es ist wahrscheinlich, dass sumak kawsay ebenso unbeachtet bleibt (oder schlimmer: zu einer Kultur- oder Bereichsstudie verkommt), wie es das Konzept des plurinationalen Staates war (und ist). Aber dieses Wort, dieser Begriff des "guten Lebens" hat in dieser bunt schillernden Welt mit ihren vielen verschiedenen Facetten der menschlichen Natur seinen Weg angetreten. Neben den Naturrechten und dem plurinationalen Staat ist in den Debatten

über die neue Verfassung [Ecuadors] sumak kawsay als neues must have des plurinationalen Staates und der interkulturellen Gesellschaft aufgetaucht. Es ist das erste Mal, dass ein Begriff, der eine von unseren Vorvätern stammende Praxis des respektvollen Zusammenlebens mit der Natur, mit den Gesellschaften und den Menschen ausdrückt, die politische Debatte bestimmt und sich machtvoll am Horizont der menschlichen Möglichkeiten abzeichnet.

Von Pablo Dávalos

Hinweis: Pablo Dávalos ist Wirtschaftswissenschaftler und Universitätsdozent in Ecuador.

Quelle: http://alainet.org/active/23920. Gekürzte Fassung, gekürzt von Marco Rieckmann (AG Lateinamerika von Attac-D)

Ecuador erhebt als erster Staat der Erde die Rechte der Natur in den Verfassungsrang!

Unser Dank gilt jenen, die eine Verankerung der Rechte der Natur in der neuen Verfassung von Ecuador möglich gemacht haben. Zu ihnen gehören die BürgerInnen, die für die neue Verfassung gestimmt haben, der Präsident der Republik, der ehemalige Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung, Alberto Acosta, und alle engagierten Abgeordneten, denen ein Paradigmenwechsel bei der Entwicklung möglich schien. Dank gilt auch den Menschen in den sozialen, ökologischen, indigenen Bewegungen und allen Einzelpersonen, die sich für Anerkennung der Rechte der Natur eingesetzt haben. Damit leistet Ecuador Maßgebliches für den Erhalt seiner einzigartigen und vielfältigen Ökosysteme und den Schutz der Erde. Nichts wäre möglich gewesen, ohne die Bürgerinnen und Bürger, die sich am 28. September zu 64% für die Verfassung ausgesprochen haben. Die Vorschläge von über 70.000 BürgerInnen, die nach Montecristi kamen, flossen in die Verfassung ein und machen sie zu jener Verfassung, die den höchsten Schutz bietet für die sozialen Rechte der Bevölkerung und die Natur.

Dieser historische Moment ruft nach einem kurzen Rückblick, wie es gelang, die Rechte der Natur in die neue Verfassung Ecuadors zu integrieren. Das Konzept der Natur als Rechtssubjekt ist nicht neu, es wurde von zahlreichen umweltorientierten StudentInnen, WissenschaftInnen, unter ihnen Goodofredo Stuntzi, unterstützt. Doch war die Welt bis dahin nicht so direkt mit den Auswirkungen des Klimawandels konfrontiert und daher nicht so empfänglich wie jetzt die konstituierende Nationalversammlung. Gleichzeitig liegt es in der Kultur der indigenen Völker, vor allem jener, die auf ecuadorianischem Staatsgebiet leben und mit denen wir eng verbunden sind, den Wald und das Wasser zu schützen, die Natur als Wesen zu respektieren und sie nicht – wie die westliche Gesellschaft – als Ressource zu sehen, die ausgebeutet und zerstört werden kann. Die neue Verfassung wollte eine tiefgehende Veränderung für das Land, mit einem Paradigmenwechsel im Bereich der Entwicklung, die nicht mehr auf eine wahllose Ausbeutung der Ressourcen der Erde setzt, sondern auf der Basis einer harmonischen Beziehung mit der Natur, auf Leben im Wohlstand, auf qualitativen statt quantitativen Verbesserungen. Daher passte die Idee, die Rechte der Natur in Verfassungsrang zu heben, hervorragend zu den anderen Vorschlägen. Dazu kommt, dass Ecuador zu den Ländern mit der größten Biodiversität weltweit gehört, mit einzigartigen Ökosystemen wie den Moorgebieten, dem amazonischen Regenwald, den marinen Ökosystemen oder den Galápagos-Inseln. Dies prädestiniert Ecuador dafür, mit einem ernsthaften Prozess des Umweltschutzes zu beginnen, auch weil Ecuador stark unter den Folgen des Klimawandels leidet. Die Natur in Ecuador leidet an der Umweltverschmutzung durch den Abbau von Rohstoffen, vor allem von Erdöl. Daher führt unser Land auch den größten Umweltprozess gegen den Konzern Texaco. All dies und der Wille, die Verfassung zu demokratisieren und die indigenen Weltanschauungen zu integrieren, gaben den Impuls, die Rechte der Natur verfassungsrechtlich anzuerkennen.

Schon zu Beginn des Verfassungsprozesses im Dezember 2007 hatte Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der konstituierenden Nationalversammlung, in einem Artikel die Notwendigkeit der verfassungsrechtlichen Anerkennung dargelegt. Über Bill Twist, Präsident von Pachamama Alliance USA, kontaktierte die Stiftung Pachamama Thomas Linzey, Mitglied von "The Community Environmental Legal Defense Fund (CELDF)", der vor Gericht für die Anerkennung der Rechte der Natur in Verwaltungsverordnungen bestimmter lokaler Körperschaften in den USA gekämpft hatte. Der Kampf von CELDF basiert auf der Arbeit des Südafrikaners Cormac Cullinan, der es mit seinem Buch "Wild Law" erreicht hat, dass die Rechte der marinen Ökosysteme in der südafrikanischen Verfassung anerkannt werden. Die Stiftung Pachamama hat Thomas Linzey und Mari Margil, Vizedirektorin von CELDF, eingeladen, die konstituierende Nationalversammlung in Montecristi zu besuchen und dort von ihrer Arbeit zu berichten. Ende Februar 2008 kamen die Juristin und der Jurist für vierTage nach Ecuador und besuchten, unterstützt vom Team der Stiftung Pachamama, gemeinsam mit WissenschaftlerInnen der Simon Bolivar Universität wie Carlos Larrea, die konstituierende Nationalversammlung in Montecristi. Am 26. Februar wurde ein gemeinsames Frühstück mit Meinungsaustausch für alle Mitglieder der Nationalversammlung organisiert. Thomas und Mari berichteten dabei von ihren Erfahrungen und das Team der Stiftung Pachamama brachte Argumente für die Verankerung der Rechte der Natur in der Verfassung vor. Neben offiziellen Gesprächen mit Alberto Acosta und Aminta Buenaño wurden auch bestimmte Arbeitstische besucht, die sich mit unterschiedlichen Aspekten des Themas, wie Rechte, Rohstoffe, Entwicklung und Souveränität befassten. Anschließend wurde in Quito eine Versammlung für UmweltanwältInnen einberufen, um den der konstituierenden Nationalversammlung vorgelegten Text über die Rechte der Natur zu diskutieren.
Die Anerkennung der Natur als juristische Person gestaltete sich zu Beginn sehr schwierig. Es gibt Konzerninteressen und juristische Dogmen, die diese außerordentliche Weiterentwicklung des Rechts nicht akzeptieren. Es brauchte viel Lobby- und Überzeugungsarbeit, Verhandlungen, Untersuchungen, die Vorlage von Daten und die politische Unterstützung der Zivilgesellschaft für jene VertreterInnen in der Nationalversammlung, die sich am stärksten für dieses Thema engagierten, um es zu einem zentralen Anliegen für die konstituierende Nationalversammlung zu machen. Zuerst wurde an Tisch 5 der Text über die Rechte der Natur entwickelt, dieser wurde dann an Tisch 1 (Tisch zum Rechtssystem) weitergegeben. Schließlich gelangte das Thema vor das Plenum der konstituierenden Nationalversammlung und am 10. April wurde der Artikel 10, der die Natur als Rechtssubjekt anerkennt, mit 91 von 130 Stimmen angenommen.

Am 7. Juli wurden alle Artikel verhandelt, die sich mit der Anerkennung der Rechte der Natur befassen. Der Artikel 71 wurde mit 93 Stimmen (bei 18 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen), angenommen. Er hält fest, dass die Natur ein Recht darauf hat, dass ihre Existenz und Bewahrung, die Erhaltung und Regeneration ihrer lebenswichtigen Zyklen, Strukturen, Funktionen und evolutionären Prozesse umfassend geachtet werden. Einzelpersonen, Gemeinschaften, Volksgruppen oder Nationalitäten können vom Staat die Einhaltung der Rechte der Natur einfordern. Der zweite Teil des Artikels legt fest, dass der Staat natürliche und juristische Personen sowie Kollektive anhalten wird, die Natur zu schützen, und den Erhalt aller Elemente eines Ökosystems fördern wird. Dieser Teil wurde mit 96 Stimmen (bei 7 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen) angenommen.
Artikel 72 wurde mit 91 Stimmen (bei 13 Gegenstimmen, 9 Stimmenthaltungen und einer leeren Stimme) angenommen und besagt, dass die Natur das Recht auf Wiederherstellung hat und dass diese Wiederherstellung unabhängig von der Entschädigungsverpflichtung erfolgt, die der Staat und natürliche oder juristische Personen gegenüber Einzelpersonen oder Gemeinschaften haben, welche von den betroffenen natürlichen Systemen abhängig sind. Bei schweren oder dauerhaften Umweltschäden, auch jenen die durch den Abbau nicht-erneuerbarer Rohstoffe verursacht werden, verpflichtet sich der Staat dazu, die wirksamsten Maßnahmen der Wiederherstellung zu treffen, und dafür zu sorgen, dass umweltschädigende Folgewirkungen beseitigt oder gemildert werden.

Artikel 73 wurde mit 90 Stimmen (bei 15 Gegenstimmen, 6 Enthaltungen und 2 leeren Stimmen) angenommen und besagt, dass der Staat bei Handlungen, die zum Aussterben von Arten, der Zerstörung von Ökosystemen oder der dauerhaften Veränderung von natürlichen Kreisläufen führen können, vorkehrende und einschränkende Maßnahmen trifft. Der Artikel untersagt darüber hinaus das Ausbringen von Organismen sowie organischen oder anorganischen Stoffen, die das genetische Kulturerbe des Landes dauerhaft verändern können.

Artikel 74 bestimmt, dass Menschen, Gemeinschaften, Volksgruppen und Nationalitäten das Recht haben, für ihr Wohlergehen aus der Natur und den natürlichen Reichtümern Nutzen zu ziehen. Er bestimmt zudem, dass sich niemand jene Nutzen, die die Umwelt stiftet, aneignen kann, und dass ihre Erzeugung, Zurverfügungstellung, Benutzung und Verwertung vom Staat reguliert werden. Artikel 74 wurde am selben Tag mit Zustimmung (bei 19 Gegenstimmen, 4 Stimmenthaltungen und 1 leeren Stimme) angenommen.

Dies zeigt die langwierige Arbeit in der von Alberto Acosta und seinem Team geleiteten konstituierenden Nationalversammlung, gemeinsam mit Mitgliedern der Nationalversammlung wie Norman Wray, Aminta Buenaño, Sofía Espín, María Soledad Vela, Pilar Nuñez, Cesar Grefa, Manuel Mendoza, Rafael Estévez, Fernando Vega und anderen, die sich mit aller Kraft für das Thema eingesetzt und persönlich an der Ausarbeitung der Texte mitgearbeitet haben. Ihnen allen verdanken wir, dass Ecuador diesen historischen Schritt zum Schutz der Umwelt setzen konnte.

Die Stiftung Pachamama hat den gesamten Prozess mit Diskussionen und Verhandlungen dokumentiert, das Thema in der Presse präsent gehalten und audiovisuelles Material für den Schutz der Rechte der Natur entwickelt. Weiter hat sie eine Kampagne für Fernsehen, Radio, Printmedien sowie alternative Medien, Theater, Marionettentheater und das Kino erstellt, die sich für die Rechte der Natur einsetzt, und die BürgerInnen über die Anerkennung dieses neuen Rechtes der Natur informierte.
[...]
Dank dieser Artikel in der neuen Verfassung Ecuadors können die BürgerInnen das Einhalten dieser Rechte einfordern und die Natur direkt vertreten, damit ihre Rechte eingehalten werden. Unsere Aufgabe ist nun dafür zu sorgen, dass die ganze Welt hiervon erfährt. Daher haben wir eine Webseite mit allen Informationen über die Rechte der Natur (Erläuterungen, Dokumente, Entwicklungen, Video- und Audioaufnahmen, Interviews sowie internationale Nachrichten und Veröffentlichungen) erstellt, welche die Tragweite dieser progressiven Entscheidung Ecuadors würdigen, als erstes Land der Erde, die Rechte der Natur in seiner Verfassung anzuerkennen.

Offizielle Mitteilung der Stiftung Pachamama vom 29. September 2008
Links: http://www.pachamama.org.ec/, http://derechosnaturaleza.blogspot.com/

Solidarität für Gerechtigkeit! Unterstützung für Veränderungen in Lateinamerika

Der Ruf „Ya Basta" der Zapatisten 1994 gegen den neoliberalen Dreiklang von Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung fand weltweit Beachtung und trug gegen den scheinbaren Siegeszug des Neoliberalismus und zum Erstarken sozialer Proteste und Bewegungen bei. Piqueteros in Argentinien, der Wasserkrieg in Cochabamba/Bolivien und die Kämpfe des indigenen Dachverbands CONAI in Ecuador und der MST in Brasilien trugen zur Delegitimierung des Neoliberalismus und zur Wahl von linken Regierungen bei, die teilweise direkt aus der Bewegung kommen/kamen. Die Regierungen wurden von den „Völkern ihrer Länder" teilweise mühsam erkämpft und werden von diesen – bei vielfältiger Kritik – gegen die reaktionäre Kräfte – bisher – erfolgreich verteidigt.

Seit Jahrhunderten Marginalisierte setzten Alternativen und Forderungen auf die politische Agenda wie: Soziale Gerechtigkeit, d.h. genug zum Leben, Überwindung von Hunger und Armut; Partizipation und Emanzipation; Solidarische Ökonomie (ArbeiterInnenselbstverwaltungen, Genossenschaften, etc.); Teilhabe aller an den natürlichen Ressourcen; Recht auf Bildung (Alphabetisierung) und Gesundheitsvorsorge, würdigen Wohnraum; Landreformen, Energierevolution und Ernährungssouveränität.

Mit den linken Regierungen und dem Aufbau von ALBA (Bolivarianische Alternative für die Amerikas) erhielten diese Vorstellungen und Forderungen auch Einzug in die regionale und internationale Politik, insbesondere gestützt durch Venezuela, Bolivien und Ecuador in Zusammenarbeit mit Cuba.

Die Regierungen von Bolivien und Venezuela scheuen sich nicht, in Durchsetzung dieser alternativen Politik Konflikte gegen die einheimische Oligarchie, internationale Konzerne und gegen die bisherige Vormachtstellung der USA durchzustehen. Die Regierungen der kapitalistischen Metropolen und die profitorientierten Massenmedien diskreditieren diese Politik der demokratisch legitimierten Regierungen.

In Jahrhunderte langer Tradition – erinnert sei nur an Salvador Allende – wird versucht, mit Lügen, Spaltungen und Verdrehungen, aber auch mit Terror und ökonomischen Restriktionen diese Regierungen zu delegitimieren.

Während der CIA die Entwicklung in Venezuela 2002/2003 mit der Unterstützung eines Putsches gegen die Regierung Chávez zu stoppen versuchte, gehen bzw. gingen vor allem über Kolumbien, dem treuesten Verbündeten der USA, wie auch von US-Botschaften (insbesondere in Bolivien) im Verbund mit einheimischen Oligarchien verschiedene Destabilisierungsversuche gegen diese linken Regierungen aus.

Seit Jahren wird eine Einflussnahme auch von deutscher Seite betrieben, meist unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe, wie z.B. die Wasser-Privatisierungspolitik der GTZ (Gesellschaft für techn. Zusammenarbeit) und KFW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) in Bolivien zeigt. Aber auch über (Partei-)Stiftungen und Think Tanks (wie die Bertelsmann-Stiftung und die von ihr gesponserten Forschungsinstitute) wird versucht, Entwicklungsstrategien der deutschen Politik und Wirtschaft im In- und Ausland zu beeinflussen. Bertelsmann ist aber nicht nur der wichtigste „Ideengeber", sondern auch der drittgrößte Medienkonzern weltweit. Mit Random House gehört ihm eine der größten Verlagsgruppen im spanischsprachigen Raum. Bertelsmann gehört gemeinsam mit dem Santos-Clan in Kolumbien die größte Druckerei Lateinamerikas, die dort jedes zweite Buch herstellt und über den Buchclub Círculo Lectores (1,8 Millionen Mitglieder in Kolumbien, Ecuador und Venezuela) vertreibt. Der Santos-Clan unterhält Verbindungen bis in die Regierung Kolumbiens.

Mit dem „Bertelsmann Transformations-Index" (BTI) werden der politische „Umgangston" und Handlungsanweisungen für westliche Herrschaftseliten gegenüber den „Entwicklungs- und Schwellenländern" formuliert. Im Falle Venezuelas fordert er gegen die »dezidiert antimarktwirtschaftliche« Politik dieses Landes die Entwicklung einer »effektiven Gegenstrategie« und verlangt dafür »externe Unterstützung« durch die USA und die Europäische Union.

Aber auch transnationale Konzerne bemühen immer wieder internationale Institutionen und Organisationen (Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten), um ihre Profitinteressen durchzusetzen, wie z.B. die „Euro Telecom" gegen Bolivien.

Solidarität ist in diesem Zusammenhang, die Wahrheit über die Politik der linken Regierungen und der sozialen Bewegungen zu verbreiten. Solidarität ist die Organisierung materieller und ideeller Unterstützung, die das Überleben und den Sieg der Politik der Veränderungen ermöglicht.

Bedingungslose Solidarität mit progressiven Regierungen war schon immer falsch und ist es heute erst recht. Es geht darum, die „Konterrevolution" abzuwehren, und den Handlungsspielraum der Regierungen und sozialen Bewegungen für die Befreiung und Neugestaltung ihrer Länder zu erweitern.
Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern sollte ein gegenseitiger Lernprozess hin zu globaler Gerechtigkeit und dem weltweiten Schutz der Umwelt sein. Unterstützung gebührt dabei allen sozialen Kräften in Bewegungen, Regierungen und Opposition, die zu mehr Partizipation, Emanzipation und Gerechtigkeit beitragen. Das bedeutet konkret:

- diese Politik einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen und uns der diskreditierenden Darstellung herrschender Medien entgegenzustellen (z.B. mittels Info-Materialien, Veranstaltungen, Speakers-Tours, Seminaren, Alternativ-Radio);
- Enthüllungsarbeit in Bezug auf die Einmischung von Außen und die Destabilisierungsversuche insbesondere von Einrichtungen aus bundesdeutschem Umfeld zu leisten;
- die Zusammenarbeit mit anderen Lateinamerika-Gruppen auf- und auszubauen;
- Kontakte zu den Botschaften z.B. Boliviens, Venezuelas und Ecuadors und anderen fortzusetzen.

Der Attac-Lateinamerika-Kongress im November 2008 in Mannheim war dazu ein guter Auftakt. Dabei sollten wir niemals Karl Liebknechts berühmten Ausspruch „Der Feind steht im eigenen Land" vergessen.
Auf einem Wochenend-Seminar im Herbst 2009 zu „Finanzmarktkrise und Lateinamerika" soll u.a. thematisiert werden, inwieweit nachhaltige Wirtschaftskonzepte ein Baustein zur Verringerung des Risikos vor Auswirkungen von globalen Finanzmarktrisiken sein können.

Von Kristine Karch und Günter Küsters

Die AG Lateinamerika von Attac

Die AG Lateinamerika von Attac ist seit 2007 aktiv. Inhaltlich beschäftigt sie sich in erster Linie mit den post-neoliberalen Entwicklungen Lateinamerikas. Zu nennen sind da die ökonomischen Alternativen wie ALBA, die Banco del Sur und eine alternative Schuldenpolitik, ökologische Alternativen, Ansätze partizipativer Demokratie wie die neuen Verfassungen in Ecuador, Bolivien und Venezuela, Solidarische Ökonomie, alternative und freie Medien und der Wertewandel im Sinne des Buen Vivir – des Guten Lebens.

Zu diesen Themen organisiert die AG regelmäßig Veranstaltungen und beteiligt sich an Attac-Events wie Sommerakademien und dem Kapitalismuskongress. Außerdem vernetzt sie verschiedene soziale AkteurInnen in Süd und Nord. Dabei steht der Ansatz der Solidarität als Zweibahnstraße im Sinne von gegenseitigem Lernen im Vordergrund. Soziale Bewegungen auf der ganzen Welt kämpfen gegen dieselbe Politik. Da kann Vernetzung und Austausch sehr wichtig sein. Im November 2008 fand in Mannheim unter dem Motto Continente Rebelde – Alternativen zum Neoliberalismus der erste Attac-Lateinamerikakongress statt.

Die AG Lateinamerika hat im Frühjahr 2008 auch einen Attac-Basistext (Vom Süden lernen, Attac – Basistexte 29) herausgegeben, in dem die post-neoliberalen Elemente Lateinamerikas übersichtlich zusammengefasst sind. Ferner betreibt sie die Website www.attac.de/lateinamerika, auf der sich viele weitere interessante Informationen finden.

Auch in 2009 hat die AG viel vor. Neben verschiedenen Infoveranstaltungen soll es im Herbst ein größeres Wochenendseminar geben, in dem insbesondere die Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise aus der Perspektive des globalen Südens Thema sein wird. Weiter gilt es, den Mannheimer Kongress nachzubereiten, ihn zu dokumentieren und vielleicht auch schon die Grundsteine für den nächsten zu legen. Für all ihre Vorhaben sucht die AG stets neue MitstreiterInnen. Interesse? Dann melde dich doch einfach unter lateinamerika@attac.de.

Alain Gresh
Südafrika und Gaza

Von der Reaktion vieler Regierungen auf den israelischen Krieg gegen Gaza haben die Medien berichtet, aber nicht von der Stellungnahme der ANC-Regierung, die aus dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika hervorgegangen ist.
„Die Regierung Südafrikas verurteilt unmissverständlich und auf das Schärfste die erhöhte Gewalt, die Israel Samstag Nacht mit dem Einmarsch in den Gazastreifen angewendet hat“, (1) erklärte der südafrikanische Außenminister in einer Pressemitteilung, die in Kapstadt am Sonntag, dem 4. Januar 2009 veröffentlicht wurde.
„Die Opfer an Menschenleben und die humanitäre Katastrophe in Gaza sind nicht hinnehmbar“, fügte er hinzu, und forderte die israelische Regierung auf, dieses “*humanitäre Massaker*” in Gaza einzustellen und die Truppen “*sofort und bedingungslos*” aus dem Gebiet abzuziehen.
„Der Gazastreifen ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt, und die israelische Landoffensive mit Panzerfahrzeugen und schwer bewaffneten Truppen, Artillerieunterstützung und Kampfhubschraubern wird unausweichlich noch größere Verluste unter Zivilisten nach sich ziehen, mit Folgen für die ganze Region in den kommenden Jahren,” führte der südafrikanische Minister weiter aus.

Demonstration gegen Bombardierung vor US-Konsulat
Am Sonntag, dem 4. Januar 2009 versammelten sich Tausende von Demonstranten vor dem Konsulat der Vereinigten Staaten in Johannesburg, um gegen die Bombardierung des Gazastreifens durch Israel zu protestieren.
Am 6. Januar verurteilte der Afrikanische Nationalkongress (ANC) die israelische Aktion in Gaza: “*Südafrikas regierende Partei verurteilt Israels Angriff in Gaza.”* **(2)**

Der ANC zu Gaza
Der Afrikanische Nationalkongress betonte: *"Solange Israel weiterhin die Gebiete besetzt hält, die rechtmäßig den Palästinensern gehören, wird es keine dauerhafte Lösung für die Probleme und den Nahost-Konflikt geben”*. Die Presseerklärung betont, dass das palästinensische Volk das Recht hat, in einem unabhängigen Staat zu leben, mit sicheren Grenzen, neben einem unabhängigen israelischen Staat. Der ANC verlangt, dass Israel endlich die Beschlüsse der UNO befolgt, namentlich die Resolution der Kommission für Menschenrechte vom Juni 1996 (gemeint ist wohl die Resolution vom 11. April 1996, Alain Gresh, (3)).

Südafrikanische Hilfe für Gaza
News24 (4), die Hauptinformationsquelle in Südafrika, meldete am 23. Januar 2009, dass humanitäre Hilfe nach Gaza unterwegs sei (“SA aid on way to Gaza” (5)). Das Flugzeug transportiere 84 Tonnen Hilfsgüter und 25 südafrikanische Ärzte und Journalisten. Die Hilfsaktion war vom Kirchenrat organisiert worden, von den katholischen Bischöfen und von der mächtigen Gewerkschaft COSATU. Das Flugzeug wurde von der Vize-Außenministerin, Fatima Hajaig, verabschiedet: *“Uns wird warm ums Herz, da das südafrikanische Volk mit Worten und Gesten das palästinensische Volk erreichen kann. Die Regierung grüßt die Zivilgesellschaft und die Nicht-Regierungsorganisationen, die mit soviel Begeisterung diese Initiative unterstützt und organisisert haben.”*

Apartheid "ein Sonntagspicknick"
Die Nachrichtenagentur JTA meldete am 19. Januar 2009 aus Kapstadt (“ANC lawmakers rip Israel” (6)), Parlamentarier des ANC hätten erklärt, dass *“die Grausamkeiten der Israelis an den Palästinensern die Apartheid wie ein Sonntagspicknick erscheinen ließen”*. Der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, Job Sithole, verglich die Behandlung der Palästinenser an den Checkpoints mit der Behandlung von Vieh und mit der Behandlung unter der Apartheid. Über eine Parlamentssitzung in Anwesenheit des israelischen Botschafters berichtet der Artikel “MPs slam Israeli ambassador” (Michael Hamlyn, 16. Januar, 24.com (7)).

Boykott des diktatorischen Staates Israel
Die COSATU verlangte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel, den Boykott israelischer Waren und beteuerte erneut *“ihre Unterstützung für den Freiheitskampf des palästinensischen Volkes”*. Ausserdem haben die südafrikanischen Hafenarbeiter angekündigt, dass sie ein israelisches Schiff boykottieren werden, das in Durban festgemacht hat (“Dock workers won't offload Israeli ship”, JTA, 3. Februar (8)). Der Ausschuss für die Solidarität mit den Palästinensern erinnert in einer Pressemitteilung daran, dass die Arbeiter sich geweigert hätten, ein chinesisches Schiff zu entladen, das Waffen für Zimbabwe geladen hatte. Er ruft dazu auf, verschiedene diktatorische Staaten wie Zimbabwe, Swaziland und Israel zu boykottieren. Die Mitteilung begrüßt die Erklärungen verschiedener jüdischer Stimmen, welche sich von der Aktion in Gaza distanziert haben:
Wir rufen alle Südafrikaner dazu auf zu gewährleisten, dass kein Bürger unseres Landes an der Tötungsmaschine der israelischen Besetzungsstreitkräfte mitwirkt.

Nadine Gordimer: Nicht in unserem Namen
Eine Gruppe von etwa hundert südafrikanischen Juden hat in einer Zeitung Kapstadts, Cape Times (9), einen Aufruf veröffentlicht und betont, dass die Führer der jüdischen Gemeinde, die die israelische Operation in Gaza unterstützt haben, nicht in ihrem Namen sprächen. Der Presseagentur JTA (“Letter protests South African Jewish leaders”, 13. Januar (10)) zufolge würden die Unterzeichnenden bedauern, dass die Gemeindevertreter so täten, als ob sie auch in ihrem Namen sprächen; dieses Vorgehen sei “unverantwortlich”, da es die Gemeinde spalte.
Ihrer Ansicht nach sei die israelische Aktion *“eine kollektive inhumane und unverhältnismäßige Bestrafung, die nach internationalem Recht verboten ist”*; zugleich verurteilten sie die von Gaza aus abgefeuerten Raketen.
Einige Tage später stand auf der Website der Zeitschrift Mail & Guardian, (“ Top SA Jews slam Gaza attack” von Percy Zvomuya und Sello S. Alock, 1. Februar (11)), dass elf wichtige jüdische Persönlichkeiten die Angriffe auf Gaza als *“inhuman und unverhältnismäßig”* verurteilt hätten. Dazu gehörten die Literatur-Nobelpreisträgerin Nadine Gordimer, Arthur Chaskalon, ein ehemaliger Staatsanwalt, und William Kentridge, ein bekannter Künstler. Der Artikel weist auch auf eine Kontroverse über die Mitwirkung südafrikanischen Juden in der israelischen Armee hin, und auf das Verlangen propalästinensischer Aktivisten nach einer Untersuchung der Rolle, die sie dort gespielt haben.

Kein Boykott von Juden
Als Reaktion auf Appelle im Internet, jüdische Geschäfte zu boykottieren, prangerte eine Gruppe von ca. hundert Muslimen die wahllosen israelischen Angriffe

auf Gaza an, verurteilte aber zugleich die Aufrufe gegen die jüdische Gemeinde als Rassismus, den sie ihr Leben lang bekämpft hätten. ("South African Muslims condemn Jewish boycott", JTA, 2. Februar (12)).

Der israelische Staat hat mit dem Apartheid-Regime zusammengearbeitet

Die Bedeutung der israelisch-palästinensischen Frage in Südafrika geht auf mehrere Faktoren zurück, vor allem auf die alten Beziehungen zwischen dem ANC und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Man muss sich vor Augen halten, dass während des gesamten Kampfes gegen die Apartheid alle aufeinander folgenden Regierungen Israels, ob rechts oder links, mit dem Apartheid-Regime zusammengearbeitet haben. Mehr zum Thema in Le Monde diplomatique, "Comment L'Afrique du Sud a pu mettre au point 'sa' bombe nucleaire", von Howard Schissel (September 1978) (13) und "Un poumon d'acier: la cooperation avec Israel", von Bowke Mafuna (September 1986) (14). [In etwa: „Wie Südafrika seine ‚Atombombe' bauen konnte" von Howard Schissel, und "Eine eiserne Lunge: die Zusammenarbeit mit Israel" von Bowke Mafuna, Anm.d.Ü.]

Andererseits besteht in Südafrika eine alte jüdische Gemeinde von etwa 100 000 Personen. Während sie, wie alle weißen Gemeinschaften, mehrheitlich mit dem Apartheid-Regime zusammenarbeitetete, hatte sich eine Minderheit gegen das Regime engagiert, vor allem in der Kommunistischen Partei Südafrikas, die im ANC eine sehr wichtige Rolle spielt – die kommunistische Partei spielte innerhalb des ANC eine entscheidende Rolle beim Sieg der Perspektive eines multikulturellen Südafrika über die Befürworter eines "schwarzen" Südafrika.

Kommunistische Juden gegen die Apartheid

Außer Joe Slovo, dem verstorbenen vormaligen Generalsekretär der kommunistischen Partei, ist Ronnie Kasrils eine weitere emblematische Figur im Kampf der kommunistischen Juden gegen die Apartheid; er war verantwortlich für die südafrikanischen Geheimdienste, dann Minister für Wasser und Wälder. In einem Vortrag von 2002 mit dem Titel *"Bethlehem ist zu einem Symbol der Unterdrückung geworden wie Sharpeville "* (15) sagte er:

„Mitte der Achtziger Jahre, als erwiesen war, dass Südafrika zu implodieren drohte, wandten einflussreiche amerikanische Politiker, die gegen die Reagan-Regierung waren, sehr strenge Sanktionen an. Eine Warnung für das Apartheid-Regime. 1988 wurde es gezwungen, echte Verhandlungen aufzunehmen. Dasselbe wird mit Israel passieren."

In einem anderen Text zum sechzigsten Jahrestag des Massakers von Deir Yassin (Soixante ans après Deir Yassin (16)), erklärt er:

Wie alle Zehnjährigen, die in Johannesburg aufgewachsen waren, feierte ich vor sechzig Jahren die Geburt des Staates Israel. Ich akzeptierte ohne Weiteres die dramatischen Berichte über die sogenannten Selbstverteidigungsaktionen gegen die arabische Gewalt zum Schutz des jüdischen Staates.

Als ich mich in unseren Freiheitskampf begeben hatte, bemerkte ich die Ähnlichkeiten mit der palästinensischen Sache bei Landenteignung und Geburtsrecht durch expansionistische Kolonialbesetzung. Ich habe dann begriffen, dass der Rassen- und Kolonialcharakter der beiden Konflikte mehr Parallelen aufweist als jeder andere Kampf.

Als Nelson Mandela erklärte, wir als Südafrikaner wüssten, dass *"unsere Freiheit unvollständig ist ohne die Freiheit der Palästinenser"*, sprach er nicht nur zu unserer moslemischen Gemeinschaft, von der man erwarten kann, dass sie Empathie zeigt, sondern zu allen Südafrikanern, eben wegen unserer Erfahrung mit der rassistischen und kolonialen Unterwerfung, und weil wir den Wert der internationalen Solidarität zu schätzen wissen.

Eine andere Sicht eines weißen ANC-Kämpfers, auch ein Jude, liefert Andrew Feinstein, After the Party. A Personal and Political Journey Inside the ANC (Jonathan Ball Publishers, Johannesburg, 2008), vor allem Kapitel 9 über das "Jude sein".

Les Blogs du Diplo vom 4. Februar 2009. http://blog.mondediplo.net/2009-02-04-L-Afrique-du-Sud-et-Gaza

Übersetzung: coorditrad und T:I:S, 17. Februar 2009.

Quellen:

(1) http://www.afriquejet.com/actualites/securite%11conflit/l%27afrique-du-sud-denonce-l%27invasion-de-la-bande-de-gaza-2009010518796.html
(2) http://www.nowpublic.com/world/south-africas-ruling-party-condemns-israeli-attacks-gaza
(3) http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca.nsf/2848af408d01ec0ac1256609004e770b/f3b098fee876a3ef80256760003a45e1?OpenDocument
(4) http://www.news24.com/
(5) http://www.news24.com/News24/South_Africa/News/0,,2-7-1442_2457982,00.html
(6) http://jta.org/news/article/2009/01/19/1002360/anc-lawmakers-savagely-criticize-israel
(7) http://www.news24.com/News24/South_Africa/News/0,,2-7-1442_2454357,00.html
(8) http://jta.org/news/article/2009/02/03/1002730/dock-workers-wont-offload-israeli-ship
(9) http://www.capetimes.co.za/
(10) http://jta.org/news/article/2009/01/13/1002204/letter-protests-south-african-jewish-leaders
(11) http://www.mg.co.za/article/2009-02-01-top-sa-jews-slam-gaza-attack
(12) http://jta.org/news/article/2009/02/02/1002692/south-african-muslims-condemn-jewish-boycott
(13) http://www.monde-diplomatique.fr/1978/09/SCHISSEL/16853
(14) http://www.monde-diplomatique.fr/1986/09/MAFUNA/16852
(15) http://www.ism-france.org/archives (Artikel vom 21.12.2002)
(16) http://www.france-palestine.org/article8650.html



„Palästina frei und souverän"
Frauenmarsch auf dem Weltsozialforum in Belém

Dorothea Härlin

Ein neuer Angriff auf unser Wasser - eine neue Stufe im kapitalistischen Akkumulationsprozess?

"Thousands have lived without love, not one without water." (1)

Wir Menschen bestehen zu ca. 70% aus Wasser. Kein Leben auf diesem Planeten ohne Wasser. Höchstens die Luft könnte als lebensnotwendiger betrachtet werden. Wir ersticken noch schneller als wir verdursten. Und doch sind es weltweit über 1 Milliarde Menschen - jede/r sechste also -, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, jede 10 Sekunden stirbt ein Kind an den Folgen des Wassermangels - während ich den Text nur abtippe, sind es 180, während Sie ihn lesen weitere 60 vielleicht....Nach UN Berichten leiden 2,6 Mrd. Menschen unter den hygienischen Folgen aufgrund von Wassermangel.
Das alles wissen wir längst, es ist nachzulesen in unendlich vielen Texten, auch in den Hochglanzbroschüren der großen Wasserkonzerne, die dagegen Abhilfe versprechen. Dass hier der Bock zum Gärtner gemacht wird und unser Wasser heute in einem bisher ungeahnten Ausmaß bedroht ist, das soll im Folgenden aufgezeigt werden. Es wird aber auch um den längst dagegen angetretenen Widerstand gehen, denn so einfach lassen wir uns das Wasser nicht abgraben!

Auf dem Europäischen Sozialforum (ESF) im September 2008 in Malmö begann Susan George ihre Rede auf der Gründungsveranstaltung des Europäischen Wassernetzwerkes mit einer Vision: "Stellt euch mal kurz vor, wir leben hier auf dem Mars", so begann sie (2), und dann erzählte sie die Geschichte einer Delegation, die auf den Planeten Erde geschickt wurde, um nach neuen Anlagemöglichkeiten zu suchen. Sie kommt begeistert zurück, denn sie wurde fündig. "Dort gibt es ein Gut", berichten sie, "das jedes Lebewesen braucht, das aber knapp ist und nicht beliebig zu vermehren." Das ideale Wirtschaftsgut nach der Logik des kapitalistischen Marktes, eine Gewinnquelle ohne Ende also. Die Marsmenschen jubeln und kaufen das gesamte Wasser auf dem Planeten Erde.
Sciencefiction? Schön wär's! Seit nicht einmal 20 Jahren haben nicht die Marsmenschen, sondern die Strategen der Weltbank in trauter Eintracht mit der OECD (3) und den großen Wasserkonzernen diese Profitquelle entdeckt. Die kurze Geschichte der Wasserprivatisierung begann mit dem Kauf schon bestehenden Wassermanagements bis dato in kommunalem Besitz. Ausgangsland war Frankreich, wo traditionell die Wasserwirtschaft zu einem Großteil in privaten Händen ist. Genauer genommen sind es 6 bis 8 Hände, je zwei von Suez, Veolia (ehemals Vivandi) und Saur. (4) Etwas später dann entdeckte RWE diese sagenhafte Quelle und sprang mit dem Kauf der Londoner Wasserwerke auf das Boot auf. International heißen sie deshalb noch heute "Thames Water", obwohl sie 2008 das Ganze an einen australischen Fond weiterverkauften. Die dringend notwendige Instandhaltung der aus victorianischer Zeit stammenden Rohrleitungen drohte die Profitquelle zum Versiegen zu bringen, da die Londoner Aufsichtsbehörde keine Preiserhöhungen mehr genehmigte. Ihren Anteil an den Berliner Wasserbetrieben dagegen behalten sie, hier sind die Verträge ja noch weit vorteilhafter (6).
Die Pariser Wasserwirtschaft wird Ende 2009 wieder in kommunale Hände zurückkommen. Was von der kritischen Wasserbewegung als großer Sieg gegenüber dem inzwischen zur Nummer 1 aufgestiegenen Konzern Veolia gefeiert wurde, könnte sich beim zweiten Hinsehen als ein neuer Trick entpuppen. Auch in Paris sind die hundertjährigen Rohrleitungen verrottet, es muss viel ins Wassernetz investiert werden. Ist es da nicht günstiger, wenn "Veolia Enviroment" die teure moderne Technik der Pariser Kommune verkauft? Zahlen werden dann die französischen Steuerzahler, der Profit fließt dagegen weiter in die Kassen des weltweit größten Wasserkonzerns Veolia (7). Das kann nur verhindert werden, wenn WasseraktivistInnen ihre wachsamen Augen weiter auf Management und Politik richten.

Manche linke Analysten höre ich in diesen Tagen der Weltwirtschaftskrise sagen: "Der Neoliberalismus ist am Ende" und sie beklagen, dass den GlobalisierungskritikerInnen der Feind verloren gegangen sei.
So ein Quatsch! Genaueres Hinsehen z.B. am Thema Wasser beweist das Gegenteil. Die jetzige Krise wird genutzt, um eine neue Phase der kapitalistischen Akkumulation einzuläuten. Das krisengeschüttelte, aber qua Bestimmung weiterhin profitgierige Kapital sucht neue Rettungsanker zu werfen in einem der wenigen noch nicht total durchkapitalisierten Bereiche, der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Ausverkauf der letzten öffentlichen Güter (die Engländer haben dafür den schönen Begriff "commons") wie Bildung, Wasser, Bahn, Rentenversicherungen, Gesundheitsversorgung u.v.m. stehen zur Disposition, soweit sie noch nicht verscherbelt wurden.
Unter dem hehren Ziel der Rettung des Klimas steht durch den Emissionshandel bereits auch die Luft zum Verkauf bereit und die Commerzbank wirbt schon mit Anlagemöglichkeiten. Noch eindeutiger ist es beim Thema Wasser. Ging es bisher im Wesentlichen um den Verkauf schon bestehenden Wassermanagements, so droht jetzt die Ressource Wasser schlechthin unter den Hammer der Profitgeier zu kommen.

Ein Einstieg mit Paukenschlag wird derzeit in einem der Musterländer des Neoliberalismus, der Türkei, geplant. Nach allen uns vorliegenden, wenn auch akribisch geheim gehaltenen, Quellen, plant die türkische Regierung den Ausverkauf aller Gewässer. Die Nutzungsrechte für Seen, Flüsse, Quellen bis hin zum Grundwasser sollen für 49 Jahre Privaten überlassen werden. "Das ist doch kein Verkauf", höre ich die Schlaumeier sagen. Aber was sind 49 Jahre: Für viele ist das ein ganzes Leben, die Berliner Mauer existierte gerade mal 29 Jahre. Offen ist in welchem Zustand und zu welchen Bedingungen die Gewässer dann zurückgegeben werden. "Ausverkauf aller Gewässer" scheint mir deshalb ein eher verharmlosender Begriff für die hier geplante Ungeheuerlichkeit.
Noch immer fragen viele Ungläubige, die sich das einfach nicht vorstellen können nach unseren Beweisen. Wir stützen uns auf Interviews mit dem alten und neuen Umweltminister aus den Jahren 2007 und 2008. Da wird z.B. der Euphrat bereits mit 950Mio,. $ veranschlagt, der Tigris mit 650$ Mio. Ein sachkundiger Blick in den Haushalt von 2009 weist Einnahmen von ca. 3.1 Mrd.$ aus diesem geplanten Verkauf auf.
Und dann ist da noch das 5. Weltwasserforum (WWF) vom 16.-22.März 2009 in Istanbul (8).Nicht umsonst wurde 2006 auf dem 4. WWF in Mexiko Istanbul als der nächste Austragungsort gewählt. Denn was die türkische Regierung plant, kann getrost als Pilotprojekt der weltweit agierenden Wasserkonzerne bezeichnet werden. Schon jetzt wurden und werden einzelne Gewässer in verschiedenen Ländern verkauft. Die CDU in Kiel z.B. plant den Verkauf der holsteinschen Seen, in Chile, seit Pinochet das Musterland der Privatisierung, wurden auch schon ganze Flüsse verkauft. Aber dass eine Regierung gleich sämtliche Gewässer zur Disposition stellt, das bedeutet eine neue Stufe der Wasserprivatisierung. Der Wandlitzsee wurde bereits für 400 000€ verkauft, mal sehen, was Fischer, Schwimmer oder Bootsfahrer an Gebühren zahlen dürfen.

Karl Marx beschreibt die Einhegung des Gemeindeeigentums (enclosure) in England als die erste Phase des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Nichts anderes scheint jetzt zu geschehen: das bisher unangetastete Allgemeingut Wasser soll der menschlichen Gemeinschaft enteignet werden und in privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Hände übergehen.(9) In der indonesische Verfassung findet sich der wohl weltweit längste Absatz zum Thema Wasser. Ein ehemaliges indonesisches Mitglied der Weltbank schrieb prophylaktisch schon einmal die Möglichkeit der Veräußerung der Wolken hinein! Unsere Phantasie reicht nicht aus, um ihre „Begierlichkeiten“ zu erahnen!

Ich möchte all das eine weitere Phase im kapitalistischen Akkumulationsprozess nennen. Wem angesichts dessen der Feind verloren gegangen scheint, der ist zumindest auf einem Auge blind.

Haben wir aus 200 Jahren Geschichte der Enteignung des Gemeineigentums nichts gelernt? Wir meinen doch! "Wir" das ist das globale Water Justice Movement (Bewegung für Wassergerechtigkeit). Wir sind überall! So wie das Wasser sich immer einen Weg zu bahnen weiß, so finden wir an unendlich vielen Orten andere Wege gegen diesen Privatisierungswahn. Das deutlichste Zeichen setzten die BolivianerInnen, vorwiegend Indigene, im Wasserkrieg in Cochabamba. Die Regierung von Uruguay setzt sich zusammen mit anderen lateinamerikanischen fortschrittlichen Regierungen und dem Netzwerk „Red Vida“ vehement für die Verwirklichung des Modells Public-Public-Partnership (PuPs) ein. Das Modell setzt nicht auf Geld, sondern auf solidarische technische Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch über Grenzen hinweg. Aber auch der Kampf gegen die Wasseruhren in Südafrika führte immerhin zu einem Gerichtsurteil, das diese verbietet; dieses Recht muss allerdings weiterhin in vielen Townships teils täglich blutig erkämpft werden. In vielen Kommunen wie z.B. Grenoble haben sich BürgerInnen das Wasser zurückgeholt und den korrupten Bürgermeister hinter Gitter gebracht. Andere, wie die HamburgerInnen, hatten es leichter, sie konnten den Verkauf ihrer Wasserwerke per Volksentscheid noch gerade verhindern und gelegentlich finden sich selbst in Deutschland und anderswo aufrechte Bürgermeister, die den Wassergeiern keinen Zugriff gewähren. Ich möchte behaupten, dass in deutschen Kommunalverwaltungen an dieser Stelle ein Umdenken passiert und dem können wir durch unseren Widerstand gut nachhelfen.

Im Rahmen der Weltsozialforen (WSF) trifft sich seit 2001 die globale Wasserwiderstandsbewegung, und ihre Versammlungen wurden immer größer, ihre Vernetzung immer dichter. Auf dem diesjährigen WSF 2009 in Belém fanden unter vielen Wasserveranstaltungen auch zwei Treffen statt zur Vorbereitung des Widerstands gegen das 5. WWF in Istanbul. Für die Entscheidung für Istanbul als nächstem Konferenzort auf dem 4. WWF in Mexiko mag ein Grund auch die Hoffnung gewesen sein, dass in der Türkei der Widerstand geringer ausfallen werde als auf dem kampferprobten lateinamerikanischen Kontinent. Wir setzen alles daran, um das Gegenteil zu beweisen!

Immerhin sitzen alle Köpfe des selbsternannten Welt Wasser Rates, dem Think Tank und Organisator des WWFs, alle in Europa, nämlich in den Vorstandsetagen von Suez und Veolia(11). So sehen wir es auch als Aufgabe gerade von uns Europäern an, gemeinsam mit der globalen Wasserbewegung in Istanbul gegen diese selbstherrlichen Herrscher über Wasser und Tod anzutreten!

Zum Schluss als Mutmacher. ein kleines Beispiel zum Mitmachen für jedermann und jedefrau: Als auf der 1. Europäischen Sommerakademie von Attac im August 2008 ein türkischer Arzt uns über die Ungeheuerlichkeit in der Türkei informierte, entstand spontan das Projekt SuKo (su= türkisch Wasser, Ko= Koordination). Hauptziel des Projekts ist zuerst durch Informationspolitik eine breite Basis für den Widerstand zu schaffen in Deutschland, in Europa (über das Europäische Wassernetzwerk und Aquattac) und vor allem auch in der Türkei. Inzwischen beteiligen sich auch schon Ver.di, der BUND, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dem Kulturverein aus der Türkei „Allmende“ und den in „Gegenwind“ zusammengeschlossenen KämpferInnen gegen den Ilisu-Staudamm. Geheimhaltung und Desinformation war und ist schon immer die Waffe der Gegenseite gewesen, dem wollen wir entgegentreten! Mehr Informationen dazu sind auf zwei Webseiten zu finden, dort sind alle uns bisher bekannten Quellen aufgeführt, aber auch der Weg zu einer Unterschriftenliste, die kurz vor dem WWF in einer spektakulären Aktion der türkischen Regierung übergeben werden sollen, ein Flyer als Basisinformation und unser berühmter WIM-Aufkleber, ein kleiner Zettel als Weg zu einer grenzüberschreitenden Webseite, lassen Sie sich überraschen (12)! SuKo versteht sich als Mosaiksteinchen im Global Justice Water Movement und in der Widerstandsbewegung gegen das illegitime 5. WWF und da kann eigentlich jede/r mitmachen, auch wenn er/sie sonst auf anderen Baustellen des globalen Widerstands buddelt.

Februar 2009

Fußnoten:

1. W.B. Auden, First Things First, zitiert nach „Notes For Un Panel On Emerging Issues“, Rede gehalten von Maude Marlow am 10.12.2008 vor der UN Generalversammlung als “ Senior Advisor on Water to the President of the United Nations General Assembly”, anlässlich des 60. Jahrestags der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. auf Englisch auf www.attac.de/wasser.

2. Hier ist die Rede von Susan George sinngemäß, nicht wörtlich nacherzählt. Mehr zu finden zu dem Europäischen Netzwerk ist auf der demnächst entstehenden Webseite und der von attac (s.u.)

3. OECD = Organization for Economic Cooperation and Development,siehe u.a. die Einladung zur Pressekonferenz vom 23.11.2006 durch die OECD-World Bank Forum on water and sanitation zu der Veranstaltung vom 29-30 11.2006 unter dem Titel: „Public-Private-Partnership on Water Supply and Sanitation-Recent Trends as New Opportunities”.

4. Das bisher weltweit privatisierte Wassermanagement, zum Glück erst ca. 5% insgesamt, liegt zu 2/3 in Händen von Suez und Veolia, das restliche Drittel teilen sich Großkonzerne: RWE, Saur, Bechtel und wenige andere. Diese Konzernen firmieren aber unter schiedlichen Namen, so dass sie nicht immer gleich zu erkennen sind

5. Zur weiteren Information sei hier auf den äußerst informativen Film „Wasser unterm Hammer“ von Leslie Franke und Hermann Lorenz verwiesen. Mehr dazu auf http://www.kernfilmproduktion.de

6. Mehr dazu ist zu finden auf der Webseite des „Berliner Wassertischs“: www.berliner-wassertisch.net

7. Veolia kann unter den globalen Wasserkonzernen als der agressivste bezeichnet werden, da es mit „Veolia Enviroment“ zusätzlich zum Aufkauf von Wasserwerken sich als die Nummer 1 in Umwelt- und Wassertechnik anbietet und damit praktisch eine zweite Einnahmequelle eröffnet. hat. Dies bedeutet nicht, dass die Wasserpolitik von Suez, mit denen sie auch oft gemeinsam auftreten, zu verharmlosen sei. Dazu zwei Hinweise aus dem Kulturbereich:

   1. Das Theaterstück “Das Blaue Wunder“ der Berliner Compagnie , das Programmheft dazu alleine ist wie ein Nachschlagewerk zum Thema Wasser ein Blick auf ihre Webseite wert: www.BerlinerCompagnie.de
   2. Leslie Franke und Hermann Lorenz arbeiten im Augenblick an einem neuen Film mitdem Titel „Water Makes Money“ (S. oben)

8. Zu diesem in unsere Augen illegitime Forum laden die großen Wasserkonzerne zum 5.Mal von der UN über die OECD über Regierungsvertreter bis zu kleinen NGOs alle ein, in Istanbul rechnen sie mit ca. 15 000 TeilnehmerInnen. Mehr dazu ist zu finden unter www.worldwaterfroum5.org und zum Widerstand www.peopleswaterforum.org

9. In Anlehnung an die bisher unveröffentlichten Ausführungen von Nick Hildyard, Mitarbeiter des Corner House in Berlin im Rahmen der 1. Speakers Tour von SuKo, mehr dazu unter http://www.thecornerhouse.org.uk/ www.attac.de/wasser

11. Im Präsidium der meisten in den letzten Jahren entstandenen Organisationen, die vorgeben, weltweit für das Wasser verantwortlich zu sein finden wir die hochrangige Vertreter der Konzerne Suez und Veolia. Diese Organisationen heißen u.a. Weltwasserrat, European Water Partnership oder Aquafed, sie sprießen wie Pilze aus dem Brüsseler Boden.

12. Mehr dazu auf www.wer-ist-wim.de/ www.suhak-nedir.org/ www.who-is-wim.org und noch einmal www.attac.de/wasser.

Aufruf an die globale Bewegung für Wassergerechtigkeit zur Mobilisierung gegen das falsche Weltwasserforum

Lasst uns in Istanbul (Türkei) am 16.-22. März 2009 zusammenkommen, um Wasser als Menschenrecht, Gemeingut und öffentliches Gut zu schützen und die illegitime Macht des Weltwasserforums zu enthüllen.

(…) Dieses 5. Weltwasserforum wird wie die vorangegangen vier Foren organisiert vom Weltwasserrat – einer von der globalen Wasserindustrie geschaffenen und kontrollierten Einrichtung, die fortwährend die Privatisierung, Kommodifizierung und Kommerzialisierung des Wassers unterstützt, also Maßnahmen, die nachweislich zum Schaden von Menschen und Gemeinschaften sind.
Die Zeit ist gekommen, die Herrschaft dieser Wasserbarone zu beenden und ein wirklich repräsentatives und verantwortliches Forum zu starten, damit der ernsten Situation begegnet werden kann, in der sich die Menschheit und der Planet befinden.

Gemeinsam werden wir dafür arbeiten, die Privatisierungsbemühungen zu stoppen – auf der ganzen Welt wie auch in der Türkei, wo die Regierung die alarmierende Absicht hat, Seen und Flüsse zu privatisieren.

(…) Wie in Mexico 2006, Kyoto 2003 und Den Haag 2000 ist es wichtig, der zerstörerischen neoliberalen Privatisierungsagenda der Forums-Organisatoren etwas entgegenzusetzen. Aber um Wassergerechtigkeit zu erreichen, ist es sogar noch wichtiger, einen Prozess und ein neues Weltwasserforum mit wirklichen Verpflichtungen für die Staaten in Gang zu setzen, und dies innerhalb eines UN-Rahmens und in Zusammenarbeit mit in den lokalen Gemeinschaften verwurzelten Anstrengungen und Akteuren, um Wassergerechtigkeit zu erreichen.
Deshalb rufen wir die Regierungen dazu auf, sich den Regierungen von Uruguay, Bolivien, Venezuela und Kuba anzuschließen, die 2006 die Erklärung des 4. Weltwassergegenforums unterzeichnet haben, welches die Einführung eines wirklich offenen und transparenten multilateralen Prozesses fordert.
Wir rufen die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsregierungen – als dem einzig legitimen Einberufer multilateraler Foren – dazu auf, ihre Pflicht wahrzunehmen und sich öffentlich zur Ausrichtung eines Wasserforums zu verpflichten, das mit Verpflichtungen für die Staaten verbunden und der globalen Staatengemeinschaft verantwortlich ist.
Wir rufen alle Organisationen und Regierungen, die sich für eine Teilnahme am 5. Weltwasserforum entscheiden, dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass dies das letzte sein wird, und sich am Start eines legitimen globalen Wasserforums zu beteiligen, das sich aus den UN-Prozessen heraus entwickelt und von den Staaten unterstützt wird.

Wir rufen alle, die unsere Ziele teilen, dazu auf, in ihren eigenen lokalen Gemeinschaften während des Weltwasserforums zu mobilisieren, um ihre Solidarität mit denen zu zeigen, die für Wassergerechtigkeit kämpfen, und als Appell an die globale Gemeinschaft, zu diesem wichtigen Thema aktiv zu werden,

Globale Aktionswoche für Wassergerechtigkeit, 14.-22. März 2009
14. März: Internationaler Aktionstag für Flüsse
http://www.internationalrivers.org/en/day-of-action
22. März: Weltwassertag

Infos: www.peopleswaterforum.org
http://www.attac-netzwerk.de/wasser/startseite/open-call-gegen-das-world-water-forum/

Wasser unterm Hammer - Wenn die Haupt- zur Nebensache wird
Ein Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz

Ein Film über die Privatisierung des Trinkwassers in Deutschland und England.
Trailer: www.wasseruntermhammer.de

http://www.kernfilmproduktion.de/site/produktion/index.php

Internationaler Aufruf zur Unterstützung des Filmprojekts Water makes money
Helfen Sie mit, dass ein kritischer Film zu der täglich fortschreitenden Privatisierung unserer Lebensgrundlage WASSER entsteht!
http://www.watermakesmoney.com/

Attac Schweiz: Nestlé Waters: Die Folgen des Wachstums im Markt für Flaschenwasser

Nestlé ist die Nummer 1 im weltweiten Markt für Flaschenwasser. Nestlé Waters besitzt 5 internationale Marken (Perrier, Contrex, Vittel, Acqua Panna et San Pellegrino), mehrere Dutzend lokale Marken in 37 Ländern weltweit, sowie neue Marken wie Pure Life oder Aquarel, was total einen Marktanteil von 19% ergibt. (…). Der Markt für Flaschenwasser befindet sich in voller Expansion: Ende der 1980er Jahre betrug das jährliche Volumen noch 7.5 Milliarden Liter; 2003 schon 84 Milliarden Liter. (...)
Über den absurden und überflüssigen Aspekt der Schaffung eines künstlichen Bedürfnisses und die Vermarktung eines außerdem fast gratis zugänglichen Gutes hinaus bringt der Markt für Flaschenwasser negative ökologische, soziale und menschliche Folgen mit sich.

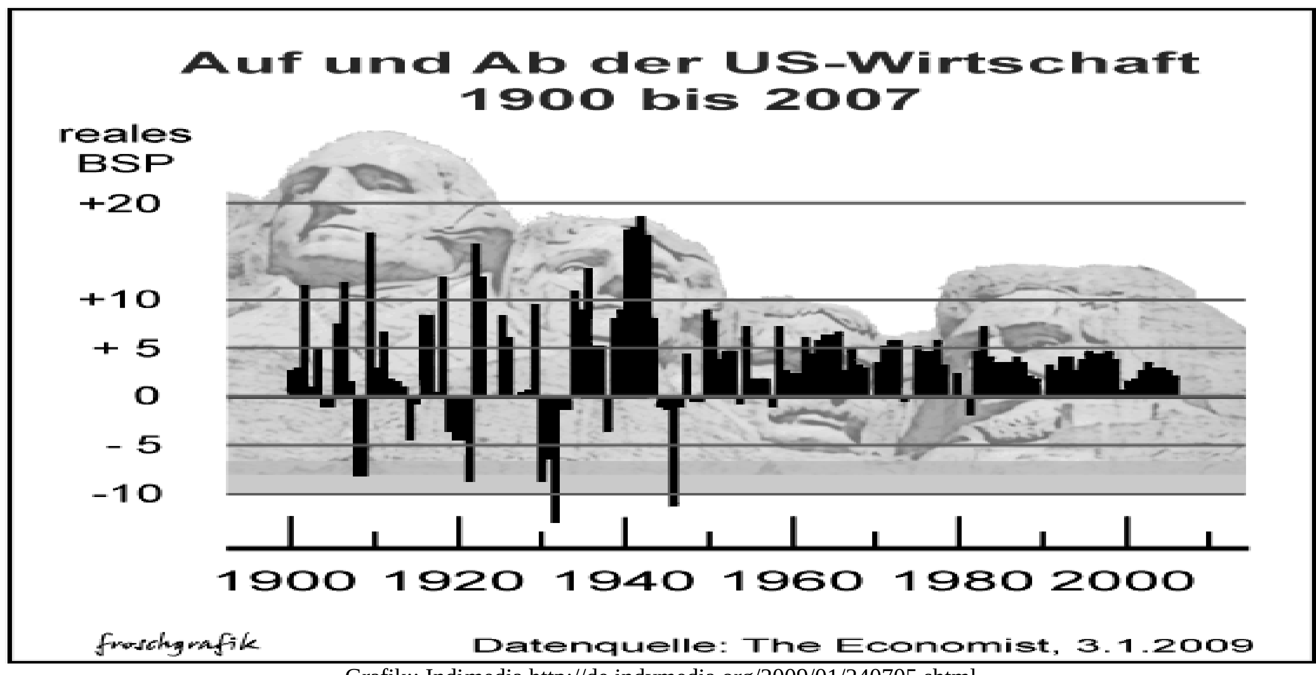
(…) Die Privatisierung der Wasserquellen ist schädlich für die traditionellen Wasserverteilungssysteme; Nestlé kauft oft zu spottbilligen Preisen Konzessionen zur Nutzung von Quellen, wodurch sich in der Folge die lokale Bevölkerung oft ihres lebenswichtigen und legitimen Zugangs zu Trinkwasser beraubt sieht.

Andere bedenkliche Folgen sind zu beobachten; um die unaufhörlich wachsende Nachfrage zu befriedigen, kann die Ausbeutung der Wasserquellen die natürliche Wiederherstellung des Wassers beeinträchtigen und zu Schäden des ökologischen Gleichgewichts führen.
Der diesbezüglich bekannteste Fall ist in Brasilien: Während vieler Jahre hat Nestlé im Naturpark Sao Lourenço Quellenwasser abgepumpt und entmineralisiert, um das Flaschenwasser der Marke Pure Life zu produzieren. Das exzessive Abpumpen hat insbesondere die mineralische Zusammensetzung gewisser Quellen verändert und sogar zum Austrocknen einer Quelle geführt. Nach vielen Jahren von Protesten und juristischer Bemühungen hat 2006 schließlich eine BürgerInnenbewegung in einer außergerichtlichen Einigung mit Nestlé die Einstellung der Produktion erreicht. Leider sind die ökologischen Schäden irreversibel, was Nestlé immer noch nicht anerkennt hat.
In Michigan (USA) hat Nestlé die Nutzungs-Lizenz für verschiedene Quellen erworben und dort Abfüllanlagen gebaut, um die Marke Ice Mountain zu produzieren. Dank einer Widerstandsbewegung, welche insbesondere von Eingeborenen geführt wurde, wurden seit dem Jahr 2000 Strafanzeigen wegen Schäden an der Umwelt eingereicht. Die Organisationen haben den Fall bis ans Oberste Gericht Michigans gebracht, welches anerkannte, dass Nestlé Umweltschäden verursachte, aber den Prozess unter dem Vorwand ablegte, dass die Anwohner nicht persönlich benachteiligt waren und somit nicht berechtigt waren, zu klagen. Anders gesagt, profitiert das Unternehmen von einer Gesetzeslücke, um ungestraft seine Aktivitäten fortsetzen zu können.

Die Flaschenwasser-Industrie verbraucht etwa 1.5 Millionen Tonnen Plastik pro Jahr. Die Herstellung von Plastik benötigt nicht-erneuerbare Rohstoffe und entlässt beträchtliche Mengen von chemischen giftigen Produkten ins Wasser und in die Luft. Nestlé brüstet sich mit ihrem Recycling-System, aber auf jede wieder verwertete Tonne Plastikflaschen werden vier Tonnen weg geworfen. (…) Schließlich muss auch die große Menge an Treibstoff erwähnt werden, welche für den Transport und Vertrieb der Flaschen benötigt wird!

(…) Der Gewinn (EBIT) von Nestlé Waters für das Jahr 2006 beträgt 834 Millionen SFr. Aber welche Bilanz soll man für die Menschen und die Umwelt ziehen?

http://www.suisse.attac.org/Nestle-Waters-Die-Folgen-des



Grafik:: Indimedia http://de.indymedia.org/2009/01/240705.shtml

Friedrich Engels (im „Anti-Dühring“) zu den

Ursachen der Krisen

*Der Appell an die Moral und das Recht hilft uns wissenschaftlich keinen Fingerbreit weiter; die ökonomische Wissenschaft kann in der **sittlichen Entrüstung**, und wäre sie noch so gerechtfertigt, keinen Beweisgrund sehen, sondern nur ein Symptom. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, die neu hervortretenden gesellschaftlichen Missstände als notwendige Folgen der bestehenden Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen, und innerhalb der sich auflösenden ökonomischen Bewegungsform die Elemente der zukünftigen, jene Missstände beseitigenden, neuen Organisation der Produktion und des Austausches aufzudecken.[139]*

[253]Wir sahen, dass die kapitalistische Produktionsweise sich einschob in eine Gesellschaft von Warenproduzenten, Einzelproduzenten, deren gesellschaftlicher Zusammenhang vermittelt wurde durch den Austausch ihrer Produkte. Aber jede auf Warenproduktion beruhende Gesellschaft hat das Eigentümliche, dass in ihr die Produzenten die **Herrschaft über ihre eignen gesellschaftlichen Beziehungen verloren** haben. Jeder produziert für sich mit seinen zufälligen Produktionsmitteln und für sein individuelles Austauschbedürfnis. Keiner weiß, wieviel von seinem Artikel auf den Markt kommt, wieviel davon überhaupt gebraucht wird, keiner weiß, ob sein Einzelprodukt einen wirklichen Bedarf vorfindet, ob er seine Kosten herausschlagen oder überhaupt wird verkaufen können.

Es herrscht Anarchie der gesellschaftlichen Produktion.

Aber die Warenproduktion, wie jede andre Produktionsform, hat ihre eigentümlichen, inhärenten, von ihr untrennbaren Gesetze, und diese Gesetze setzen sich durch, trotz der Anarchie, in ihr, durch sie. Sie kommen zum Vorschein in der einzigen fortbestehenden Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs, im Austausch, und machen sich geltend gegenüber den einzelnen Produzenten als **Zwangsgesetze der Konkurrenz**. Sie sind diesen Produzenten also anfangs selbst unbekannt und müssen erst durch lange Erfahrung nach und nach von ihnen entdeckt werden. Sie setzen sich also durch **ohne** die Produzenten und **gegen** die Produzenten, als **blindwirkende Naturgesetze** ihrer Produktionsform. Das Produkt beherrscht die Produzenten.
In der mittelalterlichen Gesellschaft, namentlich in den ersten Jahrhunderten, war die Produktion wesentlich auf den Selbstgebrauch gerichtet. Sie befriedigte vorwiegend nur die Bedürfnisse des Produzenten und seiner Familie. Wo, wie auf dem Lande, persönliche Abhängigkeitsverhältnisse bestanden, trug sie auch bei zur Befriedigung der Bedürfnisse des Feudalherrn. Hierbei fand also kein Austausch statt, die Produkte nahmen daher auch nicht den Charakter von Waren an. Die Familie des Bauern produzierte fast alles, was sie brauchte, Geräte und Kleider nicht minder als Lebensmittel. Erst als sie dahin kam, einen Überschuss über ihren eignen Bedarf und über die dem Feudalherrn geschuldeten Naturalabgaben zu produzieren, erst da produzierte sie auch Waren; dieser Überschuss, in den gesellschaftlichen Austausch geworfen, zum Verkauf ausgeboten, wurde Ware. Die städtischen Handwerker mussten allerdings schon gleich anfangs für den Austausch produzieren. Aber auch sie erarbeiteten den größten Teil ihres Eigenbedarfs selbst; sie hatten Gärten und kleine Felder; sie schickten ihr Vieh in den Gemeindewald, der ihnen zudem Nutzholz und Feuerung lieferte; die Frauen spannen Flachs, Wolle usw. Die Produktion zum Zweck des Austausches, die Warenproduktion, war erst im Entstehen. Daher beschränkter Austausch, beschränkter Markt, stabile Produktionsweise, lokaler Abschluss nach außen, lokale Vereinigung nach innen: die Mark auf dem Lande, die Zunft in der Stadt.
Mit der Erweiterung der Warenproduktion aber, und namentlich mit dem Auftreten der kapitalistischen Produktionsweise,

traten auch die bisher schlummernden Gesetze der Warenproduktion offener und mächtiger in Wirksamkeit. Die alten Verbände wurden gelockert, die alten Abschließungsschranken durchbrochen, die Produzenten mehr und mehr in unabhängige, vereinzelte Warenproduzenten verwandelt. Die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion trat an den Tag und wurde mehr und mehr auf die Spitze getrieben.

Micro/Macro Widerspruch

Das Hauptwerkzeug aber, womit die kapitalistische Produktionsweise diese Anarchie in der gesellschaftlichen Produktion steigerte, war das grade Gegenteil der Anarchie: die steigende Organisation der Produktion als gesellschaftlicher in jedem einzelnen Produktionsetablissement. Mit diesem Hebel machte sie der alten friedlichen Stabilität ein Ende. Wo sie in einem Industriezweig eingeführt wurde, litt sie keine ältere Methode des Betriebs neben sich. Wo sie sich des Handwerks bemächtigte, vernichtete sie das alte Handwerk. Das Arbeitsfeld wurde ein Kampfplatz.

Universeller Kampf auf dem Weltmarkt

Die großen geographischen Entdeckungen und die ihnen folgenden **Kolonisierungen** vervielfältigten das Absatzgebiet und beschleunigten die Verwandlung des Handwerks in die Manufaktur. Nicht nur brach der Kampf aus zwischen den einzelnen Lokalproduzenten; die lokalen Kämpfe wuchsen ihrerseits an zu nationalen, den **Handelskriegen** des 17. und 18. Jahrhunderts. Die große Industrie endlich und die Herstellung des **Weltmarkts** haben den Kampf universell gemacht und gleichzeitig ihm eine unerhörte Heftigkeit gegeben. Zwischen einzelnen Kapitalisten wie zwischen ganzen Industrien und ganzen Ländern entscheidet die Gunst der natürlichen oder geschaffenen Produktionsbedingungen über die Existenz. Der Unterliegende wird schonungslos beseitigt. Es ist der **Darwinsche Kampf ums Einzeldasein**, aus der Natur mit potenzierter Wut übertragen in die Gesellschaft. **Der Naturstandpunkt des Tiers erscheint als Gipfelpunkt der menschlichen Entwicklung**. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduziert sich als *Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in* ***der einzelnen Fabrik*** *und der Anarchie der Produktion in der* ***ganzen Gesellschaft***.

In diesen beiden Erscheinungsformen des ihr durch ihren Ursprung immanenten Widerspruchs bewegt sich die kapitalistische Produktionsweise, beschreibt sie auswegslos jenen »**fehlerhaften Kreislauf**«, den schon Fourier an ihr entdeckte. Was Fourier allerdings zu seiner Zeit noch nicht sehn konnte, ist, dass sich dieser Kreislauf allmählich verengt, dass die Bewegung vielmehr eine Spirale darstellt und ihr Ende erreichen muss, wie die der Planeten, durch Zusammenstoß mit dem Zentrum. Es ist die treibende Kraft der gesellschaftlichen Anarchie der Produktion, die die große Mehrzahl der Menschen mehr und mehr in Proletarier verwandelt, und es sind wieder die Proletariermassen, die schließlich der Produktionsanarchie ein Ende machen werden.

Industrielle Reservearmee

Es ist die treibende Kraft der sozialen Produktionsanarchie, die die unendliche Vervollkommnungsfähigkeit der Maschinen der großen Industrie in ein Zwangsgebot verwandelt für jeden einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie mehr und mehr zu vervollkommnen, **bei Strafe des Untergangs**. Aber Vervollkommnung der Maschinerie, das heißt Überflüssigmachung von Menschenarbeit. Wenn die Einführung und Vermehrung der Maschinerie Verdrängung von Millionen von Handarbeitern durch wenige Maschinenarbeiter bedeutet, so bedeutet Verbesserung der Maschinerie Verdrängung von mehr und mehr Maschinenarbeitern selbst und in letzter Instanz Erzeugung einer das durchschnittliche Beschäftigungsbedürfnis des Kapitals überschreitenden Anzahl disponibler Lohnarbeiter, einer vollständigen **industriellen Reservearmee**, wie ich sie schon 1845 nannte, disponibel für die Zeiten, wo die Industrie mit Hochdruck arbeitet, aufs Pflaster geworfen durch den notwendig folgenden Krach, zu allen Zeiten ein Bleigewicht an den Füßen der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampf mit dem Kapital, ein Regulator zur Niederhaltung des Arbeitslohns auf dem dem kapitalistischen Bedürfnis angemessenen niedrigen Niveau. So geht es zu, dass die Maschinerie, um mit Marx zu reden, das machtvollste Kriegsmittel des Kapitals gegen die Arbeiterklasse wird, dass das Arbeitsmittel dem Arbeiter fortwährend das Lebensmittel aus der Hand schlägt, dass das eigne Produkt des Arbeiters sich verwandelt in ein Werkzeug zur Knechtung des Arbeiters (Siehe Karl Marx: »Das Kapital«, Bd. I, in: Marx – Engels Werke(MEW), Bd. 23, S. 459 und 511).

Untergrabung des inneren Marktes

So kommt es, dass die Ökonomisierung der Arbeitsmittel von vornherein zugleich rücksichtsloseste Verschwendung der Arbeitskraft und Raub an den normalen Voraussetzungen der Arbeitsfunktion wird (Siehe Karl Marx: »Das Kapital«, Bd. I, in: MEW Bd. 23, S. 486); daß die Maschinerie, das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit, umschlägt in das unfehlbarste Mittel, alle Lebenszeit des Arbeiters und seiner Familie in disponible Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln; so kommt es, dass die **Überarbeitung** der einen die Voraussetzung wird für die **Beschäftigungslosigkeit** der andern und dass die große Industrie, die **den ganzen Erdkreis** nach neuen Konsumenten abjagt, zu Hause die Konsumtion der Massen auf ein Hungerminimum beschränkt und sich damit den eignen **innern Markt untergräbt**. »Das Gesetz, welches die relative Surpluspopulation oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Kapitalakkumulation im Gleichgewicht hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital, als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen.

Polarisierung

Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von Reichtum auf dem **einen Pol** ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Bestialisierung und moralischer Degradation auf dem **Gegenpol,** das heißt auf Seite der Klasse, die ihr *eignes Produkt als Kapital produziert*. Und von der kapitalistischen Produktionsweise eine andre Verteilung der Produkte erwarten, hieße verlangen, die Elektroden einer Batterie sollten das Wasser unzersetzt lassen, solange sie mit der Batterie in Verbindung stehen, und nicht am positiven Pol Sauerstoff entwickeln und am negativen Wasserstoff.

Wir sahen, wie die aufs höchste gesteigerte Verbesserungsfähigkeit der modernen Maschinerie, vermittelst der Anarchie der Produktion in der Gesellschaft, sich verwandelt in ein Zwangsgebot für den einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie stets zu verbessern, ihre Produktionskraft stets zu erhöhen. In ein ebensolches Zwangsgebot verwandelt sich für ihn die bloße faktische Möglichkeit, seinen Produktionsbereich zu erweitern. Die enorme Ausdehnungskraft der großen Industrie, gegen die diejenige der Gase ein wahres Kinderspiel ist, tritt uns jetzt vor

die Augen als ein qualitatives und quantitatives Ausdehnungsbedürfnis, das jedes Gegendrucks spottet. Der Gegendruck wird gebildet durch die Konsumtion, den Absatz, die Märkte für die Produkte der großen Industrie. Aber die Ausdehnungsfähigkeit der Märkte, extensive wie intensive, wird beherrscht zunächst durch ganz andre, weit weniger energisch wirkende Gesetze. **Die Ausdehnung der Märkte kann nicht Schritt halten mit der Ausdehnung der Produktion.** Die Kollision wird unvermeidlich, und da sie keine Lösung erzeugen kann, solange sie nicht die kapitalistische Produktionsweise selbst sprengt, wird sie **periodisch**. Die kapitalistische Produktion erzeugt einen neuen »fehlerhaften Kreislauf«.

Alle zehn Jahre

In der Tat, seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierter Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängsel so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeplechase, um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen - im Graben des Krachs. **Und so immer von neuem**. Das haben wir nun seit 1825 volle fünfmal erlebt und erleben es in diesem Augenblick (1877) zum sechsten Mal. Und der Charakter dieser Krisen ist so scharf ausgeprägt, daß Fourier sie alle traf, als er die erste bezeichnete als: crise pléthorique,

In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zum gewaltsamen Ausbruch. Der Warenumlauf ist momentan vernichtet; das Zirkulationsmittel, das Geld, wird Zirkulationshindernis, alle Gesetze der Warenproduktion und Warenzirkulation werden auf den Kopf gestellt. Die ökonomische Kollision hat ihren Höhepunkt erreicht: *die **Produktionsweise** rebelliert gegen die **Austauschweise***, die ***Produktivkräfte** rebellieren gegen die **Produktionsweise**, der sie entwachsen sind.*

Krise aus Überfluß.

Die Tatsache, dass die gesellschaftliche Organisation der Produktion innerhalb der Fabrik sich zu dem Punkt entwickelt hat, wo sie unverträglich geworden ist mit der neben und über ihr bestehenden Anarchie der Produktion in der Gesellschaft - diese Tatsache wird den Kapitalisten selbst handgreiflich gemacht durch die gewaltsame **Konzentration der Kapitale,** die sich **während der Krisen** vollzieht vermittelst des Ruins vieler großen und noch mehr kleiner Kapitalisten. Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und ebendeshalb muss auch die industrielle Reservearmee brachliegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluss vorhanden. Aber »*der Überfluss wird Quelle der Not und des Mangels*« (Fourier), weil er es grade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt.

Wie ein Gespenst steht die Notwendigkeit der **Kapitaleigenschaft** der Produktions- und Lebensmittel zwischen ihnen und den Arbeitern. Sie allein verhindert das Zusammentreten der sachlichen und der persönlichen Hebel der Produktion; sie allein verbietet den Produktionsmitteln zu fungieren, den Arbeitern, zu arbeiten und zu leben. Einesteils also wird die kapitalistische Produktionsweise ihrer eignen Unfähigkeit zur fernern Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt. Andrerseits drängen diese Produktivkräfte selbst mit steigender Macht nach Aufhebung des Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, *nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftlicher Produktivkräfte.*

Es ist dieser Gegendruck der gewaltig anwachsenden Produktivkräfte gegen ihre Kapitaleigenschaft, dieser steigende Zwang zur Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Natur, der die Kapitalistenklasse selbst nötigt, mehr und mehr, soweit dies innerhalb des Kapitalverhältnisses überhaupt möglich, sie als gesellschaftliche Produktivkräfte zu behandeln. Sowohl die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, wie der Krach selbst durch den Zusammenbruch großer kapitalistischer Etablissements, treiben zu derjenigen Form der Vergesellschaftung größerer Massen von Produktionsmitteln, die uns in den verschiednen Arten von Aktiengesellschaften gegenübertritt. Manche dieser Produktions- und Verkehrsmittel sind von vornherein so kolossal, dass sie, wie die Eisenbahnen, jede andre Form kapitalistischer Ausbeutung ausschließen. Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr: der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, **der Staat,** muss ihre Leitung übernehmen. Diese Notwendigkeit der Verwandlung in Staatseigentum tritt zuerst hervor bei den großen Verkehrsanstalten: Post, Telegraphen, Eisenbahnen.

Wenn die Krisen die **Unfähigkeit** der Bourgeoisie zur fernern Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions- und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften und Staatseigentum die **Entbehrlichkeit der Bourgeoisie** für jenen Zweck. Alle gesellschaftlichen Funktionen des Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehn. Der Kapitalist hat keine gesellschaftliche Tätigkeit mehr, außer Revenuen-Einstreichen, Kupon-Abschneiden und Spielen an der **Börse, wo die verschiednen Kapitalisten untereinander sich ihr Kapital abnehmen**.

Hat die kapitalistische Produktionsweise zuerst Arbeiter verdrängt, so verdrängt sie jetzt die Kapitalisten und verweist sie, ganz wie die Arbeiter, in die überflüssige Bevölkerung, wenn auch zunächst noch nicht in die industrielle Reservearmee.

Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist

Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. Bei den Aktiengesellschaften liegt dies auf der Hand. Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat, was auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirk-

licher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus. Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. **Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben**. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.

Die Lösung

Diese Lösung kann nur darin liegen, dass die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, dass also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Und dies kann nur dadurch geschehen, dass die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andern Leitung außer der ihrigen entwachsenen Produktivkräften. Damit wird der **gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte**, der sich heute gegen die Produzenten selbst kehrt, der die Produktions- und Austauschweise periodisch durchbricht und sich nur als blindwirkendes Naturgesetz gewalttätig und zerstörend durchsetzt, von den Produzenten **mit vollem Bewußtsein** zur Geltung gebracht und verwandelt sich aus einer Ursache der Störung und des periodischen Zusammenbruchs in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst. Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr **unserem Willen zu unterwerfen** und vermittelst ihrer unsre Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehen - und gegen dieses Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger -, solange wirken diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. **Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden**. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers.

Gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion

Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen; damit wird die kapitalistische Aneignungsweise, in der das Produkt zuerst den Produzenten, dann aber auch den Aneigner knechtet, ersetzt durch die in der Natur der modernen Produktionsmittel selbst begründete Aneignungsweise der Produkte: einerseits direkt **gesellschaftliche** Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andrerseits direkt **individuelle** Aneignung als Lebens- und Genussmittel. Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletarier verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung, bei Strafe des Untergangs, zu vollziehen genötigt ist. Indem sie mehr und mehr auf Verwandlung der großen, vergesellschafteten Produktionsmittel in Staatseigentum drängt, zeigt sie selbst den Weg an zur Vollziehung dieser Umwälzung…

[264] Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewusste Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. **Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Tierreich**, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die nun zum ersten Male bewusste, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden.

Ihre eigene freie Tat.

Die Gesetze ihres eignen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen **bisher** als von Natur und Geschichte oktroyiert gegenüberstand, wird **jetzt** ihre eigne freie Tat. **Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst**. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewusstsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. **Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.**

Quelle: Text: (MarxEngelsWerke20, S. 253ff)
http://www.mlwerke.de/me/me20/me20_001.htm
siehe auch **SIG37**:F.Engels:Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie(1844)

Freilassung der politischen Gefangenen in Marokko!

Die SiG-Redaktion erklärt ihre **Solidarität mit den Menschen in Ifni (Marokko), deren Proteste im Juni 2008 gegen sozialen Ausschluss, Arbeitslosigkeit und Armut brutal unterdrückt wurden.** Immer noch Dutzende von Demonstranten sind unter den schlimmsten Bedingungen inhaftiert (auch mehrere Attac-Mitglieder). Ihr Prozeß soll am 5. März beginnen. Zusammen mit **attac Marokko** fordern wir deren sofortigen Freilassung und die Erfüllung der elementaren Forderungen der Bevölkerung von Ifni!

Informationen auf Französisch:

Maroc : Dans l'attente du procès des prisonniers politiques de Sidi Ifni le 5 Mars, inquiétantes nouvelles de Brahim Barra et de Hassan Agharbi
http://www.maroc.attac.org/jooomla/index.php?option=com_content&task=view&id=827&Itemid=132

Film über Ifni :
http://www.france.attac.org/spip.php?article8791
http://www.france.attac.org/spip.php?article8792

Bericht über die Kämpfe in Ifni
http://www.france.attac.org/spip.php?article8731
http://www.france.attac.org/spip.php?article8648

über die Gefangenen
http://www.france.attac.org/spip.php?article9252
http://www.france.attac.org/spip.php?article9253

Peter Grottian, Wolf-Dieter Narr, Roland Roth,
Christoph Butterwegge, Mohssen Massarrat

Vorschlag für ein alternatives Konjunkturprogramm

Das Konjunkturprogramm der Regierung ist ein Polster für die Privilegierten. Fünf Politikwissenschaftler entwerfen in einem Gastbeitrag für die *FR* ein soziales Programm für die tatsächlich Bedürftigen.

Am 12. Januar hat das Kabinett ein zweites Konjunkturprogramm beschlossen. 50 Milliarden Euro werden zugunsten von Wirtschaft und Erwerbstätigen eher verschleudert. Sie sollen kaufen, konsumieren, investieren - konzeptlos. Das Programm wird deshalb fast ohne Wirkung bleiben. Es bietet allenfalls Streicheleinheiten für die besser Gestellten. Dadurch werden nur ihre Privilegien gepolstert, aber kaum ein Arbeitsplatz dadurch geschaffen.

Die Bundesregierung und ihre vorstellungslosen Parteien zeigen ohne Mitgefühl für Bürgerinnen und Bürger in Not ihr wahres Gesicht. Unterwürfig gegenüber den Weltmarktmächten und ihren Interessenvertretern sind sie nur zu Scheinhandlungen und Diskriminierungen in der Lage. Selbst als Wärmflasche der Konjunktur taugen die teuren, aber mangelhaft gezielten Ausgaben nicht. Die Kosten werden auf diejenigen abgewälzt, die nicht davon profitieren.

Das aber was nottut, wird versäumt. Arme und Arbeitslose werden von der Regierung systematisch vernachlässigt. Entgegen marktwirtschaftlicher Logik werden nicht diejenigen subventioniert, die ihr Geld ausgeben müssen. Die Würde derjenigen, die kaum ihr Leben fristen können, wird missachtet und verletzt. Sie werden rechtswidrig und bürokratisch mit Füssen getreten, so als wolle man die arbeitsmarktpolitisch angeblich nicht Gebrauchten fast wie Müll wegwerfen.

Dazu zählen neun Millionen Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger, Ein-Euro-Jobber, Aufstocker und Niedriglöhner, arme Rentner und Kinder, Wohnungslose, Migranten. Diese Gruppen werden jetzt mit einem einmaligen Kindergutschein über 100 Euro und einigen lächerlichen Euro für sechs bis 13-jährige Hartz-IV-Kinder abgespeist.

Soll das weitere Verrinnen dessen, was einmal Sozialstaat hieß, aufgehalten werden, soll diese Republik sehenden Auges und mit wirklichkeitsblinder Politik nicht ihre eigenen sozialen Katastrophen schaffen, dann sind aktuell erste Pflaster auf blutende soziale Wunden zu kleben. Dem hat eine Politik zu folgen, die einer von den herrschenden Politikern mitverschuldeten Krise Paroli bieten kann.

Minimalerfordernisse für ein soziales Konjunkturprogramm

Demgemäß bedarf es einer Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitspolitik, die sozial unerträgliche Ungleichheiten behebt.

Das sind die Minimalerfordernisse für ein soziales Konjunkturprogramm, das die Konjunktur von unten nach oben ankurbelt. Denn Vertrauen kommt von unten, nicht von den Banken, Unternehmen und einer Politik von oben.

Erstens: Sofortausgleich der Einkommensverluste der Hartz- IV-Empfänger seit Beginn der Großen Koalition (12 bis 15 Prozent). Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf 500 Euro und der Sätze für Kinder um mindestens 100 Euro monatlich. Die Schnüffelverwaltung von Hartz IV ist aufzuheben. Die Förderung ist rechtsstaatlich eindeutig zu sichern etwa gegen amtliche Willkür. Hartz IV und seine Umsetzung sind nicht nur der Höhe der Bezüge halber ein andauernder Skandal. Dieser wird noch übertrumpft durch die erniedrigende Behandlung potenzieller und aktueller Empfänger von Hartz IV.

Zweitens: Alle Löhne unter 7,50 Euro sind abzuschaffen. Ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro lautet das Gebot.

Drittens: Solidarische Arbeitsumverteilung muss auf die Tagesordnung. Die unteren und mittleren Einkommensgruppen müssen bei einer Verkürzung der Arbeitszeit den vollen Lohnausgleich bekommen.

Viertens: Rentner, die mit ihren Renten unterhalb von 800 Euro liegen, sollen 100 Euro mehr im Monat erhalten.

Fünftens: Die Tagesbetreuungssätze für Obdachlose müssen auf mindestens 70 Euro pro Tag erhöht werden.

Sechstens: 500 000 Erwerbslose könnten sich selbst Arbeitsplätze suchen bei nicht profitorientierten Dienstleistungen. Mindestlöhne werden garantiert. Ein Arbeitsmarkt von unten gewänne an Dynamik.

Siebtens: Ein Mobilitätsticket von 25 Euro pro Monat für Bürger und Bürgerinnen, die weniger als 800 Euro haben, würde die Lebensqualität erhöhen. Es hat im Bereich der Städte und der Deutschen Bahn zu gelten.

Das erst wäre ein soziales Konjunkturprogramm, das einer liberalen und sozialen Demokratie entspräche. Aus Not geboren wiese dieses Programm in die Richtung, in der die Krise zu überwinden ist. Schritte wie diese förderten den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Durch solche neuen sozialpolitisch angemessenen Gehversuche wird der Produktion von Gewalt entgegengewirkt. Mangelnde Anerkennung und fehlende soziale Zusammenhänge lassen gerade Jüngere, etwa jahrzehntelang selbst gesetzlich diskriminierte ausländische Jugendliche, zuweilen nur gewaltsame Auswege suchen. Es wäre, verglichen mit den Milliardenpaketen für Banken und Industrie ein preiswertes Programm. Es erhielte wahrscheinlich eine satte Mehrheit der bundesdeutschen und ausländischen Bevölkerung.

Kritiken an das Konjunkturpaket der Bundesregierung: http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=3708

Stefan Krull

30 Stunden arbeiten statt 40 Stunden arbeitslos!

Hunderttausende müssen in der Krise kurzarbeiten und werden arbeitslos. Beides wird von der Arbeitslosenversicherung, also von uns, bezahlt. Gleichzeitig erleben wir, dass die mühsam erkämpfte 35-Stunden-Woche löchrig wie ein Schweizer Käse wird durch Verlängerung täglicher und wöchentlicher Arbeitszeiten sowie der Lebensarbeitszeit. Immer mehr Menschen verzweifeln an zuviel Arbeit; viele andere verzweifeln daran, keine (Erwerbs-)Arbeit zu haben, »überflüssig« zu sein.

Unternehmen bezahlen für Arbeit oft gar kein Entgelt, zumindest nicht ausreichend. Von 1-Euro-Jobs, von Löhnen zwischen drei und acht Euro kann niemand angemessen leben. Und: durch mehr und längere Arbeitstage versuchen viele, soviel Geld zu bekommen, dass wir unseren Lebensstandard halbwegs halten können. Die Unternehmer freut's.
Ursache ist die Massenarbeitslosigkeit. Die Regierenden nutzen die Globalisierung, die Menschen aller Länder gegeneinander in Konkurrenz zu setzen, Produktion wandert um den Globus dorthin, wo die Profite am höchsten sind; Gewerkschaften wurden systematisch geschwächt, Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert. Viele leben im »abgehängten Prekariat«, alle haben Angst davor. Denen da oben gelang es, die Qualität der Arbeit völlig hinter »Arbeit an sich« zurück zu stellen, wie das mit der Umwidmung des Begriffes »sozial« passiert: Sozial sei, was Arbeit schafft.

Es gibt einen Trend zu ungesunden Arbeitszeiten. Millionen Menschen mehr arbeiten in Schicht, zu Nachtzeiten oder an Sonntagen. Mehr als ein Drittel arbeitet zu ungünstigen Zeiten und in ungesunden Rhythmen.

Um Arbeitszeit wird viele Jahrzehnte hart gerungen; gegen Kinderarbeit, für den 10-Stunden-Tag, den 8-Stunden-Tag bis zur Durchsetzung 1918, den arbeitsfreien Sonntag. Nach 1945 standen die 40 Stunden und 5-Tage-Woche an und ab den 1980er Jahren die 35-Stunden. Aber weder die 5-Tage noch die 40-Stunden-Woche wurden Gesetz. Der Arbeitszeitverkürzung ist zu verdanken, dass es trotz technischer Entwicklung und Produktivitätssteigerungen in vielen Jahren nahezu Vollbeschäftigung gab. Die 30-Stunden-Woche bei VW und der Tarifvertrag zur Beschäftigungsförderung in der niedersächsischen Metallindustrie sicherten viele Arbeitsplätze, fanden aber wenig Nachahmung.

Die Wirtschaftskrise, die Nahrungs-, Energie- und Klimakrise machen deutlich, dass es so nicht weiter geht. Statt z.B. Automobilhersteller mit Milliarden für alte Technologien zu fördern, muss Geld in neue Mobilität, in den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs gesteckt werden. Die Zeit des Umbruchs muss genutzt werden, neue Konzepte, neue Produkte und neue Qualifikationen zu fördern.



Lohnausgleich und Zeitwohlstand

Um die Arbeitszeitdebatte voranzubringen, haben WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen einen Vorschlag gemacht: »Wir plädieren für Arbeitszeitverkürzung mit sozial gestaffeltem Einkommensausgleich. Für obere Einkommensgruppen (...) scheint der Tausch von Geld gegen freie Zeit in der Regel ohne Lohnausgleich vertretbar. Denn in oberen Einkommensgruppen ist gutes Leben mit mehr Zeitwohlstand auf der Basis des Verdienstes von kürzeren Arbeitszeiten möglich. Für weniger Verdienende (...) sind finanzielle Ausgleiche zu schaffen. Wir schlagen vor, den Lohnausgleich dadurch zu finanzieren, dass die durch die Verringerung von Arbeitslosigkeit freiwerdenden Mittel für Ausgleichszahlungen an Bezieher unterer und mittlerer Einkommen eingesetzt werden«. Zu einem Teil würden wir so den Lohnausgleich durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung finanzieren – die oberen Einkommen mehr, die unteren weniger; die Arbeitgeber wären ebenfalls beteiligt, wie bei Kurzarbeit und Altersteilzeit. Natürlich ist Lohnausgleich aus den Profiten möglich, aber das durchzusetzen, müssen Gewerkschaften wieder stärker werden. Gegenwärtig erleben wir, dass in Betrieben Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich durchgeboxt wird.
Nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung – die 30-Stunden-Woche wäre ein guter erster Schritt – hilft, das Problembündel zu lösen, das nicht nur in Arbeitslosigkeit liegt, sondern auch in ungerechter internationaler Arbeitsteilung, dem Ungleichgewicht der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und Generationen. Gute Arbeit ist kürzere Arbeit und eine gerechte Verteilung von Arbeit und arbeitsfreier Zeit.

Die nächsten Schritte:

Die Arbeitszeit gewinnt für alle an Bedeutung. Sozialbewegungen, Kirchen, Frauenbewegung und andere streben das gleiche Ziel an. Deshalb ist es sinnvoll, dazugehörige Themen gemeinsam zu diskutieren: Geschlechtergerechtigkeit, Anspruch auf ein Leben in Würde, demografische Entwicklung und Gesundheit. Arbeitszeitverkürzung erfordert zudem einen Mindestlohn als Schutz vor Lohnsenkung und eine armutsfeste Grundsicherung.

Arbeitszeitenverlängerungen müssen entschlossen zurückgewiesen werden. Vom Parlament verlangen wir ein Gesetz, um freiwillige Arbeitszeitverkürzung zu ermöglichen.
Eine **»kurze Vollzeit« von 30 Stunden** pro Woche entspricht den Wünschen vieler Menschen. Dies beinhaltet die Möglichkeit der Verkürzung der Arbeitszeit für die, die heute (zu) lange arbeiten und die Verlängerung der Arbeitszeit derjenigen, die in Mini-Jobs oder Teilzeitarbeit nicht existenzsichernd arbeiten. Wir brauchen gute Tarifverträge und gute gesetzliche Regelungen.
Das nächste Ziel sollte die **4-Tage-Arbeitswoche** sein, um den Freizeiteffekt spürbar zu machen, Fahrten zur Arbeit zu reduzieren und die Vereinbarkeit von Lohnarbeit und Familie/Beziehungsarbeit zu verbessern.

Das Arbeitsvolumen wird weiter sinken. Der Traum der Menschen, für ein gutes Leben weniger hart arbeiten zu müssen, wird wahr; wir schonen die Umwelt und gewinnen mehr Zeit zum leben, lernen, lieben und lachen!

Stephan Krull ist ehemaliger Betriebsrat bei VW Wolfsburg und Mitglied der attac AG ArbeitFairTeilen

attac Arbeitsgruppe Arbeit*Fair*Teilen

Prof. Peter Grottian   Stephan Krull   Prof. Mohssen Masarrat

Einladung zum Forum

„Allianz für Gute Arbeit und Leben in Würde“

beim Attac – Kongress „Kapitalismus am Ende?“ am 7. März 2009, 14 – 18 Uhr in Berlin, Technische Universität

Der Neoliberalismus steckte seit 30 Jahren politisch noch nie so tief in der Sackgasse wie jetzt. Trotzdem erlebt die neoliberalistischste Partei in Deutschland, die FDP, einen Aufbruch. Nie zuvor hatte diese Partei mit 16 % der Wählerstimmen so viel Zustimmung wie jetzt. Warum?

U. E. beruht dieses Paradox darauf, dass das gesamte linke Lager (in Parteien, Gewerkschaften, einschließlich Attac) auf die politische Situation, auf das offensichtliche Scheitern neoliberaler Politik angesichts der Finanzkrise, der Weltwirtschaftskrise und der neuen Welle der bevorstehenden Massenarbeitslosigkeit, nicht angemessen reagiert und die neoliberalen PolitikerInnen nicht herausgefordert hat.

Ein Grund für die Lähmung des linken Lagers mag darin liegen, dass die neoliberalen Wölfe, im Schafspelz verkleidet, sich an die Spitze der Forderungen ihrer eigenen Kritiker zu setzen versuchen. Mit dem Ruf nach dem Staat und dem Konsens über die Notwendigkeit der Regulierung von Finanzmärkten sind zentrale Forderungen von Attac politisch ein– und überholt. Aus u.a. diesem Grund müssten wir, Attac, soziale Bewegungen, sozial Engagierte in den Kirchen, Linke in Gewerkschaften und Parteien, darüber hinaus gehen und solche sozialpolitischen Forderungen in den Vordergrund stellen, die heute nach der Delegitimierung des neoliberalen Konsenses auf fruchtbaren Boden fallen dürften. Dazu gehört u. E. zuerst die Forderung nach flächendeckendem Mindestlohn, solidarische Umverteilung der Arbeit und eine armutsfeste und schnüffelfreie Grundsicherung anstelle von asozialem Hartz IV.

Die Thematisierung dieser Forderungen ist nicht nur als hoch aktuelle sozial- und gesellschaftspolitische Forderung wichtig. Sie sind wichtig, weil wir nur so das neoliberale Lager zu einer gesellschaftspolitischen Kontroverse aus seinem Versteck herauslocken, die Wölfe also zwingen, ihre Schafspelze abzulegen. Der Neoliberalismus verdankt seine politischen Erfolge in der Vergangenheit der Massenarbeitslosigkeit und damit der politischen Schwäche der Gewerkschaften und der Linken, die der Neoliberalismus gnadenlos vor sich her getrieben hat.

Wir haben die historische Chance, das Blatt zu wenden, wenn es uns gelingt, mit Lösungsstrategien aufzuwarten und Öffentlichkeit herzustellen, die den Neoliberalismus am Kragen packt.

Der Attac-Kongress bietet die erste größere Möglichkeit in dieser Richtung. Deshalb laden wir Euch, Eure Gruppen und Initiativen ein, an unserem Forum im Rahmen des Kongresses teilzunehmen.

Wir wollen gern das beiliegende Strategiepapier zur Diskussion stellen und mit Euch gemeinsam die Bildung einer ***Allianz für Gute Arbeit und Leben in Würde*** *beraten, die das gesamte Spektrum von sozialpolitischen Initiativen und Ansätzen einschließt.*

Auf dem Forum würden wir gern auch über weitere konkrete Schritte, insbesondere eine gemeinsame Initiative beraten, die in diesem Superwahljahr zum Stimmungswechsel, weg vom neoliberalen Geist der sozialen Spaltung und der Massenarbeitslosigkeit, und hin zu einem neuen sozialpolitischen Aufbruch führt.

In der Hoffnung, Sie und Euch bei unserem Forum während des Attac- Kongresses zu treffen,
beste Grüße
Peter Grottian, Stephan Krull, Mohssen Massarrat

Forum und Workshop finden statt von 14 bis 18 Uhr am Samstag, 7.3. in der TU Berlin, Strasse des 17. Juni 135, Raum H 0107,
u.a. mit Bernd Riexinger, Angelika Zahrnt (angefragt), Sven Giegold, Sabine Kebir, Sieghard Bender, Sabine Wils, Hans-Udo Schneider, Sabine Gruber, Alexis Passadakis

Sand im Getriebe Nr.34: Schwerpunkt Arbeitszeitverkürzung, http://sandimgetriebe.attac.at/sig34.html
http://www.klartext-info.de/flugblaetter/30_Stunden_sind_genug.pdf

Aktionen, Kampagnen und Beiträge zur Wirtschaftskrise:
http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2009/finanzkrise.html



Internationaler Aktionstag 28. März 2009

Für eine demokratische und solidarische Gesellschaft: Demonstration WIEN, SAMSTAG 28.März 2009
13 Uhr: Treffpunkt Wien Westbahnhof   16 Uhr: Schlusskundgebung: vor dem Parlament
http://www.28maerz.at/7040.html

attac-AG ArbeitFairTeilen

Arbeit*Fair*Teilen. Mindestlohn. Grundeinkommen:

Eine Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde! Drei Forderungen und drei Bewegungen, die zusammengehören

*Ein Verständigungs- und Orientierungspapier aus der **attac-AG ArbeitFairTeilen**(1), 5. Februar 2009*

Der neoliberale Kapitalismus zeigt jetzt sein wahres Gesicht. Die Finanzkrise hat sich zur Weltwirtschaftskrise entwickelt: Schrumpfung des Sozialprodukts, sinkende Nachfrage, Abbau von Überkapazitäten und Vernichtung von Arbeitsplätzen weltweit - allein in Deutschland wohl über 700.000, - zunehmende Angst der Menschen auch bei „sicheren" Jobs, wachsende Armut und Unsicherheit. Das ist das Ergebnis von drei Jahrzehnten „neoliberaler" Politik in weiten Teilen der Welt. Jetzt kommt es darauf an zu handeln.

Wir plädieren für ein politisches Projekt, in dem Gewerkschaften, Sozialprotest-Initiativen, linke Strömungen in den Parteien, Kirchen und Attac motiviert werden zusammenzukommen und an einem Strang zu ziehen. In dem Projekt werden **Arbeit-*Fair*Teilen, Mindestlohn und Grundeinkommen** zusammen geführt. So kann die zentrale Auseinandersetzung über soziale Gerechtigkeit mit Aktionen gegen die neoliberale Politik praktisch wirksam werden. Wir können und wollen nicht den Skandal hinnehmen, dass in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, 9 Millionen Menschen (Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Leiharbeiter, Aufstocker, Niedriglöhner, Wohnungslose, Migranten) in Armut bleiben und dass viele Millionen Menschen mit der Angst leben, arbeitslos zu werden. Die andauernden Wirkungen der Sozial-Proteste ermutigen uns. Attac kann und sollte diesen Projektansatz in Gang setzen.

Erinnern wir uns, was die neoliberalen Ideologen mit dem Versprechen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen, gnadenlos durchgeboxt haben: der Arbeitsmarkt wurde flexibilisiert und der Kündigungsschutz gelockert. Arbeitslose müssen jede Arbeit an jedem Ort und zu fast jedem Lohn akzeptieren. Das Ergebnis: ein Niedriglohnsektor mit über 8 Millionen Beschäftigten und Löhnen, die zum Leben nicht ausreichen; über 700.000 Leiharbeiter, die vielfacher Diskriminierung ausgesetzt sind. Diese müssen Jobs mit geringstem Lohn und oft zu unmoralischen, unsozialen und unzumutbaren Bedingungen annehmen. Es ist eine Schande, die Menschen zum Arbeiten unter Sklavenarbeit ähnlichen Bedingungen zu zwingen.

Die neoliberalen Ideologen haben mit ihrer diffamierenden Unterstellung, „Arbeitslose seien selbst schuld", die unwürdigen Hartz IV-Regeln durchgesetzt. Sie haben Millionen Menschen dem Schnüffelterror der Bürokratie, Umzugszwang und anderen Schikanen ausgesetzt. Die Betroffenen wurden zu Menschen dritter Klasse degradiert und die Mehrheit von ihnen in Armut getrieben. Mit der perfiden Behauptung, Staatsverschuldung sei die größte Ungerechtigkeit, wurden die Sozialsysteme geplündert; gleichzeitig bekamen die Reichen Milliarden Steuergeschenke. Daraus sind aber weder Arbeitsplätze noch Wirtschaftswachstum entstanden; stattdessen überschüssiges Kapital, das die großen Multis nicht reinvestieren, sondern das sie auf der Jagd nach immer mehr Kapital in die Finanzspekulation schleusen. Diese Ideologen haben mit dem Vorwand Entbürokratisierung öffentliche Güter wie Post, Gesundheitsversorgung, kommunale Energie- und Wasserversorgung, kommunalen Wohnraum und selbst die Bahn teilprivatisiert. Den vagabundierenden Kapitalmassen wurden zu Lasten der Nutzer öffentlicher Güter profitable Anlagesphären geschaffen. Die Privatisierung vieler öffentlicher Bereiche untergräbt auch die Grundlagen der Demokratie.

Wir stellen fest: Die Bilanz neoliberaler Politik ist eine Katastrophe für die Menschheit. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Arbeitszeit wurde verlängert, das Lohnniveau gesenkt, die Gewerkschaften geschwächt und zu Zugeständnissen getrieben, Sozialsysteme wurden abgebaut, Millionen Menschen ihrer Würde beraubt. Großkonzernen und Banken wurde es bequem gemacht, ihre Profite risikolos zu steigern. Der Neoliberalismus ist die Ursache dafür, dass Unsicherheit und Perspektivlosigkeit um sich greifen, dass Konkurrenz, Aggressivität und Instabilität neue Höhepunkte erreichen. Diese Politik ist wahrlich ein Rückschritt für die gesamte Menschheit.

Es reicht: Stopp damit! Die „Rettungspakete" der Regierungen in Deutschland und anderswo dienen dazu, den Neoliberalismus zu retten. Wir, die sozialen Bewegungen, sind nicht bereit, uns damit abzufinden. Wir sind entschlossen, gemeinsam mit den Opfern des neoliberalen Terrors und der sozialen Schande, vor allem zusammen mit den Gewerkschaften, dieser Politik den Kampf anzusagen. Wir werden die noch vorhandene Spaltung zwischen Sozialverbänden, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen überwinden. Die relevanten Interessen und Forderungen, die zusammengehören, können, in einer **Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde** gebündelt, eine politische Dynamik entfalten, die über den jeweils eigenen Horizont hinausreicht. Um diese Allianz aufzubauen, müssen wir unsere Differenzen, die uns bisher hinderten, überwinden.

Mindestlohn, Grundeinkommen und Arbeit*Fair*Teilen gehören zusammen!

Die Forderung der Gewerkschaften für einen gesetzlichen Mindestlohn steht auf der politischen Agenda. Sie findet Unterstützung in der Gesellschaft. Nur fanatische Neoliberale sind nicht bereit, das geringste Zugeständnis zu machen, obwohl die Forderung dem System nicht einmal schadet. Es ist ein Gebot der Stunde, mit Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Bewegungen eine offensive Kampagne zu organisieren. Die Forderung nach einem gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn ist ein erster und wichtiger Schritt. Um eine Allianz zu bilden, die über die Gewerkschaften hinaus verankert wird, muss der Kampf für den Mindestlohn als Teil einer sozial- und arbeitspolitischen Perspektive begriffen werden. Dies mindert Unsicherheit und Angst, welche wie ein Spaltpilz die Mobilisierung breiter gesellschaftlicher Schichten schwierig machen. Dazu gehören weitere Schritte zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

Wir sind überzeugt, dass eine **Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde** entstehen und die Gewerkschaften wieder in eine Position der Stärke führen kann. Diese Allianz erfordert, sich außer für Mindestlohn für weitere Ziele einzusetzen:

- Abschaffung des Hartz IV-Systems, weil es mit Schnüffelterror die Menschen erniedrigt, ihrer Würde beraubt und grundlegende Menschenrechte verletzt
Artikel 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

- Einrichtung einer armutsfesten, bedarfsabhängigen und repressionsfreien Grundsicherung

- Abschaffung der Massenarbeitslosigkeit durch faire Umverteilung der Arbeit

- Vollständige Gleichstellung der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen hinsichtlich der Bezahlung und Behandlung

- Ein Grundeinkommen für selbst gewählte, gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten

Zum **Grundeinkommen** gibt es sich ausschließende Positionen: einerseits ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle in Kombination mit Erwerbsarbeit. Diese Variante ist neoliberalem Gedankengut zuzuordnen, da es zum Ausbau des Niedriglohnsektors führt. Andererseits ein bedingungsloses Grundeinkommen, das mit einer Kritik der Erwerbsarbeit begründet wird: Die antikapitalistische Variante. Das neoliberale Modell steht für uns nicht zur Debatte. Die antikapitalistische Variante wird bei Attac und in der Gesellschaft partiell vertreten. Sie ist als eine Möglichkeit jenseits des Kapitalismus denkbar und reizvoll. Als die Erwerbsarbeit verneinende Variante ist sie für eine Allianz z.B. mit Gewerkschaften, die sich als Organisation der von Erwerbsarbeit Abhängigen verstehen, nicht geeignet. Voraussetzung für eine Allianz sind Vorschläge zum Grundeinkommen, die heute politisch und ökonomisch durchsetzbar sind. Sie dürfen zu den berechtigten Interessen derjenigen, die weiterhin Erwerbsarbeit leisten - und diese stellen die Mehrheit dar – nicht im Widerspruch stehen. Gleichzeitig sollen sie eine gebotene Option für die Menschen sein, die selbstbestimmte Arbeit, nicht aber Lohnerwerbsarbeit, leisten können oder wollen.

Deshalb plädieren wir erstens für ein **bedarfsabhängiges und armutsfestes Grundeinkommen ohne Schnüffelei und demütigendes Einmischen** in das Privatleben der Menschen anstelle des HartzIV-Systems. Dieses Grundeinkommen entspricht den Interessen von HartzIV-Empfängern ebenso wie denen, die Erwerbsarbeit leisten. Wir schließen uns weitgehend der Memorandum-Gruppe an, die 2006 forderte:

„…die Sicherungslücke muss durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung geschlossen werden, die den Begünstigten – und das sind alle, die nicht oder in nicht ausreichendem Maße über sonstiges Einkommen verfügen – ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht. … schlagen wir die Einführung einer bedarfsabhängigen Grundsicherung in Höhe von 940 Euro (pro Haushaltsvorstand) vor. … Die Dynamisierung erfolgt automatisch durch die Orientierung an dem 60-Prozent-Kriterium der EU und ist somit als gesetzlicher Anspruch unabhängig von finanzpolitischen Erwägungen und „Spar“runden. … Die Zumutbarkeitskriterien sollten gründlich revidiert werden und zur „Verhinderung unterwertiger Beschäftigung“ (Arbeitsförderungsgesetz von 1969) einen Einkommens-, Qualifikations- und regionalen Mobilitätsschutz umfassen. Mit einer solchen Regelung im Rahmen einer bedarfsabhängigen Grundsicherung ist der Zwang, jede Arbeit aufzunehmen, aufgehoben. (http://www.memo.uni-bremen.de/docs/memo06-kurz.pdf)

Anders als die Memo-Gruppe wollen wir allerdings einen individuellen Anspruch auf Grundeinkommen ohne Verrechnung mit einem möglichen PartnerInnen Einkommen.
Wir wollen – weiter als die Memo-Gruppe – **ein existenzsicherndes Grundeinkommen** auch für Tätigkeiten eigener Wahl, die bei allen durch Akkreditierung anerkannten gemeinnützigen oder selbst verwalteten Einrichtungen geleistet werden. Mit dem Nachweis der gesellschaftlichen Nützlichkeit einer selbst bestimmten Tätigkeit würde der Grund für die Sorgen der gewerkschaftlichen Kritiker des Grundeinkommens entfallen. Dadurch entstünde ein Rechtsanspruch auf Tätigkeiten, die große Kreativitätspotentiale freisetzen und die gesellschaftliche Produktivität in geistigen, kulturellen und künstlerischen Bereichen erhöhen würden. Das käme der gesamten Gesellschaft zugute. Es würde ein neuer Sektor selbst verwalteter, selbst bestimmter Individuen bzw. freiwillig entstandener Gemeinschaftsbetriebe entstehen, die auf neue Weise nützliche materielle und immaterielle Güter hervorbringen. Schließlich wird diese Entwicklung zur Einengung des kapitalistischen Sektors führen und der Kommerzialisierung wichtiger Lebensbereiche entgegenwirken. Mit diesem bescheidenen Rechtsanspruch würde ein geschützter Raum für alternative Arbeits- und Lebensmodelle geschaffen, der dem Allmachtsanspruch des Neoliberalismus nicht nur symbolisch entgegensteht. Eine freie und auf Kooperation ihrer Mitglieder beruhende Gesellschaft kann sich nur durchsetzen und Bestand haben, wenn Menschen die Möglichkeit haben, zwischen Alternativen zu wählen und die Überlegenheit der Alternativen erleben zu können.

Solidarische Umverteilung der Arbeit durch Verkürzung der Arbeitszeit.
Dringend steht angesichts der Krise eine Initiative für faire Umverteilung der Arbeit an, anknüpfend an die historische Entwicklung der Arbeitszeitverkürzung. Diese sollte immer dazu dienen, Menschen, die Erwerbsarbeit suchen, einen Arbeitsplatz zugänglich zu machen. Sie sollte dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Erwerbstätigen zu verbessern und ihnen die permanente Angst nehmen, durch Arbeitslosigkeit in Armut zu rutschen. Massenarbeitslosigkeit ist der größte soziale Skandal. Sie raubt Menschen die Existenzgrundlage und treibt sie in Armut. Arbeitslosigkeit darf in einer demokratischen Gesellschaft nicht hingenommen werden, da sie Gewerkschaften als Gegenmacht zum Kapital schwächt, ihre Verhandlungsmacht reduziert, die abhängig Beschäftigten spaltet und so Rassismus und Ausländerfeindlichkeit fördert. Arbeitslosigkeit stellt eine permanente Gefahr für die Demokratie dar.

Massenarbeitslosigkeit resultiert aus rasanten Produktivitätssteigerungen bei gesättigten Märkten und begrenzten Wachstumspotentialen bei materiellen Gütern. Die wachsende Produktivität ermöglicht die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen mit immer weniger Personal. Anstatt die frei gesetzte Arbeit für soziale Beziehungen, Kultur, Bildung und Partizipation zu nutzen, haben neoliberale Regierungen lieber die Massenarbeitslosigkeit hingenommen. So wurden und werden Produktivkräfte zu Destruktivkräften, weil Millionen Menschen der Zugang zu Erwerbsarbeit versperrt bleibt. Andere werden durch überlange Arbeitszeiten früh vernutzt. Auf Grund von Produktivitätssteigerung und begrenzten Wachstumsreserven in Produktionssektoren können Konjunkturspritzen die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Für das Jahr 2009 kommt hinzu, dass die gegenwärtige Krise zu einem Teil auf Überkapazitäten zurückzuführen ist, die, wie in der Autoindustrie, mit Entlassungen und Betriebsstilllegungen beseitigt werden. Viele Unternehmen führen Kurzarbeitsperioden ein: befristete Arbeitsverkürzung zu Lasten der Beschäftigten, der Steuerzahler und der Arbeitslosenversicherung. Zu großer Arbeitslosigkeit mit daraus entstehenden Konsequenzen gibt es nur eine solide Alternative: die generelle Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit.

Eine demokratische und soziale Gesellschaft, die auf Erwerbsarbeit fundiert ist, braucht parallel zu Produktivitätssteigerung eine kontinuierliche Verkürzung der Arbeitszeit. Der Zusammenhang von Arbeitszeit, Gesundheit und Familie erfordert kürzere Arbeitszeiten zum Abbau von Stress, zur Vorbeugung gegen Krankheiten. Arbeitsumverteilung nutzt Partnerschaften, Kindern, Frauen und Männern; sie fördert Geschlechtergerechtigkeit. Menschen gewinnen Zeit zum Leben, Lieben und Lachen, sie gewinnen Zeit für Beziehungs- und Pflegearbeit, für Engagement in der Gemeinschaft, für sich selbst. Deshalb muss eine faire Arbeitsteilung eine mehrfache sein: Teilung der Erwerbsarbeit zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, Langzeitarbeitenden und unfreiwillig in Teilzeit und Minijobs Arbeitenden sowie Teilung der Haus- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern.

Arbeitszeitverkürzung ist ein emanzipatorisches Projekt, weil erst sie ein selbst bestimmtes Leben in Würde ermöglicht. Um dieses zu erreichen, ist Arbeitszeitverkürzung mit einer auf die Bedürfnisse der Beschäftigten bezogenen Flexibilität erforderlich. Dies gilt für die Verteilung der Arbeitszeit im Tages-, Wochen-, Monats-, Jahres- und Lebensrhythmus, der in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Bedürfnisse hervorbringt. Um die Fehler der Vergangenheit, vor allem steigende Arbeitsintensität, zu vermeiden, braucht eine Strategie der kürzeren Arbeitszeiten eine Ergänzung durch Angebote in kulturellen Tätigkeiten, der Weiterbildung, des ehrenamtlichen Engagements und der Selbstverwirklichung. Das Projekt Arbeit*Fair*Teilen ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die über Tarifverhandlungen hinaus die Zivilgesellschaft erfasst.

Die pro Kopf vorhandene Arbeit ist seit 1975 um fast ein Viertel zurückgegangen. Der darin enthaltene Produktivitätsfortschritt muss durch Arbeitszeitverkürzung ausgeglichen werden, um die seit 1975 aufgebaute Massenarbeitslosigkeit in offener und verdeckter Form wieder abzubauen. Vollbeschäftigung wäre danach - zumindest rechnerisch - durch eine Gleichverteilung von Arbeit auf dem Niveau von 30 Wochenstunden wieder möglich. Erst eine solche Vollbeschäftigung neuen Typs schafft die Machtbalance zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, die nötig ist, um sicherzustellen, dass die volle Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsabhängigen in ihren Händen verbleibt, anstatt durch Unternehmer als „überschüssiges Kapital" in den Kreislauf des Finanzsektors zu Spekulationszwecken geschleust zu werden. Diese Machbalance auf der Grundlage von guter Arbeit mit kürzeren Arbeitszeiten ist auch eine wichtige Bedingung, um soziale Zukunftsprojekte, wie Grundeinkommen und Mindestlöhne auf Dauer durchzusetzen. **Deshalb ist Arbeit-FairTeilen ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von künftigen Finanzkrisen und zentraler Baustein der drei Projekte, die in Verbindung miteinander unterschiedliche Interessen und soziale Gruppen zusammenführen und die Fundamente einer Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde festigen.**

Attac als Vorreiter einer Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde

Attac ist ein politisch aktiver Teil der Zivilgesellschaft. Attac ist durch den Pluralismus diverser gesellschaftlicher Strömungen mit sozialen, ökologischen und friedenspolitischen Themen dafür prädestiniert, Themen grenzenübergreifend zu verbinden. Alle drei Projekte einer Allianz für Gute Arbeit und ein Leben in Würde sind in Attac verankert, sie müssen stärker als bisher zusammengeführt werden. Die Attac-Gruppen, die sich für Grundeinkommen, Mindestlohn und Arbeitsum*fair*teilung einsetzen, können einander davon überzeugen, dass diese sozialpolitischen Projekte sich ergänzen und eine Allianz dieser Ansätze zu einer neuen politischen Qualität führt. Das wäre ein wichtiger Schritt, um über Attac hinaus kritische Kräfte, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen, bildungs-, gesundheits- und frauenpolitisch Aktive für diese Allianz zu gewinnen. Das wäre auch die kraftvolle Gegenmacht zum Neoliberalismus und seinen inhumanen Projekten wie Hartz IV, Arbeitszeitverlängerung und Niedriglohnsektor. Wir können die Erfahrungen aus den Kämpfen gegen EU-Dienstleistungs- und –Arbeitszeitrichtlinien und die sich bildenden Netzwerke nutzen.
Voraussetzung einer solchen Allianz ist es, sich erst auf das Grundsätzliche zu verständigen, die Details der Dynamik des Prozesses zu überlassen. Entscheidend sind Einsicht und Übereinstimmung, dass z.B. ein ausreichender Mindestlohn her muss. Die Höhe kann und soll mit den Gewerkschaften in einem zweiten Schritt in Abhängigkeit vom politischen Druck bestimmt werden. Ebenso wichtig ist, sich auf die mehrheitsfähige Variante des Grundeinkommens anstelle von Hartz IV und für selbst gewählte Tätigkeiten zu verständigen. Details und Modalitäten sollten in einem zweiten Schritt in Anlehnung an wissenschaftliche Vorarbeiten bestimmt werden. Schließlich muss eine Verständigung darüber erzielt werden, dass die Um*fair*teilung der Arbeit ein für die gesamte Gesellschaft historisch bedeutsames Projekt mit gesellschaftlichen und individuellen Chancen ist. Die Macht des Kapitals wird beschränkt, ein wachsender Teil der Menschen wird aus Zwängen der Kapitalakkumulation gelöst. Details über Umfang und Form des Lohnausgleiches, der Neukonzipierung der Lebensarbeitszeit werden der Dynamik des Prozesses überlassen. Wichtig ist, dass alle drei Bausteine als Plattform der Allianz diskutiert und bestimmt werden. Die Konzentration auf Eckpunkte der Triade Arbeit*Fair*Teilen, Mindestlohn und Ersetzung von Hartz IV durch ein schnüffelfreies Grundeinkommen als erster Schritt erleichtert die Konsensbildung, die erforderlich ist, um die Klärung der Details in einem dynamischen Suchprozess herbeizuführen, anstelle einer isoliert und aneinander vorbei geführten Diskussion der Modelle.

Die nächsten Schritte

- Diskussion und Abstimmung einer gemeinsamen Strategie innerhalb Attac (Koordination der Attac-Gruppen, Präsentation des Projekts im Ko-Kreis / Attac-Rat)
- Beginn der Dialoge mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen und dem Projekt wohl gesonnenen Parteiströmungen
- Eine oder mehrere pluralistisch zusammengesetzte Vorkonferenzen in 2009 unter
- Beteiligung von Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kultur- und Bildungseinrichtungen, sozial ausgerichteten Gesundheitszentren und Kirchen, Expertinnen aus Wissenschaft und Politik, ausgehend vom "Kapitalismuskongress" im März 2009
- Entwurf für ein gemeinsames Manifest
- Sozialpolitischer Kongress mit Außenwirkung in 2010
- Europapolitische Aktivitäten 2009 – 2010
- Gemeinsame Aktionen, die mobilisierend und wahrnehmbar sind und die Entschlossenheit aller Beteiligten stärken und vor Augen führen

Die historischen Erfahrungen zeigen, dass für die Durchsetzung wichtiger Forderungen, wie sie nun auf der politischen Agenda stehen, Demonstrationen allein nicht reichen. Es wird deshalb auch legitime Formen wie Streiks und Aktionen des zivilen Ungehorsams geben.

1) Es handelt sich um einen Text aus der Attac-AG „ArbeitFairTeilen". Er wird von den AG-Mitgliedern Herbert Behrens, Annegret Gestrich, Peter Grottian, Helmut Horst, Stephan Krull, Mohssen Massarrat, Heidrun Rudolph, Werner Schmiedecke, Margareta Steinrücke und Fritz Tiemann getragen



Wir zahlen nicht für eure Krise! - Für eine solidarische Gesellschaft

Aktionstag zum Welt-Finanz-Gipfel (G20), im Rahmen der globalen Aktionswoche gegen Krise und Krieg: Bundesweite Demonstrationen in Berlin und Frankfurt/Main am 28.März

Der Kapitalismus steckt in seiner schlimmsten Krise seit 1929. Sie hat verschiedene Gesichter: die Beschleunigung des Klimawandels, Kriege um den Zugang zu Rohstoffen, Hungerrevolten, Finanzmarkt-Crash und Rezession. Ausgehend von den Industrieländern wird auch der globale Süden hart getroffen, weil noch weniger Mittel für Klimaschutz und Entwicklung bleiben, und weil die globale Konkurrenz um Märkte und Profit noch brutaler zu werden droht. Millionen Menschen verlieren ihre Arbeit, ihre Wohnungen und ihre Lebensperspektiven.

Zeit für Systemwechsel - Für eine solidarische Gesellschaft

Die Entfesselung des Kapitals und der erpresserische Druck der Finanzmärkte haben sich als zerstörerisch erwiesen. Ein anderes Weltwirtschaftssystem ist nötig. Eines, das Mensch und Natur dient; das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. Dazu gehört, dass Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt werden, sondern als gesellschaftliche Leistungen, die allen Menschen zur Verfügung stehen müssen.

Die Reichen und Profiteure sollen zahlen

Wir wollen, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Das globale private Geldvermögen hat im Jahr 2007 die Summe von 105 Billionen Dollar erreicht und ist in acht Jahren um 50 % angestiegen. Das ist das Ergebnis einer massiven Umverteilung von Unten nach Oben, von Süd nach Nord, von den BezieherInnen von Lohn- (Ersatz-)einkommen zu den Kapital- und Vermögensbesitzern. Den Banken und Fonds war kaum ein Risiko zu groß im Kampf um die höchsten Renditen. Etwa ein Tausendstel der Weltbevölkerung hat davon besonders profitiert. Die Milliarden, die jetzt zur Sanierung des Finanzsektors ausgegeben werden, dürfen nicht auf Kosten der großen Mehrheit gehen. Wir werden nicht hinnehmen, dass Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen, SchülerInnen oder Studierende die Zeche zahlen! Genauso wenig darf die Krise auf die Länder des Südens oder die Umwelt abgewälzt werden.

Wir überlassen den Herrschenden nicht das Feld

Der Welt-Finanzgipfel der G20 setzt auf alte Strukturen und Machtverhältnisse. Die Regierungsberater, Wirtschaftsvertreter und Lobbyisten sind nicht vor Scham im Boden versunken, sondern betreiben weiter ihre Interessenpolitik. Um Alternativen durchzusetzen, sind weltweite und lokale Kämpfe und Bündnisse (wie z.B. das Weltsozialforum) nötig - für soziale, demokratische und ökologische Perspektiven. Die Demonstrationen am internationalen Aktionstag zum G20-Gipfel sind erst der Anfang.

Menschen vor Profite

Wir demonstrieren für Sofortmaßnahmen, die den Opfern der Krise helfen, aber gleichzeitig den ökologischen und demokratischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben – als Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft:

▪ Für umfangreiche Investitionsprogramme in Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, öffentliche Infrastruktur und Gesundheit.

▪ Für einen sozialen Schutzschirm für Beschäftigte, Erwerbslose und RentnerInnen: armutsfester gesetzlicher Mindestlohn. Weg mit Hartz IV und Agenda 2010, für sofortige Erhöhung des Eckregelsatzes - existenzsichernd und ohne Sanktionen gegen Erwerbslose. Weg mit der Rente mit 67, für armutsfeste Renten ohne Lebensarbeitszeitverlängerung. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht statt Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit. Die notwendige Konversion z.B. der Automobilindustrie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden

▪ Dafür, dass die Profiteure die Kosten der Krise bezahlen: Mit einer Sonderabgabe auf große Vermögen, und einer Millionärssteuer. Der Bankenrettungsfonds muss von den Banken finanziert werden. Eine “Bad Bank”, die lediglich die Verluste sozialisiert, darf es nicht geben.

▪ Für die demokratische Ausrichtung von Wirtschaft und Banken. Der private Bankensektor muss gesellschaftlich kontrolliert und am öffentlichen Interesse orientiert werden. Die Steueroasen sind endlich zu schließen; Banken, die dort arbeiten müssen bestraft werden. Das weltweite Finanzsystem muss reguliert und demokratisch kontrolliert werden. Hedgefonds und andere spekulative “Instrumente” sind zu verbieten. Betriebe, die öffentliche Finanzhilfe bekommen, dürfen nicht entlassen. Die Beschäftigten brauchen Veto-Rechte bei grundlegenden wirtschaftlichen Entscheidungen. Das politische Streikrecht muss für alle gelten.

▪ Die Krise darf nicht auf die Menschen des globalen Südens und die Natur abgewälzt werden. Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe und den weiteren Raubbau sind überfällig und müssen schnell umgesetzt werden. Geld zur Bekämpfung der Armut und für solidarische Entwicklung der Welt muss zur Verfügung gestellt werden. Die Liberalisierung von Finanzmärkten und Handel ist zu stoppen und zurückzunehmen.

http://www.28maerz.de/aufruf/

Wir werden dieser Kriegspolitik unseren Widerstand entgegen setzen

Rede von Tobias Pflüger auf der Abschlusskundgebung der Demonstration gegen die NATO "Sicherheitskonferenz", 07.02.2009 München

Liebe Freundinnen und Freunde,

ihr seid sehr viele, es sieht richtig gut aus von hier oben und ich will Euch gratulieren, dass wir es bis hierher geschafft haben, durch dieses Polizei-Spalier, das da mit uns gelaufen is t - Gratulation an Euch, an uns, an diese Demonstration! Wir zeigen denjenigen, die hier im bayrischen Hof tagen: Sie sind wenige, wir sind viele und wir sagen Euch: **Wir wollen Eure Kriegskonferenz nicht!**

Diese Kriegskonferenz findet diesmal, zum ersten Mal, unter der Leitung von Wolfgang Ischinger statt. Jetzt heißt es, es würde sich einiges ändern, es gäbe jetzt Dialog, Herr Ischinger würde für eine andere Politik stehen. Liebe Freundinnen und Freunde, das stimmt nicht, Herr Ischinger steht in der Tradition eines Herrn Teltschik und steht genauso für Kriegspolitik, wie es ein Herr Teltschik gestanden hat.

Herr Ischinger ist sogar jemand, der besonders wert darauf legt, dass Deutschland in der Weltpolitik eine große Rolle spielt. Er ist derzeit Generalbevollmächtigter der Allianz. Und nach dem Jugoslawienkrieg 1999 gesagt, ich zitiere: *"Deutschland ist aus diesem Krieg (also dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien, TP) als Land hervorgegangen, dessen Stimme heute mehr Gewicht hat."*

Und er meinte jetzt in einem aktuellem Interview, ich zitiere: *"Als Nation haben wir wegen unserer Geschichte ein zwiespältiges Verhältnis zur militärischen Macht. Doch wenn man die Diskussion über das Militärische und den Einsatz deutscher Soldaten heute mit der Lage von vor zehn Jahren vergleicht, dann haben wir geradezu Lichtjahre zurückgelegt. Allmählich wird die deutsche sicherheitspolitische Debatte auch erwachsen."*

Soweit Herr Ischinger. Herr Ischinger, ich will Ihnen klar sagen: Wenn erwachsen heißt, Krieg führen, dann wollen wir nie erwachsen werden!

Liebe Freundinnen und Freunde, Frau Merkel hat mit ihrem neuen Duz-Freund Nicolas Sarkozy einen Artikel geschrieben in der Süddeutschen Zeitung. In der schreibt sie, dass es im Bereich der EU-Militärpolitik "*rasante Entwicklungen*" gegeben habe in den letzten Jahren.

Das ist analytisch zutreffend. Wenn man vergleicht, was am Ende des kalten Krieges die EU dargestellt hat mit dem was jetzt die Europäischen Union ist, ist es tatsächlich so: Diese verschiedenen Regierungen, ob es rot-grün war, unter Schröder und Fischer oder ob es rot-schwarz ist, unter Merkel und Steinmeier, haben im wesentlichen die Europäischen Union zu einem militärisch agierenden global player gemacht

Wir wollen keine Militärmacht Europäische Union, wir wollen eine zivile Europäische Union.

Und jetzt bietet die neue US-amerikanische Administration unter Barrack Obama neue Möglichkeiten für weltpolitische Ambitionen der Europäischen Union und Deutschland. Joe Biden, der Vize-Präsident, hat jetzt auf der Sicherheitskonferenz angeboten: Ein burden sharing, eine Arbeitsteilung. man würde die europäischen Staaten auffordern mehr Truppen nach Afghanistan zu senden. Insbesondere Frankreich und Deutschland werden ihren Anteil an Soldaten, insbesondere Kampfsoldaten in Afghanistan, erhöhen. Militärminister Franz-Josef Jung hat schon angekündigt, die Quick-Reaction Force aufzustocken, das ist die Truppe, die im die im Norden Afghanistans für die Aufstandsbekämpfung zuständig ist. Mehr Soldaten bedeuten mehr Krieg in Afghanistan. **Wir werden dieser Kriegspolitik unseren Widerstand entgegen setzen. Wir wollen einen Rückzug der Truppen aus Afghanistan!**

Heute wird hier bei der Sicherheitskonferenz eine neue Medaille verliehen. Bisher hat man ja eine Friedensmedaille verliehen. Jetzt hat man beschlossen eine "*Ewald-von-Kleist-Medaille*" zu verleihen und ist auf die glorreiche Idee gekommen, dass man diese Medaille ausgerechnet einem verleihen will, der eindeutig ein Kriegsverbrecher ist, nämlich Herrn Kissinger, der für die Bombardierung von Zivilistinnen in Vietnam und Kambodscha mitverantwortlich ist.

Wir haben unser Zeichen gesetzt: Wir haben dem Deserteur André Shephard eine Medaille gegeben. **Diese Menschen, diese Deserteure, müssen unterstützt werden und nicht solche Kriegsverbrecher wie Herr Kissinger!**

Liebe Freundinnen und Freunde, die Bundeswehr ist in immer weiteren Auslandseinsätzen im Einsatz. Dazu braucht sie allerdings Soldaten. Deshalb geht sie in die Schulen und betreibt dort Werbung. Was wir klar sagen müssen: **Die Bundeswehr hat in den Schulen nichts zu suchen!** Und die Bundeswehr wirbt inzwischen in den Arbeitsämtern und rekrutiert dort diejenigen, die aufgrund dieses brutalen kapitalistischen Systems keine Erwerbsarbeit mehr haben. Sie nimmt diejenigen, die keine andere Möglichkeit mehr haben, als zum Militär zu gehen. **Die Bundeswehr hat auch in den Arbeitsämtern nicht zu suchen!**

Liebe Freundinnen und Freunde, was wir erleben werden in der nächsten Zeit ist eine weitere Verschärfung der Militarisierung der Gesellschaft. Das heißt einerseits, dass immer mehr Auslandseinsätze betrieben werden, die immer offener dazu da sind, diese kapitalistische Weltordnung abzusichern. Es geht um Zugang zu Rohstoffen. Der Einsatz Atalanta, der so genannte Einsatz gegen Piraten, wird ganz offen damit begründet, dass es darum geht, den Zugang zu Rohstoffen abzusichern. Wir sind genau dort, wo es 1992 in den verteidigungspolitischen Richtlinien hieß: Zugang zu Rohstoffen soll auch militärisch abgesichert werden.

Das zeigt, dass Kapitalismus und Krieg zwei Seiten einer Medaille sind. Und wir sind nicht nur gegen Krieg, sondern wir sind auch gegen Kapitalismus. Das wichtigste Symbol dieser Kriegspolitik will in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden seinen 60-jährigen Geburtstag feiern. Die NATO steht genau für diese Kriegspolitik!

Liebe Freundinnen und Freunde, es stellt sich immer wieder die Frage, was macht man eigentlich mit dieser NATO? Das einzig sinnvolle, was man mit dieser NATO machen kann, ist sie abzuschaffen. Die NATO steht für Krieg. Sie steht nicht nur in Afghanistan für Krieg, sondern sie steht für Krieg in weiteren Regionen.

Jetzt hat Angela Merkel auf der Sicherheitskonferenz angekündigt, dass die Beitrittsoption für die sogenannte NATO-Osterweiterung weiter betrieben werden soll. Das heißt, dass die Ukraine und Georgien weiterhin in die NATO gehen sollen. Wenn man sich den Georgien-Krieg genau anschaut, sieht man nämlich den Hintergrund, dass die NATO dort eine wesentliche Rolle gespielt hat. D.h. die NATO steht nicht nur in Afghanis tan für Krieg, sondern sie steht weltweit als ein Symbol für Krieg. Deshalb ist der Widerstand, den wir nach Strasbourg, Kehl und Baden-Baden tragen wollen, so wichtig. **60 Jahre NATO sind 60 Jahre zuviel.**

Lasst mich noch was sagen dazu: Ich glaube, dass wir heute einen sehr guten Auftakt gemacht haben, für Widerstand, für den Widerstand gegen die NATO, der im April in Strasbourg seinen Höhepunkt bekommen wird. Ich freue mich darauf, Euch alle und noch viel mehr in Strasbourg, Baden-Baden und Kehl bei den Protesten Anfang April wieder zu sehen.

http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/5524720/

Aufruf: Nein zum Krieg! - Nein zur NATO!

Sie reden von "Sicherheit" und „Humanität“, doch ihre Politik hat Krieg, Folter und globale Militarisierung zur Folge. Anfang April 2009 will die NATO in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das wie das bisherige der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. In Zeiten sich verknappender Rohstoffe, einer erstarkenden Weltmarktkonkurrenz durch China, Indien und Russland sowie des steigenden Selbstbewusstsein in Regionen wie z.B. Lateinamerika wächst die Bedeutung dieser Strategie. Die NATO schließt dabei weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. In der Bundesrepublik lagern US-Atomwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel.

Die NATO-Staaten verantworten rund 75% der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Lediglich 10 Prozent davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Das würde in der Tat mehr “Sicherheit“ und „Humanität“ bedeuten. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die Vorherrschaft in der Welt zu sichern.

Der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien, die nun erfolgte staatliche Anerkennung des Kosovo und die NATO-Ost-Erweiterung führten und führen zu globalen Spannungen und zur Destabilisierung in Europa. Russland, das sich von der sich immer näher an seine Grenzen vorschiebenden Allianz zunehmend bedroht fühlt, folgt mit seiner Politik in Georgien der fatalen NATO-Logik. Diese Konfrontationslogik droht erneut in einen Kalten Krieg zwischen Russland sowie China und dem Westen zu führen. Die Militarisierung der Europäischen Union ist keine Alternative zur NATO, sondern ebenfalls ein gefährlicher Irrweg.

NATO-Staaten, allen voran die USA, führen weiterhin Krieg im Irak. Deutschland ist mit der US-Airbase in Ramstein die logistische Drehscheibe des Einsatzes. Die weltweiten Kriege, die Folgen des Klimawandels und eine zunehmende Verarmung führen zu immer größeren Flüchtlingsströmen. Die Antwort der NATO-Staaten und der EU ist eine Abschottungspolitik, die den Tod vieler Flüchtlinge, darunter auch Deserteure, in Kauf nimmt. Im Inneren wird diese Politik flankiert durch die Verabschiedung diskriminierender AusländerInnengesetze und Abschiebungen. Flucht und Emigration sind Folgen von Krieg, Besatzung, Elend, Hunger, Folter, Umweltzerstörung. Diese Ursachen müssen bekämpft werden, nicht deren Opfer.

In Afghanistan geht die Allianz immer aggressiver und rücksichtsloser vor. Hier zeigt sich auch immer deutlicher, was Besatzungstruppen bewirken: Sie brutalisieren die Gesellschaft, schaffen mehr Elend und mehr Bombentote. Es ist davon auszugehen, dass auch unter dem neuen US-Präsidenten der Druck auf Deutschland erhöht wird, noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Im Namen der Sicherheit und des „Krieges gegen den Terror“ werden immer mehr Soldaten zu Opfern, viele kehren traumatisiert zurück.

Der „Krieg gegen den Terror“ wird aber nicht nur in Afghanistan geführt, sondern auch zu Hause. Kriege in aller Welt gehen mit einem ständigen Demokratieabbau im Inneren und einer fortschreitenden Aushöhlung des Grundgesetzes einher. Mit sogenannten "Sicherheitsgesetzen" werden Grundrechte ausgehebelt und Vorratsdatenspeicherung, Ausspionieren privater PCs und eine allgegenwärtige Überwachung "legalisiert".

Grundgesetzwidrige Einsätze der Bundeswehr im Inneren wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm sollen zur Normalität werden. Gleichzeitig wird die zivil-militärische Zusammenarbeit im Inland verstärkt. Die Bundeswehr versucht sich allen zivilen Bereichen der Gesellschaft, Institutionen, Organisationen und Vereine aufzudrängen und militärisches Denken zu verankern. Öffentliche Gelöbnisse, Militärkonzerte, Rekrutierungsversuche in den Arbeitsämtern, Schulbesuche und Zusammenarbeit mit Vereinen und Kommunen sollen das Kriegshandwerk wieder als Normalität erscheinen lassen.

Wir können und dürfen die Augen vor den verheerenden Folgen dieser Politik nicht verschließen. Sie steht für die Enttabuisierung des Militärischen in unserer Gesellschaft. Sie steht für Krieg, Verschleuderung von Ressourcen, Sozialabbau und steigende Rüstungsetats. Sie steht für eine aggressive Ideologie der Feindbilder und eine Einschränkung von Freiheitsrechten.

Weltweit lehnt die Mehrheit der Menschen Kriege ab. Das Ende der NATO, ein Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan und anderen Regionen und eine Abkehr von der Militarisierung Europas wären Schritte zu einer friedlichen Welt.

Die NATO will genau das Gegenteil.

Daher rufen wir zu gemeinsamen, bunten und vielfältigen Aktivitäten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden auf. Mit Demonstrationen, Konferenzen, Camps, Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – wie Umzingelungen, Blockaden usw. - wollen wir ein Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik der NATO setzen.

Eine Welt ohne NATO ist nötig!

http://www.attac.de/aktuell/nato/startseite/aufruf-nein-zur-nato/

.4. April: Internationale Demonstration „No to War – No to NATO“

13 Uhr in der Straßburger Innenstadt.

3. April + 5. April in Strasbourg: Internationaler Kongress: “Nein zur NATO – Nein zum Krieg. 60 Jahre sind genug!”

Montag, **1. April bis** Sonntag, **5. April** in Strasbourg und Kehl: **Internationales Widerstands-Camp**

Mehr Infos: http://www.no-to-nato.org/